

# Beiträge zur inneren Sicherheit

*Brühl 2003*

19

*Thomas Beck/Guido Mathes/Horst Schuh (Hrsg.)*

## **Strausberger Gespräche - Ein Tagungsbericht -**

- **Sicherheitspolitik im Wandel:  
NATO und Bundeswehr vor  
neuen Herausforderungen**
- **Auf Spurensuche in Berlin und  
Brandenburg**



Fachhochschule des Bundes  
für öffentliche Verwaltung



Schriftenreihe des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit

Thomas Beck/Guido Mathes/Horst Schuh (Hrsg.)

## **Strausberger Gespräche - Ein Tagungsbericht -**

- **Sicherheitspolitik im Wandel:  
NATO und Bundeswehr vor  
neuen Herausforderungen**
- **Auf Spurensuche in Berlin und  
Brandenburg**

Brühl / Rheinland 2003

## Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbiografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dbb.de> abrufbar.

ISBN 3-930732-85-8

ISSN 0946-5782

Druck: Statistisches Bundesamt  
Zweigstelle Bonn

**Herausgeber:** Fachhochschule des  
Bundes für öffentliche Verwaltung  
Fachbereich Öffentliche Sicherheit

**Redaktion:** Thomas Beck/Horst Schuh

**Layout:** Klemens Neubauer

[www.fhbund.de](http://www.fhbund.de)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>9</b>
<b>I Das Seminar</b>	<b>11</b>
<b>1 Aufgaben, Akteure und Maßstäbe der Sicherheitspolitik</b>	<b>11</b>
1.1 Kernaufgaben europäischer und internationaler Sicherheitspolitik	13
1.2 Wichtige Entscheidungsebenen und Akteure	15
1.3 Erreichte politische und vertragliche Standards	27
<b>2 Europa: Sicherheitspolitischer Vasall oder Partner der USA?</b>	<b>31</b>
2.1 Die aktuelle Lage/Struktur der NATO	31
2.2 Hauptprobleme der NATO	36
2.3 Ausblick	37
<b>3 Die Reform der Bundeswehr – Ursache Notwendigkeiten Elemente</b>	<b>39</b>
3.1 Die drei Säulen der Reform	45
3.2 Outsourcing, Neues Flottenmanagement und Controlling	49
3.3 Fazit	51
<b>4 Untersuchungen zum Wehrpflichtigenpotential</b>	<b>53</b>
4.1 Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr	53

4.2	Die Untersuchung und das Ergebnis	54
4.3	Kartierung regionaler durchschnittlicher Intelligenzleistungen sämtlicher geprüften Wehrpflichtigen des Jahres 1998	59
<b>5</b>	<b>Krisenkommunikation und Krisenbewältigung</b>	<b>60</b>
5.1	Krisenbegriffe und Bewältigung von Krisen	61
5.2	Krisenkommunikation – Krisenmanagement	62
5.3	Charakteristische Beispiele	67
5.4	Verfassungsschutz und Krisenkommunikation	68
5.5	Fazit	71
<b>6</b>	<b>Kleine Kriege und ihre Wirkung auf die innere und äußere Sicherheit</b>	<b>72</b>
6.1	Wesentliche zukünftige Trendpotentiale	73
6.2	„Kleine Kriege“ Eine Form der Konfliktaustragung	75
6.3	Folgen „Kleiner Kriege“ und die daraus resultierende Veränderung des Kriegsbildes	77
6.4	Unterschiede zukünftiger „Kleiner Kriege“ und „traditioneller Kriege“	80
6.5	Konsequenzen für die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik und deren Streitkräfte	80
<b>7</b>	<b>Humanitäre Intervention im Umfeld globaler Friedlosigkeit</b>	<b>83</b>
7.1	Humanitäre Intervention als integraler Bestandteil heutiger Sicherheitspolitik	84
7.2	Darstellung und Hintergründe zum Kosovo-Einsatz der Bundeswehr	87

7.3	Das Menschenrechts- Verständnis als ein Kernproblem der „humanitären Intervention“	93
<b>II</b>	<b>Die Exkursionen</b>	<b>99</b>
<b>8</b>	<b>Schloss Neuhardenberg - und seine Verflechtung mit der Landesgeschichte</b>	<b>99</b>
8.1	Geschichtliche Entwicklung	99
8.2	Entstehung von „Neu-Hardenberg“	102
8.3	Neu-Hardenberg und deutscher Widerstand	102
8.4	Enteignung, Umbenennung, Zweckentfremdung (1945-1990)	103
8.5	Das „neue“ Neuhardenberg (1990 – 2001)	104
8.6	Bedeutsame Persönlichkeiten in Verbindung mit Schloss Neuhardenberg	108
<b>9</b>	<b>Preußische Tugenden</b>	<b>113</b>
9.1	Die Tugenden	118
9.2	Preußische Tugenden – Eine Bewertung	124
<b>10</b>	<b>Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock</b>	<b>133</b>
10.1	Das Gebäude	134
10.2	Die Ausstellung	135
10.3	Die Gedenkstätte	143
<b>11</b>	<b>Die Seelower Höhen und Küstrin</b>	<b>146</b>
11.1	Besuchsziele	147

11.2	Die Schlacht um Küstrin und Seelow im Kontext des Zweiten Weltkrieges	150
11.3	Nachbetrachtung	153
11.4	Die Schlacht um die Seelower Höhen (Grafik und Zahlen):	154
<b>12</b>	<b>Die Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße</b>	<b>155</b>
12.1	Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik	155
12.2	Chronologie der Auflösung des MfS	162
12.3	Die Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße	166
12.4	Anlagen	170
<b>13</b>	<b>Checkpoint Charlie</b>	<b>173</b>
13.1	Geschichte des Checkpoint Charlie	173
13.2	Das Haus am Checkpoint Charlie	176
13.3	Checkpoint Charlie, Relikt der Vergangenheit oder Wegweiser für die Zukunft?	180



## Vorwort

Die Abteilung Verfassungsschutz führte in Kooperation mit der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AIK) vom 13. – 17.5.2002 eine Tagung in Strausberg durch.

Die Grundidee bestand aus einer Kombination von seminaristischer Erarbeitung sicherheitspolitischer Inhalte, Exkursionen und eigenverantwortlicher Erstellung von Textbeiträgen durch die Studierenden.

Die Veranstaltung verfolgte mehrere Ziele:

Angesichts der immer mehr verschwimmenden Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit sollten sich die Studierenden über die aktuellen Aufgaben der Streitkräfte sowie die sich verändernden Anforderungen an das Bündnis informieren.

Die Nähe zu Berlin ermöglichte zusätzlich die Auseinandersetzung mit Ereignissen der jüngeren preußisch-deutschen Geschichte sowie der DDR-Vergangenheit.

Die Studierenden übten sich bei der Erstellung von Resolutionen und Beiträgen in produktorientierter Teamarbeit.

Wir danken allen Mitwirkenden bei FH Bund und AIK, insbesondere auch den Vortragenden, deren Referate in diese Publikation eingeflossen sind. Die hier veröffentlichten Berichte sind von den Studierenden selbst in Arbeitsgruppen erstellt worden; sie haben das Vorgetragene dabei inhaltlich und durch eigene Wertungen ergänzen dürfen.

Die Herausgeber



## I Das Seminar

### 1 Aufgaben, Akteure und Maßstäbe der Sicherheitspolitik



## **Einführung**

Mit dem folgenden Beitrag leitete Guido Mathes, der Leiter der Stätte der Begegnung an der AIK, die Tagung ein.

Die Bedeutung des Begriffs internationale Sicherheit, respektive internationale Sicherheitspolitik, hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges gewandelt. Während bis Ende der 80er Jahre der Konflikt zwischen den Westmächten und des Warschauer Paktes in Form des „Kalten Krieges“ das weltweite politische Geschehen und demzufolge auch die Sicherheitslage beherrschte, bestimmt nun eine Vielzahl von Akteuren und komplexen Konfliktlinien die Prozesse und Ereignisse im internationalen Sicherheitsdenken. Geschehnisse wie die Terroranschläge vom 11. September in New York haben nur zu gut verdeutlicht, dass der Begriff „Sicherheitspolitik“ sich nicht mehr auf die Ebene der Nationalstaaten beschränken lässt.

Für die internationale Sicherheit sind seit Jahrhunderten Fragen der internationalen Ordnung und der Struktur der internationalen Beziehungen von grundlegender Bedeutung. Kein Staat hat das so deutlich erfahren müssen wie Deutschland in den vergangenen 150 Jahren: Während das internationale System des Mächtegleichgewichtes, wie es sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausgeschält hatte, wegen der Möglichkeit wechselnder Koalitionen und vor dem Hintergrund des wachsenden Nationalismus eine Tendenz zur Instabilität (und damit zum Übergang in den Krieg) hatte, erleben wir gegenwärtig eine Phase, in der Deutschland mit seinen Nachbarstaaten in Frieden lebt und mit diesen in eine internationale Struktur eingebunden ist, die den Frieden sichert und bewahrt. Diese internationale Struktur bedarf neben der ständigen Anpassung auch

immer wieder der Vergewisserung auf die wesentlichen Strukturelemente der internationalen Ordnung sowie der Bewahrung gemeinsamer Wertvorstellungen.

### **1.1 Kernaufgaben europäischer und internationaler Sicherheitspolitik**

Allgemein gesprochen bedeutet „Sicherheitspolitik“ eine ganzheitlich angelegte und multilateral vernetzte Sicherheitsvorsorge. Die Kernaufgaben der europäischen und internationalen Sicherheitspolitik umfassen daher mindestens vier wesentliche Bereiche:

1. Schutz der Freiheit und der Demokratie in Form des Schutzes der Menschenrechte und der Mehrheitsherrschaft
2. Wahrung des Friedens im engeren Sinne, d.h. die Vermeidung von gewaltsamen Konflikten im nahen und weiteren Umfeld
3. Schutz von materiellen Bedürfnissen bezogen auf die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung
4. Gedeihlicher Umgang mit weiteren immateriellen Bedürfnissen wie Sprache, Kultur, Religion, Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe

Diese Aufgaben lassen sich jedoch nicht nur auf militärischem Wege bewältigen. Deutschland leistet zur Lösung internationaler friedenspolitischer Aufgaben auch zahlreiche nichtmilitärische Beiträge,

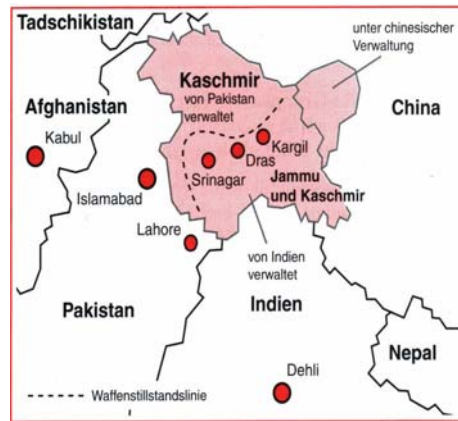
- - so zahlte die BRD fast die Hälfte der gesamten Osthilfe in den letzten 12 Jahren,
- - sie stellt einen beträchtlichen Anteil des EU-Haushalts,
- - verzichtet, obwohl „regionale Großmacht“, auf eine atomare Bewaffnung,
- - die BRD leistet starke Mitarbeit in den Vereinten Nationen (VN), obwohl sie kein ständiges und vetoberechtigtes Mitglied des Sicherheitsrates der VN ist.

Die Durchsetzung der oben angeführten Kernaufgaben europäischer und internationaler Sicherheitspolitik wird um so dringlicher, je genauer man einen Blick auf die Anzahl von Kriegen und Konflikten auf der Erde wirft.

Allein von 1945 bis 1995 fanden 187 Kriege/ Bürgerkriege statt, mindestens 40 Millionen Menschen kamen dabei ums Leben. In „bewaffneten Auseinandersetzungen“ fanden in der Zeit des „Kalten Krieges“ (1945-1989) rund 25 Millionen Menschen den Tod.

Diese Kriege bzw. Konflikte finden nicht nur in der vermeintlichen „3. Welt“ statt. So gibt es auch „vor der eigenen Haustür“ (in Europa) zahlreiche Brennpunkte, die ungelöst, zu Sicherheitsrisiken für die gesamte Bevölkerung in Europa heranwachsen können.

Vor allem die letzten Wochen haben gezeigt, dass Konflikte wie der „Nahost - Konflikt“ oder die Auseinandersetzungen zwischen den Atommächten Indien und Pakistan um Kaschmir, dringendst einer Lösung bedürfen.



Der Kaschmir-Konflikt zwischen den Atomstaaten Indien und Pakistan – eine gefährliche Bedrohung der Region

**Abbildung 1**  
aus: „Kriege – Konflikte – Krisen in dieser Welt“ (IAP – Dienst)

Das Aufgabenspektrum für eine europäische und internationale Sicherheitspolitik ist mit dem Wegfall des Ost – West – Konflikts keineswegs geringer oder einfacher geworden, vielmehr hat der Zusammenbruch der Sowjetunion zahlreiche neue Konflikt-

herde an das Tageslicht geführt. Die Bewältigung dieser neuen Aufgaben wird, aufgrund der kulturellen Besonderheiten der be-

troffenen Völker, immer diffiziler für die Weltgemeinschaft.

## 1.2 Wichtige Entscheidungsebenen und Akteure

### 1.2.1 Die Vereinten Nationen

Der wichtigste Akteur auf globaler sicherheitspolitischer Ebene sind die Vereinten Nationen (VN). Ihre Hauptaufgabe ist die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Zur Durchsetzung dieser Ziele sind zwei grundlegende Strategien vorgesehen:

1. Verhinderung bzw. Beendigung zwischenstaatlicher Gewaltanwendung.

Die Mitglieder der VN verzichten grundsätzlich auf jede Gewaltanwendung, „die gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist“, (Art.2 Ziff.4) und verpflichten sich, „ihre internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln“ zu regeln (Art.2 Ziff3). Zu diesem Zweck stellt die Charta den Sicherheitsrat als politische und den Internationalen Gerichtshof als richterliche Instanz zur Verfügung. Die Pflicht zur friedlichen Streitbeilegung geht allerdings über das Prinzip nicht hinaus, weil die Mitglieder nicht verpflichtet sind, sich dazu eines bestimmten Organs zu bedienen, solange der Streit den Weltfrieden nicht gefährdet. Bedroht aber ein Mitglied in Verletzung seiner Verpflichtung den Frieden oder begeht es eine Aggression,

**Aus der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945  
Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen**

**Artikel 39**

Der Sicherheitsrat stellt das Vorhandensein jeder Bedrohung oder jeden Bruchs des Friedens oder jeder Angriffshandlung fest und spricht Empfehlungen aus oder entscheidet, welche Maßnahmen im Einklang mit den Artikeln 41 und 42 ergriffen werden sollen, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen ...

**Artikel 41**

Der Sicherheitsrat kann entscheiden, welche Maßnahmen, die nicht in der Anwendung von Waffengewalt bestehen, ergriffen werden müssen, um seinen Entscheidungen Wirksamkeit zu verleihen, und er kann die Mitglieder der Vereinten Nationen auffordern, diese Maßnahmen in Anwendung zu bringen. Diese können die völlige oder teilweise Unterbrechung der wirtschaftlichen Beziehungen, der Eisenbahn-, Schifffahrts-, Luft-, Post-, Telegraphen-, Radio- und sonstigen Verbindungen sowie den Abbruch der diplomatischen Beziehungen in sich schließen.

**Artikel 42**

Wenn der Sicherheitsrat der Auffassung ist, daß die in Artikel 41 vorgesehenen Maßnah-

men unzulänglich sind oder sich als unzulänglich erwiesen haben, so kann er mit Hilfe von Luft-, See- oder Landstreitkräften diejenigen Maßnahmen ergreifen, die er zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit für notwendig erachtet. Solche Maßnahmen können Demonstrationen, Blockade oder andere Operationen durch Luft-, See- oder Landstreitkräfte in sich schließen.

**Artikel 43**

Um ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit zu leisten, verpflichten sich alle Mitglieder der Vereinten Nationen, dem Sicherheitsrat auf sein Verlangen und auf Grund eines oder mehrerer Sonderabkommen die Streitkräfte, die Hilfe und die Erleichterungen, einschließlich des Rechts des Durchmarsches, zur Verfügung zu stellen, die für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit notwendig sind.

Raumer, Kurt von / Vierhaus, Rudolf: Friede und Völkerordnung, Teil II, Stuttgart 1966, S. 60 f.

**Abbildung 2**

so ist der Sicherheitsrat ermächtigt, politische, wirtschaftliche



und militärische Maßnahmen gegen den Schuldigen zu ergreifen und alle Mitglieder zu verpflichten, sich an diesen Maßnahmen zu beteiligen. Dagegen kann die Generalversammlung an der Aufrechterhaltung des Friedens nur durch Empfehlungen mitwirken.

2. Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit zur Beseitigung möglicher Konfliktursachen.

Die Gründer der VN hatten richtig erkannt, dass bloße Repression zur Sicherung des Friedens nicht ausreichte, sondern durch präventive Maßnahmen zur Beseitigung potentieller Konfliktursachen ergänzt werden muss. Die Charta enthält deshalb ein weitgefächertes Programm zur Förderung der fortschreitenden Entwicklung des Völkerrechts, des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, der Zusammenarbeit auf kulturellem und erzieherischem Gebiet und der allgemeinen Achtung und Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Ein Teil dieser Aufgaben ist selbstständigen Sonderorganisationen (Bsp. Internationaler Währungsfonds oder die UNESCO) übertragen. Soweit die Durchführung bei den VN liegt, ist sie operationell schwach ausgebildet, weil die Staaten nicht gegen ihren Willen verpflichtet werden können; die Organisation kann nur anregen und empfehlen.

Sitz der VN ist New York. Die Vertreter der Mitgliedsstaaten treffen sich mindestens ein Mal pro Jahr. Wichtigstes politisches Organ der Organisation ist der Sicherheitsrat, in dem 15 Staaten mit wechselnder Zusammensetzung vertreten sind. Zu den fünf ständigen Vertretern gehören die USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China. Sie verfügen bei Abstimmungen über ein Vetorecht und können dadurch die Arbeit des Sicherheitsra-

tes vehement erschweren. Zur Durchführung seiner Arbeit kann der Sicherheitsrat von den Mitgliedern der VN Streitkräfte oder andere Hilfeleistungen anfordern. Jeder Staat hat sich verpflichtet „den Vereinten Nationen jeglichen Beistand bei jeglicher Maßnahme“ zu leisten, die im Einklang mit der VN- Charta vom Sicherheitsrat beschlossen wurde (Art. 2 Abs.5 Uno Charta).

**Problemstellungen :**

- unter Umständen nicht mehr zeitgemäße Vormachtstellung der fünf Großmächte (Demokratiedefizit)
- zukünftiges verändertes Anforderungsprofil, Stichwort: „Humanitäre Interventionen“

## 1.2.2 Die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO)

### Der NATO-Vertrag vom 4. April 1949 – Auszug

#### Artikel 5

Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird, sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Art. 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken der Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachten, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen und zu erhalten. (...)

#### Artikel 6

Im Sinne des Artikel 5 gilt als bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere Parteien jeder bewaffnete Angriff

1. auf das Gebiet eines dieser Staaten in Europa oder Nordamerika, auf das Gebiet der Türkei oder auf die der Gebietshoheit einer der Parteien unterliegenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses;
2. auf die Streitkräfte, Schiffe oder Flugzeuge einer der Parteien, wenn sie sich in oder über diesen Gebieten oder irgendeinem anderen europäischen Gebiet, in dem eine der Parteien bei Inkrafttreten des Vertrags eine Besatzung unterhält, oder wenn sie sich im Mittelmeer oder im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses befinden.

#### Abbildung 3

Am 4. April 1949 wurde der Nordatlantik- Vertrag unterzeichnet, in dem der Aufbau einer Nordatlantischen Verteidigungsorganisation (NATO) beschlossen wurde. Der Beitritt Deutschlands erfolgte am 5. Mai 1955. Die Mitgliedsstaaten versicherten sich gegenseitig, „dass ein bewaffneter Angriff gegen eine(n) oder mehrere in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird“. Sie vereinbarten daher, „dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jeder von ihnen Beistand leistet... einschließlich der Anwendung von Waffengewalt“ (Art. 5 NATO Vertrag 1949).

Die Errichtung der NATO war ein Ergebnis und der Ausfluss der anhaltenden Bedrohung in Folge des beginnenden „Kalten Krieges“. Ihre Aufga-

be bestand darin, potentielle Gegner unter Androhung von Gewalt und von militärischer Aggression gegen das Territorium oder die Truppen der Mitgliedsstaaten abzuhalten. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks sieht sich das Verteidigungsbündnis neuen Aufgaben und Herausforderungen gegenüber gestellt. Zur effektiven Lösung heutiger weltpolitischer Konflikte und Krisen bedarf es einer neuen Strategie der NATO, die sich den Gegebenheiten und Konstellationen einer global vernetzten Welt anpasst und durch geeignetes Krisenmanagement darauf reagiert. Nachdem die Hauptbedrohung durch die Ostblockstaaten, die zugleich die Notwendigkeit der NATO begründeten und legitimierten, entfallen ist, muss die NATO ihr Hauptaugenmerk nun auf neue Aufgabenbereiche bzw. Betätigungsfelder richten.

**Folgende Risiken für die Sicherheit der Allianz bestehen jedoch nach wie vor:**

- Drohende Instabilität, die sich aus wirtschaftlichen, sozialen, politischen Problemen entwickeln kann, insbesondere in Staaten des ehemaligen Ostblocks
- Im Fall eines bewaffneten Angriffs auf das Gebiet der Bündnispartner finden Art. 5 und 6 des Vertrages von Washington Anwendung
- Sicherheitsinteressen können ferner von anderen Risiken, bspw. der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Unterbrechung der Zufuhr von lebenswichtigen Ressourcen oder von Terror bzw. Sabotageakten betroffen sein

Wie gegenwärtig und Ernst dieses Szenario ist, haben die Anschläge des 11. September gezeigt, die auch dem Verteidigungsbündnis mit der Losung „Kampf gegen den Terror“ ein neues Profil und eine veränderte Akzentuierung verliehen haben. Vornehmlichste Hauptaufgabe der NATO bleibt auch weiterhin die Gewährleistung der territorialen Unversehrtheit ihrer Mitgliedsstaaten. Strukturelle Veränderungen bezogen auf das neue Anforderungsprofil, d.h. neue Formen der Krisenreaktion einschließlich einer Neustrukturierung der Kampfeinheiten, werden in Zukunft vordringlichstes Anliegen der Allianz sein.

**Problemstellungen:**

- die Durchführung humanitärer bzw. militärischer Einsätze, die „out of area“ stattfinden
- Stellung bzw. Gewichtung der NATO im weltpolitischen Sicherheitsgefüge (Kompetenzstreitigkeiten zwischen VN und NATO)

**1.2.3 Die europäische Union**

Im Maastricht- Vertrag vom 7. Februar 1992 ersucht die EU die Westeuropäische Union (WEU), „Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben, auszuarbeiten und durchzuführen“.

Im Amsterdamer Vertrag, der am 1. Mai 1999 in Kraft getreten ist, wird die Intergovernmentale Zusammenarbeit der einzelnen Länder geregelt. Die Artikel 11- 28 beinhalten Leitlinien und Grundsätze und stellen somit die Basis der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) der europäischen Union dar.

## Titel V Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

### Artikel 11 (ex-Artikel J.1)

(1) Die Union erarbeitet und verwirklicht eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die sich auf alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt und folgendes zum Ziel hat:

- die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit der Union im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen;
- die Stärkung der Sicherheit der Union in allen ihren Formen;
- die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki und den Zielen der Charta von Paris, einschließlich derjenigen, welche die Außengrenzen betreffen;
- die Förderung der internationalen Zusammenarbeit;

– die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

(2) Die Mitgliedstaaten unterstützen die Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität.

Die Mitgliedstaaten arbeiten zusammen, um ihre gegenseitige politische Solidarität zu stärken und weiterzuentwickeln. Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte.

Der Rat trägt für die Einhaltung dieser Grundsätze Sorge.

#### **Abbildung 4 Auszug aus den Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

Zu den sogenannten „Petersberger Aufgaben“ zählen humani-

täre- und Rettungseinsätze sowie friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen. Im Jahr 2000 einigten sich die EU-Verteidigungsminister auf einen Stufenplan zum Aufbau einer EU- Krisentruppe. Der berufene Hohe Vertreter für die GASP teilt seine Kompetenzen mit den Außenministern der Mitgliedsstaaten und einigen Kommissaren der EU- Kommission. Neben der militärischen Komponente soll eine europäische Außenpolitik auch den Aufbau ziviler Krisenreaktionskräfte mit einschließen. Diese sollen die diplomatische und militärische Krisenbekämpfung ergänzen. Konkret sollen sie den Wiederaufbau der Rechts- und Verwaltungsstrukturen in Krisenregionen unterstützen und begleiten. Auch im militärischen Bereich versuchen die EU- Mitgliedsstaaten ihre eigenständige Vorstellung von Krisenbewältigung und deren Umsetzung voran zu treiben. Dies soll langfristig durch ein geschlossenes Auftreten der EU nach Außen verwirklicht werden. Bis zum jetzigen Zeitpunkt stehen jedoch noch immer die nationalen Interessen jedes einzelnen Mitgliedsstaates im Vordergrund, so dass sich die Schaffung einer nachhaltigen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als ungemein schwierig erweist.

**Problemstellungen:**

- Uneinigkeit über das gemeinsame politische Vorgehen
- Unterschiedliche Interessenlage der Nationalstaaten
- Fehlen eines wirklichen Gegengewichtes zu den USA (z. B. Rüstungsausgaben)

#### **1.2.4 Der Europarat**

Der Europarat wurde am 5. Mai 1949 von zehn Staaten in London gegründet, um „eine enge Verbindung zwischen seinen Mitgliedern zum Schutze und zur Förderung der Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe bilden, herzustellen und ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern“ (Art. 1 der Satzung). Grundlagen sind die Bewahrung des Friedens und der Demokratie als Garanten des Rechts und der persönlichen und politischen Freiheit. Organe sind das Ministerkomitee, bestehend aus den Außenministern der Mitgliedsstaaten oder ihren Vertretern, und die Parlamentarische Versammlung, in die jeder Mitgliedsstaat von seinem Parlament gewählte oder bestimmte Vertreter nach der Maßgabe des Art. 26 der Satzung entsendet. Das Ministerkomitee prüft die geeigneten Maßnahmen zur Erfüllung der Aufgaben der Organisation und kann mit Einstimmigkeit Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten richten. Es ist verpflichtet, der Parlamentarischen Versammlung in jeder Sitzungsperiode Tätigkeitsberichte vorzulegen. Die Parlamentarische Versammlung erörtert gemäß der Satzung alle zum Aufgabenbereich des Europarates gehörenden Fragen aus eigener Initiative oder auf Veranlassung des Ministerkomitees und richtet Empfehlungen an dieses. Abgesehen von wichtigen, in der Praxis jedoch kaum relevanten Befugnissen bei Satzungsänderungen befasst sich die Versammlung mit den Aktivitäten der übrigen internationalen Organisationen und greift –ihrem parlamentarischen Selbstverständnis entsprechend- auch häufig weltpolitische Themen auf. Das Generalsekretariat hat die Aufgabe der verwaltungsmäßigen Unterstützung der Organe. Der Generalsekretär und sein Stellvertreter werden auf Empfeh-



lung des Ministerkomitees von der Parlamentarischen Versammlung gewählt. Die Mitglieder des Sekretariats sind gegenüber den Mitgliedsstaaten weisungsunabhängig und in ihrer Amtsführung ausschließlich dem Interesse der Organisation verpflichtet. Das Generalsekretariat gliedert sich in verschiedene Abteilungen (Bsp. Politische Angelegenheiten, Menschenrechte usw.)

Große Bedeutung kommt den im Rahmen des Europarates abgeschlossenen Konventionen auf den verschiedensten Sachgebieten zu. Sie stellen multilaterale völkerrechtliche Verträge dar, deren Parteien die Mitgliedsstaaten, häufig auch Nichtmitgliedsstaaten des Europarates sind. Sind die Konventionen in Kraft getreten, schaffen sie eine dauernde völkerrechtliche Verpflichtung, worin eine besonders effiziente Form des Europarates zu sehen ist.

### **1.2.5 Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit für Europa (OSZE)**

Ziel der OSZE ist die Schaffung von Stabilität und Sicherheit im euro-atlantischen Raum.

Organe der OSZE (Organigramm s. Anhang):

- **Konfliktverhütungszentrum:**  
Es steuert die Beratungs- Vermittlungs- und Beobachtungsmissionen in Krisengebieten und kontrolliert seit 1992 die Abrüstungsvereinbarungen.
- **Forum für Sicherheitskooperation:**

Seine Aufgabe besteht in der Entwicklung von politischen Grundregeln für die Sicherheitsbeziehungen der Mitgliedsstaaten.

- Der hohe Kommissar für nationale Minderheiten:  
Er soll Spannungen zwischen und mit Minderheiten frühzeitig erfassen und ihnen vermittelnd vorbeugen.
- Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte:  
Es ist zuständig für die Einhaltung der Verpflichtungen im Bereich der „menschlichen Dimension“.

Außerdem ist der OSZE ein Vergleichs- und Schiedsgericht angegliedert.

Die OSZE entsendet Langzeitmissionen in mögliche oder bestehende Krisengebiete. Zu ihren Aufgaben gehört die Beobachtung von Wahlen, die Überwachung der Einhaltung von Abkommen zwischen Konfliktparteien, die Koordination von Sanktions- bzw. Hilfeleistungen der UNO sowie die Überwachung von Waffenembargos.

**Problemstellung:**

- Fehlende Sanktionsinstrumente

**1.2.6 Weitere Entscheidungsebenen:**

- Die Nationalstaaten
- Regionen (subnational, z.B. deutsche Bundesländer)
- Kommunen

- Nichtstaatliche Akteure (intermediäre Akteure)
- Nichtregierungsorganisationen (NRO)
- Interessengruppen, Parteien, Kirchen
- Medien, Wirtschaftsunternehmen

### **1.3 Erreichte politische und vertragliche Standards**

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges wurden zahlreiche politische oder vertragliche Standards weltweit, insbesondere in Europa, entwickelt. An erster Stelle sind hier die Menschenrechte und die Mehrheitsherrschaft zu nennen.

#### **1.3.1 Menschenrechte**

Menschenrechte sind im materiellen Sinn vor- und überstaatliche Rechte, die ein Staat nicht nach Maßgabe seiner Verfassung verleiht, sondern die vorkonstitutionell gelten und allenfalls deklaratorisch anerkannt werden können. Als Menschenrechte werden vor allem die politischen Freiheitsrechte und Grundfreiheiten begriffen. Im formellen Sinn sind Menschenrechte Grundrechte, die allen sich in einem Staatsgebiet aufhaltenden Menschen zustehen – im Unterschied zu den Bürgerrechten.

Wirkliche Geltung erhalten diese angestrebten Rechtsnormen durch vertragliche Bündnisse und dazu geschaffene Organisationen. Folgende Organisationen haben diese Rechte zu einem ihrer obersten Prinzipien gemacht:- Vereinte Nationen- OSZE- Europarat- Europäische Union

### 1.3.2 Mehrheitsherrschaft

Die Mehrheitsherrschaft findet ihre Grenzen jedoch durch den Minderheitenschutz. Konkretisiert wird diese Eingrenzung z. B im Rahmen des Europarates im Übereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten. Bei genauerer Betrachtung werden jedoch die Probleme deutlich, die solch eine umfassende Regelung mit sich bringt.

So lautet der Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten:

Artikel 13:

*“Im Rahmen ihres jeweiligen Bildungssystems erkennen die Vertragsparteien an, dass Angehörige einer nationalen Minderheit das Recht haben, eigene private Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen zu gründen und zu betreiben.*

*Die Ausübung dieses Rechts bringt für die Vertragsparteien keine finanziellen Verpflichtungen mit sich.“*

So ist das hier in Absatz 1 für die jeweilige Minderheit definierte Recht zwar als positiv zu bezeichnen, doch verliert es seine Wirkung weitestgehend durch den Absatz 2. Dieser bindet das Engagement des jeweiligen Staates nämlich an keine finanziellen Leistungen. Somit würde de facto schon eine Absichtserklärung ausreichen, ohne das man hierfür irgendwelche materiellen Leistungen erbringen muss.

Ein weltweit ratifizierter Standard ist das Verbot des Angriffskrieges. Folgende Staatenbündnisse und Organisationen haben auch dies zu einer Prämisse ihres Handelns erklärt:

- Vereinte Nationen

- - OSZE
- - NATO
- - Europäische Union

Doch auch hier werden die Probleme der Umsetzung bei genauerer Betrachtung schnell deutlich.

So sind fast alle Staaten der Erde Mitglieder der Vereinten Nationen, doch wurden, und werden weiterhin, zahlreiche Kriege auf dieser Erde geführt.

Wo könnte also das Problem der Umsetzung liegen? Eine Übereinkunft wie das Verbot von Angriffskriegen setzt vor allem demokratische Prozesse innerhalb der Staaten voraus. In der Realität sind jedoch viele Länder der Erde noch weit von demokratischen Entwicklungsgängen entfernt.

Hierzu kann man eine interessante Statistik betrachten. Vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn der 90'er Jahre des 20. Jahrhunderts gab es keinen Krieg zwischen Demokratien. Hingegen führten Demokratien gegen Nicht-Demokratien rund 150 Kriege. Im selben Zeitraum führten Nicht-Demokratien gegen Nicht-Demokratien nahezu 200 Kriege.

Natürlich lässt sich darüber streiten, inwieweit Demokratien auf andere Konflikte Einfluss genommen haben, da zum Beispiel ihre Interessensphäre berührt war. Es wird jedoch deutlich, dass demokratische Prozesse innerhalb eines Staates entscheidenden Einfluss auf die Frage der Führung eines Angriffskrieges haben werden.

Die Weltgemeinschaft hat im 20. Jahrhundert viele völkerrechtliche Standards entwickelt. Diese stellten einen bedeutenden Fortschritt dar. In der Welt des 21. Jahrhunderts darf es nicht vorrangig um die Entwicklung zahlreicher neuer Standards gehen, Ziel muss es vielmehr sein, die erreichten Standards zu verbessern und in der Welt Geltung zu verleihen.

## 2 Europa: Sicherheitspolitischer Vasall oder Partner der USA?

Olaf Theiler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der AIK, ging zu Beginn seines Vortrags zunächst auf die aktuelle Situation der NATO ein, die seit der erstmalig erfolgten Ausrufung des Verteidigungsfalles - als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 - verstärkt in den Medien präsent ist. Von diesem Standpunkt ausgehend baute der Referent seinen Vortrag auf und beleuchtete hierbei die aktuelle Lage bzw. Struktur der NATO und ging dann zu den Problemen der NATO über. Abschließend erfolgte ein kurzer Exkurs über die weitere Entwicklung hinsichtlich neuer Mitgliedsstaaten.

### 2.1 Die aktuelle Lage/Struktur der NATO

#### 2.1.1 Zusammensetzung der NATO

Die NATO setzt sich derzeit aus 19 souveränen und demokratischen Staaten zusammen und bildet somit das weltweit größte Militärbündnis. Knapp über 62% der weltweiten Ausgaben für die Rüstung werden von den NATO - Mitgliedsstaaten getätigt.

Die höchste Entscheidungsebene der NATO ist der **NATO- bzw. Nordatlantikrat**. Seine Aufgabe ist es, die Mitglieder bei der Durchführung der Vertrages zu unterstützen. Der aus ständigen Vertretern der Mitgliedsstaaten bestehende Rat, der auf der Ebene der Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsminister

mindestens zwei mal im Jahr tagt, ist mit politischer Autorität und Entscheidungsbefugnis ausgestattet. Alle Ratsbeschlüsse sind Ausdruck des gemeinsamen Willens und werden einstimmig beschlossen (keine Mehrheitsentscheidungen). Außerdem sind diese Beschlüsse bindend und können nur vom Rat aufgehoben werden.

Der **Verteidigungsplanausschuss** (DPC) besteht ebenfalls aus ständigen Vertretern der Mitgliedsstaaten, außer Frankreich und tagt zweimal jährlich. Er befasst sich mit allen Fragen, die das Verteidigungssystem des Bündnisses betreffen und berät die Militärbehörden der NATO.

Die **nukleare Planungsgruppe** (NPG) besteht aus allen Mitgliedsstaaten, außer Frankreich. Island nimmt nur als Beobachter teil. Sie ist das wichtigste Entscheidungsgremium für alle Fragen bezüglich der Rolle der nuklearen Streitkräfte in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik innerhalb des Bündnisses.

Höchster ziviler Repräsentant des Bündnisses und Kopf der Exekutive ist der **NATO-Generalsekretär**. Der **NATO-Generalsekretär**, der den Vorsitz im Rat hat, wird von den Mitgliedsstaaten im Konsens ernannt. Er ist der Repräsentant der NATO nach außen und verantwortlich für die Förderung und Lenkung des Konsultations- und Entscheidungsfindungsprozesses des Bündnisses. Außerdem hat er die Aufgabe der Vermittlung bei Meinungsverschiedenheiten der Mitgliedsstaaten.

Die höchste militärische Instanz des Bündnisses, der **Militärausschuss**, besteht aus Stabschefs aller Mitgliedsstaaten außer Frankreich und tagt wenigstens zweimal jährlich.



Der Ausschuss untersteht dem NR, dem NPG und dem DPC. Er hat die Aufgabe, im Frieden diejenigen Maßnahmen zu empfehlen, die für die gemeinsame Verteidigung des NATO-Gebietes für erforderlich gehalten werden, und berät die obersten NATO-Befehlshaber. Es gibt zusätzlich noch den ständigen Militärausschuss, der die Funktion des Militärausschusses zwischen den Tagungen wahrnimmt.

Der **internationale Militärstab** besteht aus 6 Abteilungen. Beispiele sind unter anderem die Abteilung für militärisches Nachrichtenwesen, Planung und Grundsatzangelegenheiten.

### **2.1.2 Ziele und Kernfunktionen der NATO**

Wesentliches Ziel der NATO ist es, Freiheit und Sicherheit ihrer Mitglieder mit politischen und militärischen Mitteln zu gewährleisten, wobei dies unter Berücksichtigung der Grundsätze der Charta der UNO (=Vereinte Nationen) erfolgen soll.

Mit der Auflösung des *Warschauer Paktes* (Juli 1991) und dem Zerfall der Sowjetunion (Dezember 1991) entfiel der eigentliche Zweck, für den die NATO mehr als vier Jahrzehnte zuvor gegründet worden war. Die Instabilität der weltpolitischen Lage und die Entstehung neuer Krisenherde als Folge des von der Sowjetunion hinterlassenen Machtvakuum (u. a. auf dem Balkan) veranlassten die NATO zur Entwicklung eines neuen strategischen Konzepts, dessen Grundzüge Ende 1991 beschlossen wurden. Neben einer deutlichen Verminderung der Streitkräfte sollte es erlauben, auf neue Gefährdungen schneller und flexibler zu reagieren. Die nukleare Komponente galt weiterhin als wichtiger Faktor der Friedenssicherung.

Die Streitkräfte in Europa wurden neu gegliedert. Neben den Hauptverteidigungskräften wurde eine schnelle Eingreiftruppe von rund 100 000 Mann geschaffen.

Seit 1991 begann sich die NATO auch den früheren Mitgliedern des *Warschauer Pakts* und den aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten zu öffnen. Nachdem sich die NATO mit der Einbeziehung Ostdeutschlands nach Abzug der russischen Verbände 1994 in einem ersten Schritt nach Osten faktisch schon erweitert hatte, lud der NATO-Rat 1997 die früheren *Warschauer -Pakt* - Staaten Polen, Ungarn und die Tschechische Republik zur Aufnahme von Verhandlungen zum Beitritt ein, der - gegen Bedenken Russlands - im März 1999 vollzogen wurde. Die Truppenstärke der Allianz erhöhte sich damit um rund 340 000 auf 4,1 Millionen Soldaten.

Zudem erklärte sich die NATO 1992 bereit, im Auftrag der UNO Frieden stiftende oder sichernde Aufgaben auch außerhalb ihres eigenen Wirkungsgebiets zu übernehmen, um dem Übergreifen von Konflikten auf NATO-Gebiet vorzubeugen. In Bosnien - Herzegowina beteiligte sich die NATO seit 1994 an UN-Einsätzen, seit 1994 erstmals auch mit Luftwaffen-Kampfeinsätzen. Nach dem Friedensschluss von Dayton, der den Krieg in Bosnien 1995 beendete, erhielt die NATO vom UN-Sicherheitsrat den Auftrag, als Kern einer internationalen Truppe die Friedenssicherung in Bosnien - Herzegowina zu übernehmen. An der IFOR - Truppe (Implementation Force) beteiligten sich insgesamt 31 Länder mit rund 60 000 Soldaten unter NATO-Kommando (mit Sonderregelung für das russische Kontingent). Der NATO - Einsatzplan „Operation Joint“ war die bis dahin größte Militäraktion in der Geschichte der Allianz. Ende 1996 ging

das Mandat auf die Nachfolgetruppe SFOR (Stabilization Force) über, ausgestattet mit 30 000 Soldaten, die dieses Mal nur von NATO-Staaten gestellt wurden (darunter von der Bundesrepublik Deutschland 3 000 Mann).

Nachdem sich der UN-Sicherheitsrat 1998/99 nicht auf militärische Maßnahmen zur Beendigung des Kosovo - Konflikts verständigte, ergriffen die NATO-Staaten unter Führung der USA die Initiative und eröffneten am 24. März 1999 ohne formelle Kriegserklärung eine Luftoffensive gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Weitere Bodenoffensiven der Serben im Kosovo, sowie „ethnische Säuberungen“ in der Zivilbevölkerung, sollten hierdurch unterbunden werden. Mit seinem ersten Kriegsgang gegen einen souveränen Staat setzte sich das ursprünglich als Verteidigungsbündnis auf Gegenseitigkeit gegründete Bündnis im 50. Jahr seiner Geschichte dem Vorwurf der Missachtung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen aus. Nach dem Waffenstillstand vom 10. Juni 1999 zog die unter NATO-Regie stehende internationale Truppe KFOR (Kosovo Forces) - als „internationale Sicherheitspräsenz“ vom UN-Sicherheitsrat autorisiert - im Kosovo ein und etablierte die jugoslawische Provinz als faktisches Protektorat der Vereinten Nationen.

Einen weiteren Einsatz auf dem Balkan hatte die NATO in Mazedonien. Sie sollte zur Sicherstellung des Friedens und der Friedensverhandlungen in Mazedonien, Waffen von der albanischen Untergrundarmee UCK einsammeln. Diese Mission, unter dem Namen „Essential Harvest“ wurde nach 30 Tagen als Erfolg abgeschlossen. Allerdings entschied die NATO, dass diese Mission aus Angst vor Übergriffen erweitert werden soll. Nach der Selbstaflösung der UCK in Mazedonien stationierte die NATO

Truppen zum Schutz von zivilen Beobachtern in dem Balkanland. Diese Mission erfolgte unter deutscher Leitung. Die NATO-Soldaten sollen 284 zivile Beobachter in Mazedonien beschützen. Das Mandat ist auf drei Monate begrenzt, kann aber verlängert werden.

Nach den verheerenden Terroranschlägen auf Ziele in den USA (das World Trade Center in New York und das Pentagon bei Washington D.C.) am 11. September 2001 hat die NATO am 2. Oktober 2001 zum ersten Mal in ihrer über 50-jährigen Geschichte den kollektiven Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages ausgerufen. Damit wertete die NATO die Anschläge nicht als Angriff nur auf die USA, sondern als Angriff auf die gesamte Zivilisation, somit auch auf das Bündnis selbst. Dies geschah nachdem die USA am 2. Oktober ausreichende Beweise dafür vorgelegt hatten, dass die Attacken aus dem Ausland kamen. Die USA baten dann am 3. Oktober die NATO um die ihr zustehende Unterstützung. Sie legte dazu der NATO eine Liste mit Unterstützungsmaßnahmen vor.

## **2.2 Hauptprobleme der NATO**

### **2.2.1 Schwerfälligkeit**

Die NATO ist in politischen Entscheidungen und militärischer Reaktionsfähigkeit zu schwerfällig. Dies liegt zum einen daran, dass sich innerhalb der NATO zu viel Bürokratie entwickelt hat. Zum anderen gibt es zu viele unterschiedliche Meinungen innerhalb der NATO. Durch die Aufnahme weiterer Staaten bildet sich eine Meinungsvielfalt, die sich bei politischen Entscheidungen nur

schwer „unter einem Hut bringen lassen“. Somit wird eine einstimmige Abstimmung nur noch schwer möglich sein. Der NATO wird daher auch auf Grund fortgesetzten Mitgliederzuwachses „Aufweichung“ vorgeworfen.

### **2.2.2 Macht-/ Einflussverteilung**

Die Macht-/ Einflussverteilung innerhalb der NATO ist zu ungleichgewichtig. Im militärischen Bereich zeichnet sich eine Dominanz der USA ab, da viele europäische Armeen unterfinanziert sind. Folge sind Dispute zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten und den USA. Die USA fordern daher auch Verbesserungen der militärischen Leistungsfähigkeit der europäischen Armeen. Ebenfalls bemängeln die USA die Schwerfälligkeit einiger europäischer Staaten bei militärischen Entscheidungen.

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1994 sind die verfassungsrechtlichen Probleme eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr grundsätzlich gelöst, allerdings muss das Parlament mit Mehrheit einem Einsatz zustimmen.

### **2.3 Ausblick**

Im Rahmen des sogenannten Stabilitätstransfers hat die NATO folgende Eckpfeiler für die Zukunft errichtet. Diese wurden zum Teil schon umgesetzt.

- Enge Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation, ohne die kein dauerhafter Frieden möglich sein wird.

- Öffnung der NATO für neue Mitgliedsstaaten. So sind derzeit beispielsweise die baltischen Staaten, Slowenien, Mazedonien, Slowakei, Bulgarien und Rumänien Beitrittskandidaten.
- Wesentliche Aufgabe wird die Durchsetzung von Freiheit und Demokratie in Schwellenländern sowie die Stärkung der internationalen Sicherheit durch politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit sein. Dies soll durch gemeinsame Ausarbeitung von Verteidigungsplänen, Rüstungszusammenarbeit, Errichtung von Infrastrukturen und gemeinsamen Übungen erfolgen.

### 3 Die Reform der Bundeswehr – Ursache Notwendigkeiten Elemente

Vortrag von Oberst Dr. Rolf P. Zimmermann, Kommandeur der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation in Strausberg.



**Abbildung 5**  
**Oberst Dr. Zimmermann**

Studium der Pädagogik, Psychologie und Soziologie. Lehrstabsoffizier für Psychologie/Statistik. Referent für Meinungs- und Motivforschung im Bundesministerium der Verteidigung. Lehrstabsoffizier für Menschenführung am Zentrum Innere Führung. Referent für Grundsatzfra-

gen und Steuerung der Meinungs- und Motivforschung im Bundesministerium der Verteidigung. Referent

für Grundsatzfragen der Inneren Führung im Bundesministerium der Verteidigung/Führungsstab der Streitkräfte. Seit 1998 Kommandeur der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Strausberg bei Berlin

Die Bundeswehr wurde insbesondere seit 1990 eigentlich immer wieder Reformen unterzogen. Insbesondere das Heer erlebte in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Umstrukturierungen.

Am Tage der deutschen Einheit, dem 3. Oktober 1990, übernahm der Bundesminister der Verteidigung die Befehls- und Kommandogewalt über die noch bestehenden Streitkräfte der ehemaligen DDR. Man sprach danach von der „Armee der Einheit“.

Gemäß den zwischen dem damaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem sowjetischen Staatspräsidenten Gorbatschow getroffenen Vereinbarungen musste die Bundeswehr bis zum 31. Dezember 1994 auf 370.000 Mann reduziert und deshalb durchgreifend reorganisiert werden.



Abbildung 6

**Grundlagen für die Reformpläne der Bundeswehr:**

*„Gemeinsame Sicherheit und Bundeswehr der Zukunft“*

**„von-Weizsäcker-Kommission“**

*„Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Bundeswehr“*

**Generalinspekteur der Bundeswehr<sup>1</sup>**

---

<sup>1</sup> General Hans-Peter von Kirchbach, höchstrangiger Soldat der Bundeswehr von März 1999 bis Juni 2000



Man spricht von einer Erneuerung der Bundeswehr „von Grund auf“. Das bedeutet tiefgehende Veränderungen, die zudem unter großem Zeitdruck stattfinden müssen. Diese Neuausrichtung ist die umfassendste Reform in der Geschichte der Bundeswehr. Alle Ebenen der Streitkräfte und der Wehrverwaltung sind einbezogen.

Seit 1967 galt für Europa eine NATO-Strategie, die vorsch, dass das Heer an der inner-deutschen Grenze gegen einen Angreifer aus dem Osten verteidigen würde. Diese Vorverteidigung war Bestandteil des „General Defense Plan“. Ausbildung und Ausrüstung der Truppe waren auf diese Art der Heimatverteidigung ausgelegt.



Abbildung 7

Die Verteidigung hätte auf eigenem Territorium unter Einbeziehung von erkundeten Ortschaften stattgefunden.

Feste, vorbereitete Fernmeldeverbindungen wären genutzt worden, Funk als Ausnahme.

Die Länge der zu verteidigenden Grenze erforderte viel Personal, im Verteidigungsfall wären das nur für die Bundeswehr ca. 1,3 Millionen Soldaten gewesen, darunter einberufene Reservisten.

Diese Strategie spielt heute keine Rolle mehr. Die Bundeswehr hat wesentlich andere Aufgaben, die verlangen, dass Struktur und Ausrüstung der Truppe modernisiert werden.

Der konzeptionell ausgewogene Wandel zu Streitkräften im multinationalen Einsatz ist noch nicht vollzogen. Die Bundeswehr ist

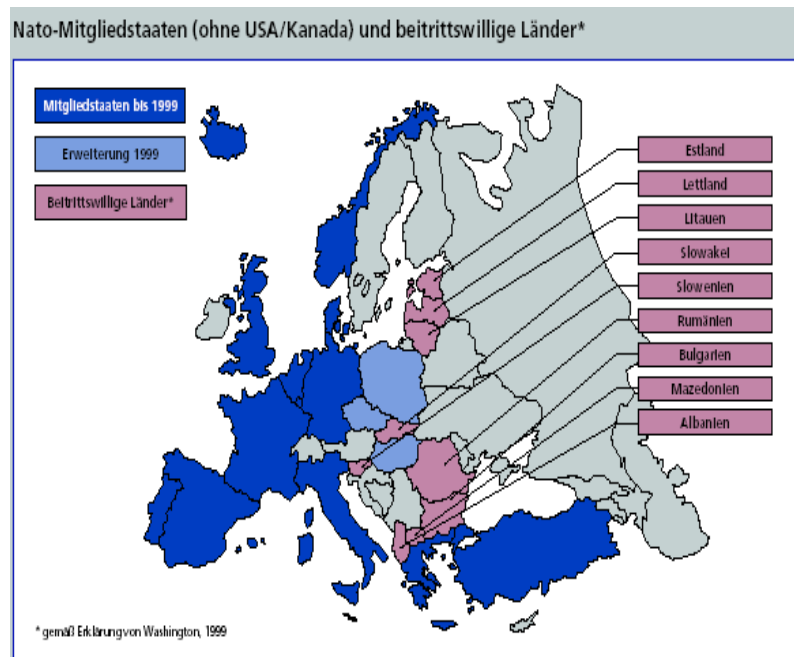


Abbildung 8

noch zu sehr auf die stationäre Aufgabenwahrnehmung zur Landesverteidigung ausgerichtet. Größe, Struktur und Ausrüstung sind den neuen Aufgaben nicht angemessen.

Zahlreiche Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes sind der NATO bereits beigetreten oder begehren die Aufnahme. Während die Ergänzung der NATO-Konzeption unter Gorbatschow noch Widerstände erfuhr, geschieht die Osterweiterung inzwischen mit Zustimmung von Russland.

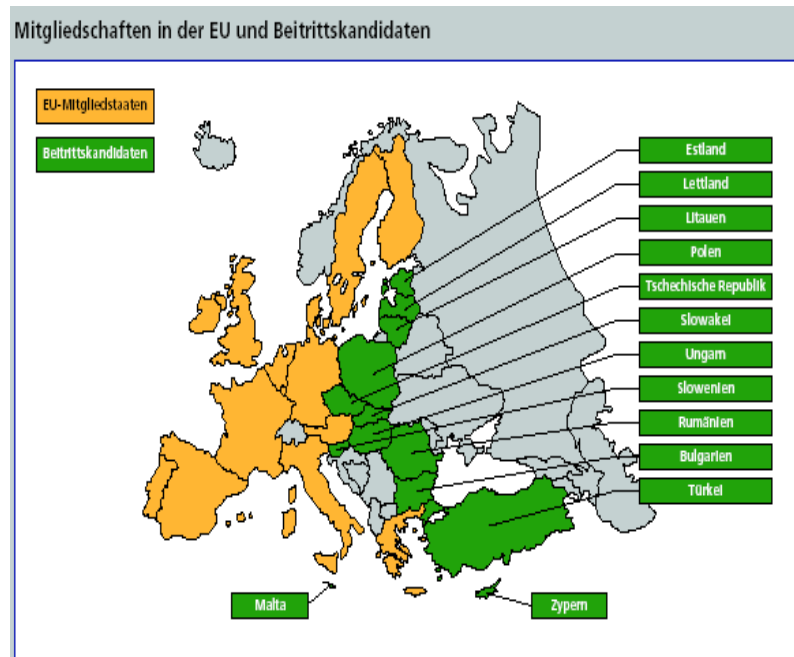


Abbildung 9

Auffallend bei dem Vergleich der Beitrittskandidaten von NATO (Abb. 10) und EU (Abb. 11) ist die weitgehende Übereinstimmung. NATO und EU streben eine abgestimmte Aufgabenteil-

lung und Zusammenarbeit in der europäischen Sicherheitsordnung an.

Insbesondere die Beziehungen zu Russland werden qualitativ und substantiell ausgebaut mit dem Ziel, gemeinsame Entscheidungen und gemeinsames Handeln zu entwickeln. Eine enge Kooperation vor allem auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik soll im NATO-Russland-Rat stattfinden.<sup>1</sup>

An der „Partnerschaft für den Frieden“ (Partnership for Peace, PfP) beteiligen sich darüber hinaus weitere 27 Staaten. Hierbei wird praktisch-militärisch, z.B. bei großen internationalen Übungen, zusammengearbeitet. Die EU betreibt eine eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Man spricht von „Job-Sharing“.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sehen hierin einen Nachteil für das nordatlantische Bündnis, was auf lange Sicht dazu führen wird, dass die USA sich mehr und mehr aus der europäischen Sicherheitspolitik zurückziehen werden.

Europa muss in der Lage sein, mit eigenen Führungsstrukturen politisch, wirtschaftlich, zivil und militärisch wirksam handeln zu können. Dafür wurden zivile und militärische Kräfte und Fähigkeiten aufgebaut und ein European Headline Goal beschlossen<sup>2</sup>. Danach sind schnell verlegbare militärische Einsatzkräfte für die EU vorgesehen.

---

<sup>1</sup> Die Einrichtung des NATO-Russland-Rates wurde am 28. Mai 2002 auf dem Gipfel in Rom beschlossen.

<sup>2</sup> Helsinki, Ende 1999

Deutschland beteiligt sich finanziell und materiell an humanitärer Hilfe oder internationalen Friedensmissionen.

Die Bundeswehr ist an diesen Einsätzen und an deren Vorbereitung mit Personal und Material weltweit beteiligt.

Das können die Streitkräfte derzeit nur mit äußerster Anstrengung bewerkstelligen, auch weil die Reform gerade erst begonnen hat.

Auslandseinsätze der Bundeswehr verlangen ein hohes Maß an Verlegefähigkeit von Personal und Material. Dabei bereitet der Transport an den Einsatzort ebenso Probleme wie die Schaffung entsprechender logistischer Voraussetzungen vor Ort. Die Versorgung der Soldaten spielt eine ebenso große Rolle wie Nachschub an militärischem Gerät in einem fremden Land.

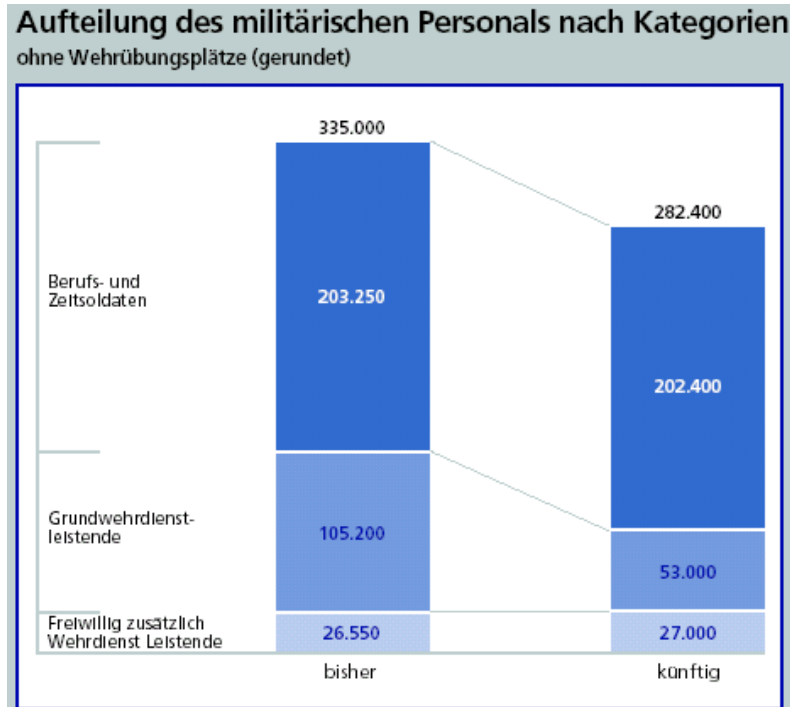
### **3.1 Die drei Säulen der Reform**

Das Fundament der Reform der Bundeswehr ist eine umfassende organisatorische und strukturelle Neuausrichtung von Streitkräften und Wehrverwaltung. Ihre Umsetzung bringt Investitionen in drei Säulen mit sich:

#### **3.1.1 Die Fähigkeiten und Zukunftsaussichten der Bundeswehrangehörigen**

Die Einsatzdauer umfasst in der Regel 6 Monate zuzüglich persönliche Vor- und Nachbereitung. Das Ziel ist, dem Betroffenen nach einem halbjährlichen Einsatz eine Pause von zwei Jahren zu gewähren.

Generell wird die Personalstruktur den neuen Aufgaben angepasst, Laufbahnen werden neu geordnet. Die Bundeswehr will insgesamt einen attraktiven Arbeitsplatz für junge Leute darstellen, um für die zukünftigen Aufgaben befähigtes Personal zu gewinnen.



**Abbildung 10**

Konkret geplant ist eine Reduzierung der Wehrpflichtigenzahl, der Anteil an Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit bleibt konstant. Der Grund ist darin zu sehen, dass keine Grundwehrdienstleistenden an Einsatzaufträgen teilnehmen. Dieses ist länderdie-

nenden Zeit- oder Berufssoldaten bzw. freiwillig zusätzlichen Wehrdienst Leistenden (FWDL) vorbehalten.

Die Folge ist eine völlige personelle Neuausrichtung der Bundeswehr.

### **3.1.2 Material, Ausrüstung und Leistungsfähigkeit der Streitkräfte**

Die Bundeswehr ist mit Systemen und Munition so auszurüsten, dass ein effizientes Zusammenwirken in multinationalen Verbänden ermöglicht wird. Die Ausrüstung wird modernisiert und Lücken werden geschlossen, um sie an die neuen Anforderungen anzupassen.

#### **Die neue Ausrüstung der Bundeswehr muss verschiedene Faktoren berücksichtigen:**

Dazu gehören u.a. Verlege-, Aufklärungs- und Führungsfähigkeit.

Für den Transport von Material und Ausrüstung an entlegene Punkte der Welt erhält die Bundeswehr neue Transportflugzeuge (A 400 M). Radarsatelliten und bodengebundene Systeme (SAR Lupe, FENNEK) verbessern die Aufklärungsfähigkeit nachhaltig. Die Führungs- und Fernmeldemittel werden modernisiert (Datenfunk-System MIDS).

Derzeit ist die Bundeswehr nicht in der Lage, das Oberkommando über die multi-nationale Truppe in Afghanistan zu übernehmen. Grund dafür ist mangelnde Führungsfähigkeit. Dagegen ist der NATO-Partner Türkei bereit, die militärische Führung von ISAF mit eigenen Mitteln zu bewerkstelligen.

Bei der Versorgung der Truppe mit neuem Gerät wird auch der freie Markt genutzt, teilweise durch Anmietung.

Die Streitkräftebasis nimmt künftig Querschnittaufgaben wahr.

Wichtige Aufgabenfelder sind Einsatzführung und die zentrale Basislogistik. Sie wird militärische Dienstleistungsorganisation für die Streitkräfte. Damit wird zum Beispiel vermieden, dass Gerät, das in der Bundeswehr nur einmal vorhanden sein muss, nicht doppelt beschafft, sondern dem jeweiligen Bedarf entsprechend teilstreitkraft-übergreifend eingesetzt wird. Dienststellen werden in neuen Dienstleistungszentren zusammengeführt. Mit dieser modernen Organisationsform werden interne Strukturen zusammengefasst und Schnittstellen aufgehoben.

So führt das Einsatzführungskommando (EinsFÜKdo) in Potsdam eigenständig alle deutschen Einsatzkräfte zentral. Dieses ist ein weiteres Novum für die Truppe.

### **3.1.3 Wirtschaftlichkeit und Effizienz von Beschaffung, Ausrüstung und Betrieb**

Unwirtschaftliche Verfahren und Abläufe werden durch moderne zivile Methoden ersetzt. Dazu wird mit Industrie, Handel und Handwerk kooperiert.

Stärkster Umbruch und völlig neu im Bereich Bundeswehr ist dabei ein betriebswirtschaftliches Management. Die Nutzung nicht militärischer Versorgungseinrichtungen wird forciert und richtet sich stärker nach unternehmerischem Denken und Handeln.

Während einer Tagung sprach der Generalinspekteur der Bundeswehr vor den Kommandeuren davon, dass er unterschiedli-



che Denkweisen von Alt und Jung beobachtet habe. Die Auffassungen, wie und mit welchen Prioritäten bei der Umsetzung der Reformpläne gehandelt werden sollte, gingen weit auseinander. Insbesondere der Nachwuchs der Bundeswehr – die Bewerberquoten seien unverändert hoch – sehe keine Probleme im Gegensatz zu älteren Kameraden, die den „traditionellen“ Methoden nachgingen.

### **3.2 Outsourcing, Neues Flottenmanagement und Controlling**

Im Spektrum der Auftragserfüllung der Bundeswehr wurden Aufgabenfelder identifiziert, die nicht zu deren Kernbereich gehören. Dazu gehören z.B. das Liegenschaftswesen und der Betrieb der Fahrzeugflotte. Diese Geschäftsfelder sollen in Zukunft mehr und mehr von privatrechtlich organisierten Unternehmen wahrgenommen werden, um die Truppe davon zu entlasten (Outsourcing).

Mit der Einführung des „Neuen Flottenmanagements“ werden Fahr- und Transportleistungen der Bundeswehr im betriebswirtschaftlichen Sinne optimiert. Eine hohe Zahl an überalterten, unmodernen Fahrzeugen schränkt die Mobilität der Truppe ein. Die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB) steuert in Zukunft die Beschaffung, Nutzung, Instandhaltung und Instandsetzung zentral.

Moderne, handelsübliche Fahrzeuge werden in einem Pool zusammengefasst und jeweils bedarfsorientiert den Truppenteilen zur Verfügung gestellt. Durch ein gezieltes Management - bei gleichzeitiger Nutzung ziviler Partnerunternehmen - wird eine

hohe Mobilität erreicht, der effiziente Einsatz erlaubt eine Reduzierung der Fahrzeugflotte und somit Kostenersparnis.

Mit der Einführung von Controlling in den Dienststellen der Bundeswehr wird wirtschaftliches Denken und Handeln der Soldaten und zivilen Mitarbeiter gefördert.

Im Rahmen der Kosten- und Leistungsverantwortung (KLV) wurde u.a. der Zeitbedarf bei Betriebsabläufen und Entscheidungsprozessen erfasst und die Kosten berechnet. Kostenvergleiche erlauben es fortan, den Auftrag im täglichen Friedensbetrieb unter Beachtung wirtschaftlicher Grundsätze, wie z.B. Sparsamkeit, zu erfüllen.

**Die Einführung von Controlling hat im militärischen Bereich zu einem weiteren großen Umbruch geführt.**

Die Truppe ist in der täglichen Praxis oftmals gezwungen, bei der Deckung ihres Bedarfes zu improvisieren. Insbesondere ältere Bundeswehrangehörige stehen dem neuen Steuerungskonzept mit Skepsis gegenüber. Da die betriebswirtschaftliche Neuorganisation mittels eines für den zivilen Bereich entwickelten Softwaresystems durchgeführt wird, muss die gesamte logistische Struktur und Stabsorganisation der Bundeswehr daran angepasst und darauf ausgelegt werden.

Bei einem Scheitern oder Nichtfunktionieren des neuen Konzeptes bestehen große Risiken.

### **3.3 Fazit**

Eine grundlegende Reform der Bundeswehr muss angesichts ständig neuer Aufträge zwingend stattfinden. Darüber herrscht auch weitgehend Einigkeit bei allen Beteiligten.

Einzig über die Frage, wie die Neuorientierung in der Praxis und dem täglichen Dienst umgesetzt werden soll, bestehen Meinungsunterschiede und Entscheidungsbedarf.

#### **Diskussion / Fragen**

In der abschließenden Diskussion wurden einige Problemkreise angesprochen:

*Zeigt sich im sicherheitspolitischen Bereich eine Abhängigkeit von den USA?*

Es gibt in der Europäischen Union derzeit noch sehr viele nationale Vorbehalte, die dazu führen, dass viele Staaten ihre eigenen Entscheidungen treffen. Erst wenn die europäischen Einzelstaaten auf militärischem Gebiet zu mehr Kooperation untereinander bereit und in der Lage sind, wäre man selbstbewusster und könnte sich gegenüber Einflüssen von außen, auch der USA, unabhängiger machen.

*Zeigt sich überhaupt irgendwo, dass die Bundeswehr anderen Armeen gegenüber besser ist?*

Die Deutschen haben auch auf militärischem Gebiet im Vergleich zu anderen Nationen noch viel zu lernen. Während Staaten wie die USA, England oder Frankreich bereits seit längerem vielfältige Erfahrungen mit weltweiten Auslandseinsätzen gemacht haben, steckt die Entwicklung in Deutschland noch in

den Kinderschuhen. Hier zeigt sich ein großer Nachholbedarf, will man künftigen Anforderungen professionell und effizient begegnen.

## **4 Untersuchungen zum Wehrpflichtigenpotential**

-durch das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr.

Im Rahmen unseres Aufenthalts an der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation in Strausberg referierte Dr. Heinz-J. Ebenrett vom ebenfalls in Strausberg ansässigen Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr zum Thema Wehrpflichtigenpotential.

### **4.1 Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr**

Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr führt im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung streitkräftebezogene empirische Sozialforschung und Grundlagenforschung im Bereich Militärsoziologie durch. Die Projektarbeit des Instituts ist interdisziplinär angelegt und basiert auf der im Grundgesetz garantierten Freiheit der Wissenschaft und Forschung. Die Finanzierung des Sozialwissenschaftlichen Instituts erfolgt durch das Bundesministerium der Verteidigung.

Die Arbeit des Sozialwissenschaftlichen Instituts erstreckt sich auf die Themenbereiche:

- Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung
- Gesellschaftlicher Wertewandel und das öffentliche Bild der Bundeswehr

- Multinationale Streitkräfte
- Sozialisation in den Streitkräften
- Führungs- und Organisationsfragen der Streitkräfte
- Berufsbild des Soldaten, Professionalisierung
- Rekrutierung, Karrieresysteme, Berufsförderung
- Wehrstrukturfragen
- Neue Aufgaben der Streitkräfte
- Militärseelsorge
- Einstellung von Jugendlichen und Frauen zur Bundeswehr

## **4.2 Die Untersuchung und das Ergebnis**

Im Mittelpunkt des Vortrages von Herrn Dr. Ebenrett stand die mit der Musterung vorzunehmende Eignungs- und Verwendungsprüfung (EUF). Ziel dieses psychologischen Testes ist die Ermittlung der Stärken und Schwächen der zukünftigen Wehrdienstleistenden, um diese dann im Wehrdienst in einer den individuellen Fähigkeiten entsprechenden Verwendungen einzuplanen („Der richtige Mann am richtigen Ort!“). Bei der Entscheidung über die letztendliche Verwendung wird die gesundheitliche Eignung des Einzelnen ebenso berücksichtigt.

Im Zentrum der psychologischen Eignungsprüfung steht die Feststellung des individuellen Leistungsvermögens, der sog. „Ausbildungs- und Verwendungsbreite“. Diese wird in den bundesweit 83 Kreiswehrrersatzämtern einheitlich aus drei Einzeltests,

einem Rechen-, einem Matrizen- und einem Schlussfolgerungstest ermittelt. So wurden im Jahr 1998 etwa 248.000 wehrpflichtige junge Männer getestet. Nicht getestet werden diejenigen, die schon vor der EUF als Wehrdienstverweigerer anerkannt sind, und andere, die aufgrund gesundheitlicher Mängel nicht wehrdienstfähig sind.

Im bundesweiten Vergleich stellt der Psychologische Dienst der Bundeswehr seit langem auffällige regionale Unterschiede im intellektuellen Leistungsniveau wehrpflichtiger junger Männer fest: Markante West-Ost-Unterschiede werden von einem nicht minder starken Süd-Nord-Gefälle überlagert.

Im weiteren Verlauf stellte Dr. Ebenrett eine Ursachenhypothese auf. Als eine Ursache für das unterschiedliche Leistungsniveau könnte demnach die regionale **Wirtschaftskraft** sein. Wirtschaftlich starke Regionen würden demnach aufgrund der guten finanziellen Situation bessere Voraussetzungen für die schulische Ausbildung bieten.

Eine weitere Ursache könnte in der **Urbanität** der jeweiligen Region liegen. Aufgrund der kurzen Wege und der hohen Anzahl von Bildungseinrichtungen wäre in städtischen Gebieten ein attraktiveres Bildungsangebot gegeben.

Andererseits könnte die regionale **Arbeitslosenquote** Auswirkungen auf das jeweilige Bildungsniveau haben. Da davon auszugehen sei, dass sich die elterliche Arbeitslosigkeit auch negativ auf die weiteren Familienangehörigen im Sinne von Teilnahmslosigkeit und mentalem Rückzug auswirke.

Weiter könnte die **Binnenwanderung** ursächlich für die o.g. Unterschiede sein. Demnach würden unattraktive Regionen auf-

grund fehlender Perspektiven von begabten jungen Menschen verlassen.

Als letzte mögliche Ursache nannte Dr. Ebenrett die **Abiturquote**<sup>1</sup>. Demnach würde auch eine qualifiziertere Schulausbildung für das Bildungsniveau positive Auswirkungen haben.

Die Werte zu den o.g. fünf möglichen Ursachen (Wirtschaftskraft, Urbanität, Arbeitslosenquote, Binnenwanderung, Abiturquote) wurden mit den Ergebnissen des psychologischen Leistungstests in Beziehung gesetzt. Dieses wurde mit Hilfe des Korrelationskoeffizienten durchgeführt, der eine Aussage darüber trifft, ob zwischen zwei Indikatoren ein Zusammenhang besteht, der nicht rein zufälliger Natur ist.

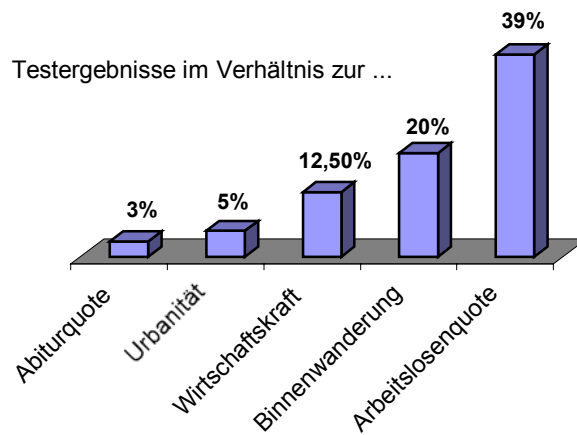
Hierzu ist noch anzuführen, dass das Schema der Bundesländer, laut Dr. Ebenrett, zu groß wäre und deshalb die Ebene der Kreiswehersatzamtsbereiche gewählt wurde.

---

<sup>1</sup> *prozentualer Anteil der Abiturienten an der Gesamtzahl der versch. Schulabschlüsse eines Geburtenjahrgangs*



Im Einzelnen ergaben sich nach der Anwendung der Korrelationsberechnungen folgende Ergebnisse:



**Abbildung 11**

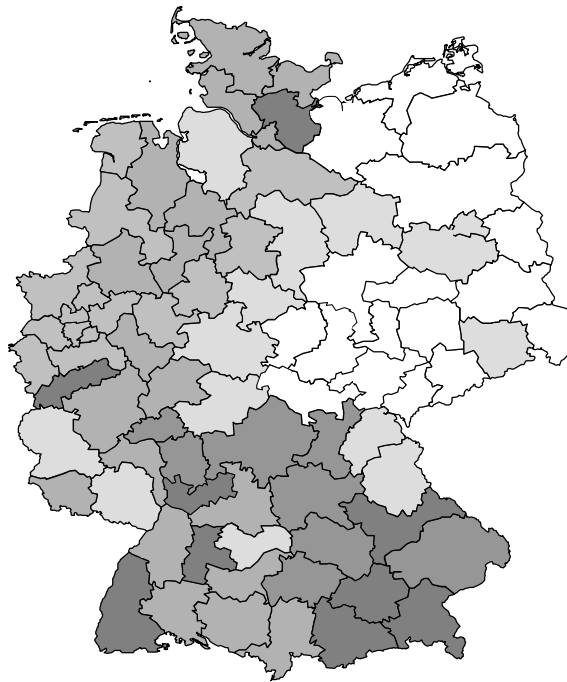
Weiterführende Berechnungen mit Hilfe der sog. „Pfadanalyse“ weisen vor allem eine hohe lineare Abhängigkeit des regionalen Intelligenzniveaus von der zugeordneten Arbeitslosenquote, nachrangig auch von Ausmaß und Richtung der Binnenwanderung, aus. Wirtschaftskraft und Urbanität wirken nur mittelbar auf das regionale Intelligenzniveau. Die jeweilige Abiturquote - und damit Dauer und Niveau der schulischen Bildung - zeigt so gut wie keine Auswirkung.

Diese empirischen Befunde werden gegenwärtig vor dem Hintergrund der PISA-Studie und der im Frühjahr 2002 durchgeführten Online-Befragung „Perspektive Deutschland“ diskutiert. Zentrale Betrachtungsaspekte sind dabei die unerwartet hohen

regionalen Unterschiede im intellektuellen Leistungsniveau der jungen Männer sowie der Umstand, dass die erfahrene schulische Bildung offenbar nur einen marginalen Einfluss auf das Leistungsniveau hat. Diesbezügliche funktionale Zusammenhänge lassen sich vielmehr mit den Auswirkungen andauernder regionaler Arbeitslosigkeit begründen, zu denen in erster Linie die Abwanderung besonders qualifizierter junger Leute gehört.

Am Ende seiner Ausführungen äußerte Herr Dr. Ebenrett die Befürchtung, dass, sofern nicht bald tiefgreifende Maßnahmen getroffen werden, der in den vorliegenden Daten bereits deutlich sichtbare Verlust an regionalem Humankapital sich in einer Abwärtsspirale weiter fortsetzen und immer schwerer zu korrigieren sein könnte.

### 4.3 Kartierung regionaler durchschnittlicher Intelligenzleistungen sämtlicher geprüften Wehrpflichtigen des Jahres 1998



**Bedeutung der Farbgebung in der Kartierung:**

- weit unterdurchschnittliche Leistungen (0-10%)
- unterdurchschnittliche Leistungen (>10-25%)
- durchschnittliche Leistungen (>25-75%)
- überdurchschnittliche Leistungen (>75-90%)
- weit überdurchschnittliche Leistungen (>90%)



## **5 Krisenkommunikation und Krisenbewältigung**

Dieses Protokoll resumiert die Ausführungen des Wissenschaftlichen Direktors und Diplom Psychologen Hans-Viktor Hoffmann (AIK) zum Thema „Krisenkommunikation auf demoskopischer Grundlage“.

Am Beispiel der Anschläge vom 11. September 2001 ist festzustellen, ob die Wahrnehmungen der Ereignisse in der deutschen Bevölkerung, mit den Äußerungen deutscher Politiker übereinstimmen.

Anhand von demographischen Erhebungen soll dies bestätigt oder widerlegt werden. Anschließend soll der Versuch unternommen werden, daraus Erkenntnisse für die Arbeit des Verfassungsschutzes, in bezug auf die Unterrichtung politischer Entscheidungsträger bei zukünftigen „Krisen“, zu erlangen.

Dies setzt voraus, dass der Verfassungsschutz bei seiner diagnostischen Tätigkeit, sowie bei der Entwicklung von Schlussfolgerungen und Empfehlungen an die politischen Entscheidungsträger auf kommunikative Eigenarten von Individuen und Organisationen, verstärkt achtet. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf das Krisenmanagement und auf die Krisenkommunikation gelegt.

Hierzu muss vorab an dieser Stelle noch festgestellt werden, dass Sprache, als bedeutendste Form der Kommunikation, unterstützend oder behindernd zur Bewältigung von Krisen beitragen kann.

## 5.1 Krisenbegriffe und Bewältigung von Krisen

Es gibt – je nach Handlungsebene – unterschiedliche Krisenbegriffe. Krisenverhalten weist unterschiedliche Qualitäten auf.

Auf einer individuellen Ebene gehören zum Vorliegen einer Krise folgende Merkmale:

1. Es gibt ein kritisches **Ereignis**.

Der Tod eines Familienangehörigen, das Durchfallen bei einer Prüfung gehören dazu. Sogenannte kritische Entwicklungen, wie die Entfremdung zwischen Ehepartnern oder zunehmende Alkoholabhängigkeit, zählen im Sinne dieser Definition nicht zum Merkmal einer Krise, weil ihnen der Ereignischarakter fehlt.

2. Das Ereignis hat **Aufforderungscharakter**.

Die Nachricht über den Tod eines Verwandten, den man seit 20 Jahren nicht gesehen hat, hat einen geringeren Aufforderungscharakter als der Tod des Vaters, der im gleichen Hause lebt. Der Aufforderungscharakter ist eine subjektive Angelegenheit.

3. Das Erleben und Verhalten des **Individuums** steht im Vordergrund.

4. Mangel an **Ressourcen**.

Zur Bewältigung des kritischen Ereignisses werden persönliche und soziale Ressourcen benötigt. Neue Krisen können aus mangelnden Ressourcen, aus Mangel an „innerer seelischer Kraft“ und aus Mangel an Unterstützung durch andere Menschen entstehen.

5. Trotz vorhandener Ressourcen kann die „**Passung** zwischen Fähigkeiten und Anforderungen“ nicht erreicht werden. Eigene Anstrengungen laufen ins Leere.
6. Auf einer organisatorischen Ebene sollte bei Vorliegen der folgenden Merkmale der Krisenbegriff verwendet werden:
7. Es gibt ein **kritisches Ereignis**, das die Organisation betrifft. Krisen sind plötzliche Ereignisse, wie der Entzug eines Kredites bei Unternehmen.
8. **Wendepunkt der sozialen Ordnung**. Im allgemeinen kann eine Organisation ihren Zweck nicht mehr oder nicht mehr so gut erfüllen. Im klassischen Sinne ist die Ausrufung eines Kriegszustandes und die Mobilisierung von Soldaten eine Krise. Auch die Wirtschaft wird dann auf Kriegswirtschaft umgestellt.
9. Es liegt eine **Bedrohung** vor, welche eine Herausforderung für die Organisation darstellt und Gegenmaßnahmen notwendig macht.
10. Die Akteure der Krise müssen ihr Gesicht wahren. Das Verhalten in der Krise ist mit **Image-Problemen** durchzogen.

## **5.2 Krisenkommunikation – Krisenmanagement**

**Krisenmanagement**, *zusammenfassender Begriff für die Maßnahmen bei der Bewältigung einer politischen oder wirtschaftlichen Gefahrensituation. Gleichzeitig bedeutet er aber auch die mit der Bewältigung der Krise befasste personelle Institution. Nach heutiger Auffassung bezeichnet Kri-*

*senmanagement alle erforderlichen Maßnahmen sowohl zur Krisenvermeidung wie auch zur Krisenbewältigung.*

Die Systematik des Krisenbegriffes ist hinsichtlich des kommunikativen Aspektes in ihrer Betrachtung um die zeitliche Komponente zu erweitern. Die Perspektive der Zeit unterstreicht durch eine gewisse Dauer den besonderen Ereignischarakter einer Krise und unternimmt in diesem Sinne eine Klassifizierung in der Abfolge der Verhaltensweisen.

Demnach wird unterschieden zwischen der

- Krisenprävention
- Krisenintervention
- Krisenrestitution

Die Krisenprävention umfasst die Gesamtheit der individuellen Handlungen und der organisatorischen Maßnahmen, die vorbeugend auf eine Verhinderung des eventuellen Eintritts ausgerichtet und für diesen Zweck geeignet sind.

Alternativ erfasst der Begriff auch alle Fähigkeiten die zur Bewältigung beitragen können oder die nach einem kritischen Ereignis zur Normalisierung behilflich sein können.

Der Begriff der Krisenintervention subsumiert alle reaktiven Handlungen und Maßnahmen, die als Folge des Ereignisses auftreten. Erfasst werden folglich auch unzweckmäßige und nicht zielgerichtete Handlungen.

Die Krisenrestitution fasst alle Handlungen und Maßnahmen zusammen, die dazu geeignet sind, ein kritisches Ereignis in

den Hintergrund zu drängen, so dass keine Bedrohung mehr von diesem ausgehen kann.

### 5.2.1 Beispiele für Krisenrestitution aus anderen alltäglichen Lebensbereichen

Sinn	Deutung
Im medizinischen Sinn	Rehabilitation
Im versicherungstechnischen Sinn	Versicherungsleistung
Im Vertragssinn	Schadensersatz
Im organisatorischen Sinn	Normalisierung
Im menschenrechtlichen Sinn	Wiedergutmachung

Die in der Gesamtheit aufgezählten Handlungen und Maßnahmen werden als **notwendige Ressourcen** verstanden. Sie können sich in ihrem Wesen erst spontan entwickeln, aber auch bereits vorhanden und einsatzbereit sein. Die Existenz von Alarmplänen, Notfallbeauftragten oder die Durchführung von Katastrophenschutzübungen mag diesbezüglich als plakatives Beispiel herangezogen werden.

**Ressourcen** können in ihrem Charakter unterschieden werden nach:

- materiellen Ressourcen
- finanziellen Ressourcen
- seelischen Ressourcen
- sozialen Ressourcen



Die erfolgreiche Ausschöpfung dieser Ressourcen macht zusätzlich das Vorhandensein einer **Organisationskompetenz** erforderlich, um ihre **Effizienz** und **Effektivität** zu entfalten sowie das Zusammenspiel der Ressourcen auf der organisatorischen Ebene mit der individuellen Ebene zu koordinieren.

Es bestehen zwischen den verschiedenen Arten der Ressourcen **natürliche Abhängigkeiten** und **Zusammenhänge**. Beispielhaft kann an dieser Stelle die Verbindung der sozialen mit der seelischen Ressource aufgezeigt werden.

Neben den für Entscheidungsprozesse notwendigen Kommunikationsfähigkeiten und -möglichkeiten ist die **soziale Unterstützungsarbeit** eine der primären sozialen Ressourcen.

Um die Einsatzbereitschaft und innere Motivation des Personals in Krisensituationen zu gewährleisten, ist oft neben dem Trost auch **psychische Unterstützungsarbeit** zu leisten. Ihre Zielsetzung hinsichtlich eines Zusammenhanges mit der seelischen Ressource kann dabei folglich differenziert werden.

- Beeinflussung von Kontrollerwartungen

Das kritische Ereignis kann ein einzelnes Individuum überwältigen und verzweifeln lassen, die soziale Unterstützung kann durch Hilfeleistung, Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten und die direkte Einbindung in die Anstrengungen zur Bewältigung beitragen.

Entscheidend ist der Eindruck, dass die soziale Gemeinschaft das Krisenereignis beherrschen und nicht zuletzt durch die Mitarbeit des betroffenen Individuums auch neutralisieren kann.

Die eigene Rolle und Wichtigkeit des Individuums ist in der Krise suggestiv hervorzuheben, um die Annahme der eigenen Bedeutungslosigkeit und Verzweiflung vor dem Ausmaß einer Krise aufzuheben und der Person Eigenkompetenz zu implementieren.

- **Beeinflussung von ereignisbezogenen Kognitionen**  
Gesteuerte Wahrnehmung der Ereignisse schützt vor Unsicherheiten sowie der Angst und beugt der Streuung von Gerüchten vor. Die Beeinflussung der Kognition in einer Krisensituation unterstützt im gewünschten Rahmen die Wahrnehmungsfähigkeit der Betroffenen für die primäre Problemlösung und Zielsetzung.
- **Beeinflussung der ereignisbezogenen Emotionen**  
Angst und Verzweiflung sind einerseits lähmend und schockierend, können aber andererseits nicht argumentativ, also logisch, rationalisiert oder wegdiskutiert werden. Ihre Akzeptanz kann aber kommunikativ beschleunigt und erleichtert werden, um die Aufmerksamkeit weg von emotionsgeladenen Aspekten hin zu rationellen zu verlagern, um die Arbeits- und Funktionsfähigkeit wiederzugewinnen.
- **Beeinflussung der Dauer von Bewältigungsanstrengungen**  
Eine Krisensituation mit direktem Bedrohungscharakter erzeugt eine über das alltägliche Maß hinausgehende Motivation und Einsatzbereitschaft. Mit der Dauer oder dem langsamen Nachlassen der Bedrohungssituation schwindet diese aber, bedingt durch den „Gewöhnungseffekt“, und die Problemaufmerksamkeit sinkt wieder. Dies ist ein natürlicher Pro-

zess, der aber steuerbar ist und durch organisatorische Maßnahmen eine regelbare Beeinflussung erfahren kann.

Diese Methoden der Beeinflussung seelischer Ressourcen durch soziale Unterstützung zeigen die innere Vielfalt an Zusammenhängen innerhalb kritischer Situationen und der Maßnahmen zu ihrer Bewältigung.

Die Beeinflussung als Mittel der **Krisenkommunikation** geschieht dabei -wie aufgezeigt- überwiegend auf kommunikativer Ebene und erreicht dabei in dem von der Krisensituation gekennzeichnetem Individuum eine beeindruckend vielfältig ausgeprägte Wirkung.

Bezüglich dieser Zusammenhänge sollte das mit der Abwicklung des Krisenmanagements betraute Personal besonders sensibilisiert werden. Das Bewusstsein der Tragweite jeglicher Aktionen und vor allen Dingen die hier aufgezeigte eventuelle Bedeutung von Äußerungen mit Außenwirkung im Zusammenhang mit Krisensituationen sollte folglich besonders geschärft sein.

### **5.3 Charakteristische Beispiele**

Die Wirkung von Sprache kann anhand von Äußerungen politischer Entscheidungsträger zu den Ereignissen des 11. September aufgezeigt werden.

*„Wir alle ahnen, dass sich die Weltordnung seit gestern verändert hat.“*

(Peter Struck, SPD)

*„Dieser 11. September wird die Welt verändern; er hat sie schon verändert. Und es ist schwer, den Umfang dieser Veränderungen heute zu ermessen.“*

(Rezzo Schlauch, Bündnis 90/Die Grünen)

*„Vieles wird nach dieser feigen und furchtbaren Tat anders sein.“*

(Michael Glos, CDU/CSU)

Nun stellt sich die Frage, ob sich die Abgeordneten am 11. September in einer Krise befanden. Den Formulierungen der oben angeführten Äußerungen zu Folge ist dies zu bejahen, denn es wurde damit die Umwertung der sozialen Ordnung beschworen. Lediglich die Medien und weitere politische Verantwortliche sowie Meinungsforschungsinstitute haben dieses Sprachschema aufgenommen. Der Großteil der Bevölkerung hat das zugrundeliegende Krisenszenario jedoch nicht als solches empfunden. Nur eine sensible Minderheit erlebte die Krise tatsächlich. Die Frage: Hat sich die Welt nach dem 11. September völlig verändert? muss daher verneint werden, denn die meisten Menschen haben relativ schnell zur Normalität zurückgefunden, was diverse Meinungsumfragen belegen.

#### **5.4 Verfassungsschutz und Krisenkommunikation**

Die Aufgabe des Verfassungsschutzes besteht darin, die politische Führungsebene und den einzelnen Bürger über die in seine Aufgabenstellung fallenden Themenbereiche zu informieren. Vor allem vor und in Krisenzeiten ist es Aufgabe des Verfassungsschutzes, die staatlichen Verantwortungsträger und das einzelne Individuum rechtzeitig und sachlich über Sachverhalte in Kenntnis zu setzen, um diesen die Möglichkeit zu geben, die nötigen

Maßnahmen zu treffen. Dafür bedarf es im besonderen eines effektiven Zusammenspiels zwischen den Verfassungsschutzbehörden und den Verantwortungsträgern, um erfolgreiche Schritte in Krisensituationen durchzuführen.

In Krisenzeiten sollten dem Verfassungsschutz nicht unbedingt neue Aufgaben zugeteilt werden, sondern der Verfassungsschutz sollte vielmehr im Rahmen seiner Arbeit den Verantwortlichen in ihrer sozialen Unterstützung für die Krisenbewältigung behilflich sein. Das heißt, dass der Verfassungsschutz Akzente setzen muss, um politische Entscheidungen zu erleichtern.

Dabei sind drei typische Tätigkeiten des Verfassungsschutzes bei der Bewältigung von Krisen von besonderem Interesse:

- Krisenprävention:

Durch eine richtige soziale Wahrnehmung durch den Verfassungsschutz soll Krisen vorgebeugt werden. Im Rahmen seiner diagnostischen Tätigkeit muss der Verfassungsschutz bei seinen Analysen darauf achten, die richtigen sprachlichen Termini anzuwenden, um nicht die politische Führung zu überhasteten bzw. unüberlegten Handlungen zu bewegen. Dies bedeutet, dass sprachlicher Unachtsamkeit und Gleichgültigkeit durch Nutzung neutraler Begriffe vorgebeugt werden sollte, um nicht falsche Emotionen bei den Verantwortungsträgern und der Bevölkerung zu wecken. Durch die Krisenprävention soll der Verfassungsschutz der politischen Führung Handlungsempfehlungen geben, um drohenden Krisen vorzubeugen.

- Krisenmanagement:

Im Falle der Krise ist der Verfassungsschutz als kompetenter Krisenmanager gefragt. Das heißt, er hat die Aufgabe Schlussfolgerungen und Empfehlungen auszusprechen, um die soziale Urteilsbildung zu gewährleisten. Dabei sollten die ausgesprochenen Empfehlungen so gewählt werden, dass die Entscheidungsträger ihre Entscheidungen sachlich treffen können und nicht etwa in Panik verfallen. Der Verfassungsschutz sollte daher die Krisensituation neutral darstellen und Übertreibungen oder Emotionen hervorrufende Phrasen vermeiden.

Da es aber in Deutschland mehrere Ebenen (diverse Sicherheitsbehörden) gibt, die Empfehlungen aussprechen, sind in Krisensituationen Missverständnisse vorprogrammiert, das heißt die Masse der Empfehlungen wird häufig falsch interpretiert und hat unsachliche Entscheidungen zur Folge. Daher ist für die Zukunft zu sagen, dass in Krisenfällen die Koordination der Informationsverarbeitung besser funktionieren muss, um den Entscheidungsträgern ideale Bedingungen für ihre Entscheidungsfindung zu gewährleisten.

- Restitution:

Nach einer Krise sollte der Verfassungsschutz die Wiederherstellung des Normalzustandes anstreben. Durch falsches Nachkrisenverhalten könnten neue Spannungssituationen geschaffen werden, welche wiederum eine neue Krise zur Folge haben könnten. Daher sollte der Verfassungsschutz auch nach einer Krise die Kommunikation mit den Verantwortlichen auf einer sachlichen Ebene fortführen und weiterhin in seiner beratenden Funktion agieren.

## **5.5 Fazit**

Abschließend kann nach Auswertung der demoskopischen Erhebungen festgestellt werden, dass die Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit nicht mit den Äußerungen der politischen Entscheidungsträger übereinstimmte.

Diese Diskrepanz kann sicherlich damit erklärt werden, dass die ersten Äußerungen von Politikern unmittelbar nach den Geschehnissen des 11. September 2001 erfolgten.

Eine Zurückhaltung von politischen Entscheidungsträgern wäre oftmals sicherlich wünschenswert, ist jedoch in der heutigen Medienlandschaft fast nicht mehr von ihnen einzuhalten. An diesem Beispiel kann gut nachvollzogen werden, dass Krisenkommunikation unter Zeitdruck (Normalfall) hohe Anforderungen an die politischen Entscheidungsträger stellt.

Es erscheint zunächst fraglich, ob der Verfassungsschutz in der kurzen Zeitspanne zwischen Schadenseintritt und einsetzender Krisenkommunikation die Möglichkeit hat, beratend und korrigierend auf politische Entscheidungsträger einzuwirken.

## 6 Kleine Kriege und ihre Wirkung auf die innere und äußere Sicherheit



Abbildung 12

Protokoll des Vortrags von Oberst i.G. Roland Kaestner, Zentrum für Analysen / Studien (ZAS) am 14.05.2002 in der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation in Strausberg

Das „Zentrum für Analysen und Studien der Bundeswehr“ (ZAS) beobachtet die wesentlichen globalen Trend-/Veränderungspotentiale mit dem Ziel, Formen von Konfliktaustragungen für den Zeitraum der nächsten 30 Jahre zu erkennen. Die Bundeswehr, deren Planungsphase ca. 15 Jahre umfasst, soll so in die



Lage versetzt werden, sich rechtzeitig konzeptionell auf neue Aufgabenschwerpunkte vorbereiten zu können.

Das ZAS bedient sich bei der Erarbeitung des sicherheits- und streitkräfterelevanten Veränderungspotentials der Methodik der Trendanalyse und Szenariobildung. Dabei findet ein breites Spektrum an Trendfeldern aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Demographie, Wissenschaft und Technologie, Kultur, Umwelt und Ressourcen Berücksichtigung.

Es gibt keine Möglichkeit zukünftige Ereignisse zu prognostizieren. Es ist jedoch möglich, durch Szenarien die Zukunft zu beschreiben, um Entwicklungen und ihre Wirkungen abzuschätzen und Handlungsoptionen zu finden. Die Szenarien prognostizieren keine Zukunft. Die wahrscheinlichsten Entwicklungen in der Zukunft sind solche, die in einer Reihe von sehr unterschiedlichen Szenarien gemeinsam auftreten. Sie geben Hinweise auf mögliche Entwicklungen in der Zukunft.

## **6.1 Wesentliche zukünftige Trendpotentiale**

Die wesentlichen Triebkräfte der Entwicklung in den nächsten 30 Jahren mit Bedeutung für die innere und äußere Sicherheit äußern sich in fünf Trenderscheinungen:

1. Als Haupttrend in der nahen Zukunft ist der Wandel von der Industriegesellschaft hin zur Informations- und Wissensgesellschaft („postindustrielle Gesellschaft“) anzusehen. Das bedeutet jedoch auch, dass die Kluft zwischen Agrargesellschaften und den sich immer weiter entwickelnden „westlichen Nationen“ noch größer werden wird. Die soge-

nannten Entwicklungsländer werden der rasanten Technologieentwicklung nicht folgen können und das Ungleichgewicht zwischen jenen Staaten, die sich noch im vorindustriellen Stadium befinden, und denen, die bereits den Übergang ins „Informationszeitalter“ begonnen bzw. bewältigt haben, wird sich noch verstärken.

2. Die Geschwindigkeit des Veränderungsprozesses wird zunehmen und sich nicht nur auf den wirtschaftlichen und politischen Bereich beschränken, sondern auch gesellschaftliche Auswirkungen nach sich ziehen. Auf der einen Seite offeriert die technologische Entwicklung Innovation, birgt jedoch auf der anderen Seite die Gefahr des Kontroll- und Steuerverlustes. Auch industriell fortschrittliche Staaten können von diesem Phänomen betroffen sein, insbesondere dadurch, dass ihre Sozialsysteme zusammenbrechen könnten. Eine der offenen sicherheitspolitischen Fragen ist, wie die sozial schwächeren Mitglieder der Gesellschaft darauf reagieren würden.
3. Durch soziale und wirtschaftliche Verwerfungen wird zunehmend eine Marginalisierung von Bevölkerungsschichten in der OECD und anderen Regionen hervorgerufen.
4. An internationalen Beziehungen/Konflikten werden nicht mehr nur völkerrechtlich anerkannte Staaten unter sich, sondern in zunehmendem Maße auch nichtstaatliche Organisationen beteiligt sein. Nichtstaatliche Akteure nutzen organisierte Gewalt (Krieg) zur Durchsetzung ihrer Interessen. Das alleinige Gewaltmonopol des Staates ist dabei sich in den internationalen Beziehungen aufzulösen. Der Staat als

Akteur in der internationalen Politik bekommt durch die neuen Akteure Konkurrenz - konstruktiv wie destruktiv.

5. Die Ökonomisierung und Entstaatlichung der Gewalt schreitet voran. Der Akteure werden auch die Kontrolle über Gewaltmittel wie A-, B- und C-Waffen anstreben. Diese Phänomene sind Folge von „failed states“ und dienen zur Absicherung von Privilegien- inner- wie zwischenstaatlicher Art. (Bsp.: Taliban)

Als Folge davon ist von einem erhöhten Konfliktpotential auszugehen und insbesondere mit einem Anstieg gewaltsamer Konflikte zu rechnen.

## **6.2 „Kleine Kriege“ Eine Form der Konfliktaustragung**

Hinsichtlich kriegerischer Handlungen zeigt sich, dass in Zukunft innerstaatliche Kriege an Bedeutung gewinnen und zwischenstaatliche Kriege immer seltener werden. Zwischen den beiden Kriegsformen werden die Grenzen fließend verlaufen. Die Form des sogenannten „Kleinen Krieges“ wird besonders bedeutsam sein.

Charakteristisch für „Kleine Kriege“ wird sein, dass es kein staatliches Gewaltmonopol mehr geben wird, sondern verstärkt auch Dritte sich eine organisierte Kriegsführung leisten können und somit als Kriegsparteien auftreten werden. Sie sind an keine völkerrechtlichen Abkommen oder andere Regeln mehr gebunden.

Eine solche Kriegsform hat es bereits im Mittelalter und er frühen Neuzeit gegeben. So konnte sich damals beispielsweise der Feldherr Wallenstein im 30-jährigen Krieg eine eigene „private“ Söldnerarmee leisten. In der Zukunft könnten auch multinationale Konzerne als sogenannte „neue Akteure“ auftreten, da einige auch schon heute über mehr Kapital verfügen als manche Staaten (siehe Abb.2).

Die Gewaltformen des „Kleinen Krieges“ werden sich dabei mit Erscheinungsformen des Terrorismus, der Intifada und der organisierten Kriminalität überschneiden.

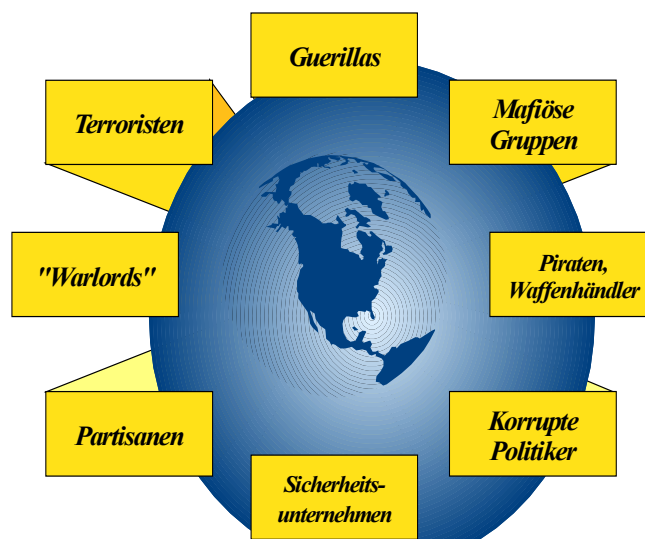


Abbildung 13

### **6.3 Folgen „Kleiner Kriege“ und die daraus resultierende Veränderung des Kriegsbildes**

Als Folge von „Kleinen Kriegen“ wird die Friedensökonomie zerstört und eine kulturelle und wirtschaftliche Degression um sich greifen. Kriege und Gewaltanwendung nach dem Vorbild der Mafia werden zu einem Bestandteil des Erwerbsleben, so dass Gewaltanwendung und Erwerbsleben miteinander verschmelzen. Dieser Zusammenbruch des Wirtschaftslebens in Krisenregionen kann sich jedoch auch auf andere Länder auswirken, die z.B. enge Handelsbeziehungen mit dem Krisenland unterhalten.

Die Gesellschaften werden sich in solchen Krisensituationen auf kriegerische Werte und kämpferische Fähigkeiten konzentrieren, so dass extreme Randgruppen an Zulauf und Macht gewinnen werden, die in Friedenszeiten auf Grund ihrer Gewaltnähe politisch völlig unbedeutend waren.

Charismatische Führer mit körperlichen und kämpferischen Fähigkeiten werden so ihre Einflussmöglichkeiten erweitern können.

Es kann auch zu dem Phänomen kommen, dass formal eine Regierung das Land beherrscht, sich diese Herrschaft aber nur auf Teilgebiete, z.B. die Hauptstadt, beschränkt, während in weiten Teilen des Landes Guerillatruppen die tatsächliche Macht ausüben (so z.B. heute schon in Zaire/Kongo). In diesen Ländern existiert dann nur noch die Fiktion eines Staates, der Versteckmöglichkeiten für organisierte Kriminalität und Terrorismus Tür und Tor öffnet.

Da „Kleine Kriege“, wie bereits erläutert, sich nicht an völkerrechtlichen Regeln und internationale Abkommen orientieren, steuern sie auf eine Totalisierung des Krieges hin. Als Auswüchse dieser Entwicklung könnte es vermehrt zur Rekrutierung von Kindern und Jugendlichen kommen mit dem Ziel, sie als Soldaten zu „missbrauchen“. Kriminelle werden in einer solchen Umgebung versuchen, mit z.B. Rauschgifthandel und insbesondere mit Waffengeschäften Geld zu verdienen. Im Zusammenhang mit der Totalisierung des Krieges und der damit verbundenen Militarisierung wird es zu einer Veränderung der internationalen Politik kommen. Eine verstärkte Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Länder wird unabdingbar sein, sollten diese die Militarisierung radikaler Kräfte im Land nicht verhindern wollen oder können. Ist eine solche Entwicklung einmal in Gang gesetzt worden und hat über einen längeren Zeitraum den Alltag eines Staates bestimmt, so erscheint eine „(Re-)Zivilisierung“ dieser Gesellschaft, selbst mit Hilfe einer internationalen humanitären Intervention, nur schwerlich durchsetzbar.

Nicht zuletzt wird sich durch diese Folgeerscheinungen das Erscheinungsbild eines zukünftigen Krieges dramatisch von den „traditionellen Kriegsvorstellungen“ unterscheiden (siehe Tabelle 1). Neben der bereits oben genannten Entstaatlichung wird es auch zu einer Ökonomisierung und Ideologisierung der Kriege kommen.

- Ökonomisierung des Krieges bedeutet zum einen, dass die Ursachen für Kriege in zunehmendem Maße wirtschaftlicher Natur sein werden. Bereits jetzt führen 75 % der Akteure aus ökonomischen Gründen Krieg. Auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass die Finanzierung, insbesondere von „Privat-

armeen“, verstärkt durch Finanzbeschaffungsaktionen, wie z.B. Geiselnahmen (Ereignisse auf Jolo), erfolgen wird.

- Eine Ideologisierung des Krieges wird durch einen Missbrauch von politischen Ideen und Religionen hervorgerufen und hat zur Folge, dass Fanatiker als „billige Arbeitskräfte“ für kriegerische Aktionen zur Verfügung stehen, ohne dass sie für ihre Dienste finanziell entschädigt werden wollen. Allein der feste Glaube an eine bestimmte Sache oder Religion treibt sie an. Dadurch können auch hochqualifizierte Personen ohne großen Mitteleinsatz angeworben werden. Der Zweck einer Ideologisierung des Krieges besteht allein darin, eine Rekrutierungsbasis zu schaffen, in der die Motivation der Soldaten, Menschen zu töten, allein durch den Fanatismus einer politischen oder religiösen Ideologie begründet ist.

#### 6.4 Unterschiede zukünftiger „Kleiner Kriege“ und „traditioneller Kriege“

„Kleine Kriege“	„Traditionelle Kriege“
Privatisierung des Krieges	Staatenwelt als Kriegsmonopolist
Gewaltanwendung und Erwerbsleben verschmelzen	Trennung von Gewaltanwendung und Erwerbsleben
Krieg wird zur Lebensform	Krieg darf <u>nicht</u> Normalzustand sein
Gesellschaftlicher Raum als Schlachtfeld	Trennung durch Völkerrecht – Krieg soll nur auf dem Schlachtfeld stattfinden

#### 6.5 Konsequenzen für die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik und deren Streitkräfte

Die Streitkräfte müssen sich, wie oben geschildert, mit neuen Formen der Konfliktaustragung, neuen Akteuren auf der politischen Bühne und einer zunehmenden Geschwindigkeit der technologischen Innovationen auseinandersetzen. Ein Wandel der taktisch-operativen Konzepte hin zu mehr Flexibilität und einer Professionalisierung ist daher dringend erforderlich.

Professionalisierung bedeutet in diesem Zusammenhang auch, dass auf die Mitarbeit von Fachleuten aus der „freien Wirtschaft“, insbesondere aus dem IT-Bereich, nicht verzichtet werden kann. Nur sie verfügen über das notwendige Know-how, um



einen Forschungs- und Entwicklungsrückstand aufzuholen bzw. gar nicht erst entstehen zu lassen.

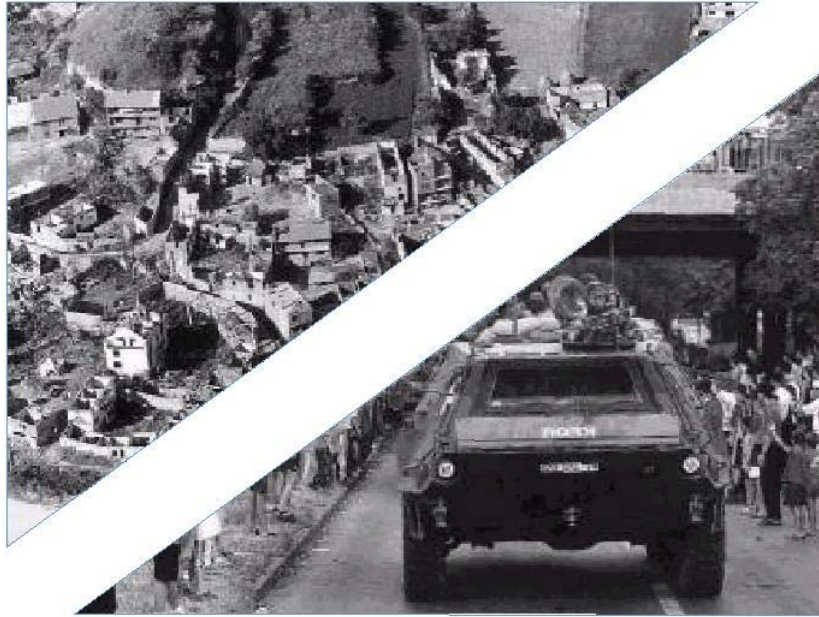
Neben den Führungs- und Einsatzkräften der Bundeswehr, deren Struktur sich hin zu kleinen und mobilen Einheiten wandeln muss, wird es eine dringliche Aufgabe sein, sogenannte Konsolidierungskräfte aufzustellen. Diese sollten wie Polizeikräfte strukturiert sein und für den Fall „humanitärer Interventionen“ bzw. bestimmter UN-Einsätze bereitstehen.

Eine klare Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit wird dabei immer schwieriger werden, da die Bundeswehr in zunehmendem Maße auch polizeiliche Aufgaben in internationalen Einsätzen übernehmen müssen. Auf der anderen Seite könnte sich die Frage stellen, inwiefern Diasporagemeinden in Deutschland durch Kräfte gesteuert werden, die sich im Ausland befinden (z.B. Tamilen in der Bundesrepublik). Terroristische Angriffe im Inland könnten auch vermehrt durch im Ausland ansässige Führer organisiert und geplant werden. Im Zuge dieser Problematik ist eine klare Abgrenzung der Kompetenzen und eine Anpassung der entsprechenden Gesetze und Verordnungen notwendig.

Das Militär hat zur Erfüllung seiner zukünftigen Aufgaben ferner einen erhöhten globalen Aufklärungsbedarf. Über Methoden der Nachrichtengewinnung mittels eigener Satelliten muss daher ernsthaft nachgedacht werden. Auch muss der Schutz vor ABC-Angriffen und vergleichbaren Großschadensereignissen verbessert werden.



## 7 Humanitäre Intervention im Umfeld globaler Friedlosigkeit



**Abbildung 14**

Quelle Bilder:

<http://www.bundeswehr.de/ie/service/broschueren/broschueren.php>  
„Friedenstruppe KFOR – Hintergrundinformationen zum Einsatz der Internationalen Staatengemeinschaft in Kosovo und zur Beteiligung der Bundeswehr“

Dr. Ortwin Buchbender, Leiter der Gruppe Wissenschaftliche Grundlagen (AIK), referierte über das Thema humanitäre Intervention und den Bereich der Genozidforschung. Ausgehend von diesem Vortrag befasst sich der folgende Beitrag ausschließlich mit der humanitären Intervention und den dabei existierenden Problemen, insbesondere im Zusammenhang mit der militärisch geführten Intervention.

Es soll der Versuch unternommen werden, den weitläufigen und häufig verwendeten Begriff der „humanitären Intervention“ zu präzisieren. Zur Veranschaulichung werden exemplarisch der Kosovo-Einsatz der Bundeswehr, seine Ursachen sowie die geschichtlichen Hintergründe dargestellt. Abschließend soll ein kritischer Blick auf die Legitimität der zum Schutze der „universellen Menschenrechte“ geführten „humanitären“ Kampfeinsätze geworfen werden.

### **7.1 Humanitäre Intervention als integraler Bestandteil heutiger Sicherheitspolitik**

Seit der Auflösung des Ost-West Konfliktes Anfang der 90´er Jahre begann die humanitäre Intervention integraler Bestandteil westlicher und deutscher Sicherheitspolitik zu werden. Fortwährende Massenmorde, wie sie zuletzt aus der Zeit des zweiten Weltkrieges bekannt waren, machten neue sicherheitspolitische Konzeptionen erforderlich.

Menschliche Greuel, wie die blutige Niederschlagung kurdischer Aufstände im Irak 1991, der Massenmord von 800.000 Hutus und Tutsis in Ruanda 1994 und die grausamen Massenmorde und Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien 1991 beginnend,

führten der Weltöffentlichkeit die reale Grausamkeit des Menschen vor Augen. Für die sich immer noch im Freudentaumel der Wiedervereinigung befindliche deutsche Politik standen die beschriebenen Genozide nicht im Focus der Aufmerksamkeit.

So wurde die Niederschlagung der kurdischen Aufstände nach dem Golfkrieg 1991 nur eingeschränkt durch die Weltöffentlichkeit wahrgenommen.

Erst nach der Resolution Nr. 688 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) vom 5. April 1991 wurde der Irak verpflichtet, humanitären Hilfsorganisationen für die Unterstützung der Zivilbevölkerung im Irak die Einreise zu gestatten. Aufgrund dieser Resolution sahen sich die USA und GB dazu legitimiert, über dem Norden und dem Süden des Landes Flugverbotszonen zu errichten. Zwar stellte die VN-Resolution keine Ermächtigung für Luftschläge gegen den Irak dar, dennoch wurden keine Einsprüche gegen die Durchsetzung und Kontrolle des Flugverbotes erhoben. Die erste vom VN-Sicherheitsrat gebilligte humanitäre Intervention war geschehen.

Um die Stellung humanitärer Intervention in der heutigen Sicherheitspolitik genauer beleuchten zu können, bedarf es zunächst genauer Begriffsdefinitionen. Unter humanitärer Intervention versteht man:

„Jeder grenzüberschreitende bewaffnete Eingriff einer externen Drittpartei gegen schwerwiegende Unrechtshandlungen, sei es einer Regierung an der eigenen Bevölkerung, sei es zwischen Gruppen der Bevölkerung“<sup>1</sup>

Sicher kann der Interventionsbegriff verschieden angewandt werden. So könnten Maßnahmen wie wirtschaftliche Sanktionen oder diplomatische Proteste ebenso als Intervention verstanden werden. Natürlich drängt sich hierbei die Frage nach der Wirksamkeit „ziviler Interventionen“ auf. Fest steht, dass jegliches militärische Eingreifen Dritter vorab einer Verhältnismäßigkeitsprüfung unterzogen werden sollte. Hierbei sind vorab alle Spielarten und Maßnahmen der Politik zu untersuchen, um das Schutzgut der Humanität erfolgreich zu verteidigen. Der Frage, was den humanitären Charakter eines bewaffneten Eingriffs ausmacht, soll im dritten Beitrag genauer nachgegangen werden.

Nach der Resolution gegen den Irak 1991 kam es noch zu fünf weiteren Fällen, in denen sich der VN-Sicherheitsrat dazu veranlasst sah, zum Schutz der Zivilbevölkerung selbst Maßnahmen zu ergreifen oder anderen Staaten das Mandat zur humanitären Intervention zu erteilen. So wurden 1992 in Somalia, 1993 in Bosnien, 1994 in Haiti und Ruanda und 1996 in Zentralafrika solche Ermächtigungen erteilt. Die Interventionen in diesen Teilen der Erde hatten das Ziel, neben humanitären Hilfeleistungen auch das politische und soziale System des jeweiligen Krisenlandes zu sanieren und nachhaltig zu reformieren. Berechtigt ist sicher die

---

<sup>1</sup> Buchbender, Ortwin, *Kämpfen für die Menschenrechte, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden*, S. 24 ff

Frage, in wie weit diese Maßnahmen Erfolg hatten oder sie zur Aufoktroierung eines politischen Systems führten.

Dennoch wird genau hier der neue Charakter von Sicherheitspolitik deutlich. Humanitäre Intervention endet nicht mit der Absetzung und dem Sturz von Machthabern und Diktatoren. Humanitäre Intervention sorgt dafür, dass die betroffene zivile Infrastruktur wieder aufgebaut und eine Umerziehung der traumatisierten Zivilbevölkerung und ihrer Verantwortungsträger hin zu mehr Bewusstsein für Demokratie und Menschenrechte stattfindet. Dieses Ziel verfolgen auch die Einsätze der Bundeswehr im Kosovo (KFOR) seit 1999 und in Afghanistan seit 2001 („Enduring Freedom“).

Humanitäre Intervention schafft somit die neuartige Verquickung von destruktiven Militärschlägen und folgender konstruktiver Entwicklungspolitik. Hierbei ist es dem Ansehen der Soldaten nur zuträglich, dass Entwicklungshilfe und Wiederaufbau, unter neuer freiheitlicher Flagge, durch sie oder unter ihrer Anleitung geleistet wird.

## **7.2 Darstellung und Hintergründe zum Kosovo-Einsatz der Bundeswehr<sup>2</sup>**

„Der Kosovo ist eine Region jahrhundertelanger zum Teil latenter, zum Teil offen ausgetragener Spannungen und Konflikte. (...)“

---

<sup>2</sup>

*<http://www.bundeswehr.de/ie/service/broschueren/broschueren.php> „Friedenstruppe KFOR – Hintergrundinformationen zum Einsatz der Internationalen Staatengemeinschaft in Kosovo und zur Beteiligung der Bundeswehr“*

Serben und Kosovo-Albaner leiten historisch beide das Anrecht ihrer Volksgruppe auf den Kosovo ab. (...)

(...) Auslöser und Ursache des Kosovo-Konflikts in seiner gegenwärtigen Ausprägung liegen in der Aberkennung [des ehemals vorhandenen, Anm. d. Verf.] weitgehenden Autonomiestatus der serbischen Provinz [Kosovo, Anm. d. Verf.] 1989 durch den damaligen Präsidenten Serbiens, Milosevic. Seither wuchsen die ethnischen und politischen Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen stetig. Belgrad verweigerte den Kosovo-Albanern jede kulturelle Autonomie und politische Liberalisierung. Jedes Aufbegehren und jeder Widerstand von Seiten der Kosovo-Albaner wurde durch den serbischen Polizeiapparat bereits im Keim erstickt.

Dennoch gelang es den Kosovo-Albanern, im Untergrund politische, wirtschaftliche und soziale Strukturen und Institutionen aufzubauen. 1991 entschieden sie sich in einem Referendum für einen unabhängigen Staat. Der in der Folge gegründeten „Republik Kosova“ mit eigenem Präsidenten, Regierung und Parlament blieb die internationale Anerkennung jedoch versagt. (...) Angesichts anhaltender serbischer Repressionen trat Ende 1997 die sog. „Befreiungsarmee für Kosovo“ (UCK) mit gewaltsamen Aktionen verstärkt in Erscheinung. (...)

Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der UCK und serbisch-jugoslawischen Kräften kulminierten im Sommer / Herbst 1998. Nachdem die UCK Mitte 1998 fast 40 Prozent des Kosovo kontrollierte, wurde sie durch Gegenoperationen der serbisch-jugoslawischen Kräfte zurückgedrängt, aber nicht zerschlagen. Die serbischen Sicherheitskräfte überschritten dabei strecken-



weise das Maß militärisch erforderlicher Gewalt. Auch kam es zu Plünderungen und Brandschatzungen.

### **7.2.1 Die Politischen Aktivitäten auf dem Balkan**

„Seit 1992 hat der VN-Sicherheitsrat mehr als 80 Resolutionen verabschiedet, die sich alle mit dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien befassen. Die OSZE hat sich mehr als 30 Mal mit diesem Thema beschäftigt. (...)“

(...) Entweder wurde die Umsetzung getroffener Vereinbarungen verzögert oder diese sogar offen gebrochen. (...) Einen traurigen Höhepunkt bilden die Massaker in Bosnien, welche die Truppen der bosnischen Serben an Zivilisten in Flüchtlingschutz-zonen der Vereinten Nationen (Srebrenica und Gorazde) verübten.

Diese Gräueltaten und die damit verbundene Hilflosigkeit gegenüber dem skrupellosen serbischen Vorgehen stellten einen Wendepunkt für die Politik der internationalen Staatengemeinschaft dar. Immer deutlicher wurde, dass politische Abkommen und Wirtschaftssanktionen allein nicht immer ausreichen, um Frieden und Sicherheit zu garantieren. Insbesondere gegenüber Slobodan Milosevic prägten drei Erfahrungen das Vorgehen der internationalen Staatengemeinschaft:

- Die vielfältigen politischen Bemühungen, diplomatischer Druck und wirtschaftliche Sanktionen allein haben das Verhalten der serbischen Führung unter Milosevic zu keinem Zeitpunkt geändert. Viele Waffenstillstandsabkommen wurden geschlossen und wieder gebrochen.

- Erst der Einsatz einer schwer bewaffneten Eingreiftruppe und die Bombardierung der serbischen Artilleriestellungen auf den Höhen um Sarajewo im Spätsommer 1995 haben Belgrad zum Einlenken veranlasst und die Gewaltanwendung und Vertreibung in Bosnien und Herzegowina beendet.
- Nur die Stationierung einer gut bewaffneten Friedenstruppe unter Führung der NATO und deren fortgesetzte Präsenz ermöglichen die Umsetzung der Vereinbarung von Dayton.

(...) Die Intensität der Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, den Konflikt im Kosovo friedlich beizulegen, ist mit der im Bosnien-Konflikt vergleichbar(...). Zugleich aber gingen schon 1998 serbische Sicherheitskräfte mit zunehmender Härte gegen die UCK, die Befreiungsarmee der Kosovo-Albaner, und die Zivilbevölkerung vor. Dabei wurden in den umkämpften Gebieten Dörfer und Siedlungen zum Teil völlig zerstört. Erstmals wurden mehrere tausend Menschen in die umliegenden Wälder vertrieben.(...) Auf dem einstweiligen Höhepunkt der Kosovo-Krise im September 1998 schätzte das UNHCR die Zahl der Kosovo-Flüchtlinge auf knapp 300.000 Menschen. (...) Eine humanitäre Katastrophe zeichnete sich ab. Am 23. September 1998 verabschiedete der VN-Sicherheitsrat deshalb eine entsprechende Resolution [Nr. 1199; Anm. d. Verf.], mit der er die Einstellung aller Feindseligkeiten, den Beginn von Verhandlungen und die Rückkehr aller Flüchtlinge forderte. Zur Durchsetzung der Resolution wurden Belgrad NATO-Luftangriffe angedroht. (...)"

Dadurch gelang es zunächst, die Belgrader Führung zur Zurückhaltung zu bewegen, so dass ca. 80.000 Flüchtlinge in ihre Häuser zurückkehren konnten. Die weitere friedliche Beilegung der

Krise sollte im Februar 1999 durch Verhandlungen in Rambouillet erreicht werden. Die jugoslawische Delegation weigerte sich jedoch, auf der anschließend abgehaltenen sog. „Implementierungskonferenz“ den militärischen Teil des Abkommens zu akzeptieren und verursachte somit das Scheitern des Vertrages.

„Noch vor erneuter Aufnahme der Verhandlungen in Frankreich hatte die jugoslawische Armee, unterstützt von Truppen der Spezialpolizei, damit begonnen, umfangreiche Verlegungen in und um das Kosovo herum vorzunehmen. Größere Übergriffe auf die Zivilbevölkerung und „ethnische Säuberungen“ wurden bekannt. (...) Nach intensiven Gesprächen scheiterte in Belgrad ein letzter diplomatischer Anlauf von Sonderbotschafter Holbrooke.“

### **7.2.2 Das militärische Eingreifen der NATO im Kosovo**

„Alle internationalen Bemühungen um eine politische Lösung blieben in der Folgezeit ohne Erfolg. Daher begann die NATO am Abend des 24. März 1999, im Rahmen der Operation „Allied Force“, mit den angedrohten Luftangriffen gegen militärische Ziele im gesamten Gebiet der Bundesrepublik Jugoslawien. (...)“

Die Luftoperationen, anfangs mit Schwerpunkt gegen Führungseinrichtungen und die integrierte Luftabwehr, verfolgten den Zweck, die serbisch-jugoslawischen Kräfte im Kosovo an der Fortsetzung der Vertreibung der albanischen Bevölkerung zu hindern, die militärische Aggression und die Vertreibungen zu beenden und Milosevic zur Erfüllung der bekannten Forderungen zur friedlichen Lösung für das Kosovo zu bewegen. Belgrad jedoch intensiverte die Vertreibung der Kosovo-Albaner. Bald waren über eine Million Menschen des Kosovo betroffen. Dies

entsprach mehr als der Hälfte der ursprünglichen Gesamtbevölkerung. Die vertriebenen Menschen suchten in den angrenzenden Staaten, besonders in Mazedonien und Albanien, Schutz. Dort bildeten sich große Sammellager. Eine humanitäre Katastrophe zeichnete sich ab. (...)

Seit April 1999 ist offenkundig, dass die Vertreibungen und gewaltsamen Übergriffe keineswegs eine spontane, unmittelbare Reaktion auf die Luftangriffe der Allianz waren, sondern Teil geplanter Operationen gewesen sind. Absicht der serbischen Sicherheitskräfte war die Zerschlagung der UCK und die gewaltsame Vertreibung möglichst vieler albanischer Kosovaren mit dem Ziel, diese dauerhaft aus ihrer Heimat zu entfernen, um so gewachsene demographische Verhältnisse zugunsten der serbischen Bevölkerungsgruppe zu verändern. Die Politik Belgrads war nach den bisherigen Erfahrungen in diesem nun bereits seit Jahren immer wieder neu aufflammenden Konflikt erkennbar auf ein ethnisch reines Serbien ausgerichtet. Zum Erreichen dieses Ziels schien der serbischen Führung jedes Mittel recht zu sein. Dem trat die internationale Staatengemeinschaft entschlossen, nachhaltig und letztendlich erfolgreich (...) entgegen. (...)

### **7.2.3 Der Beginn eines Neuanfangs im Kosovo**

(...) Am 12. Juni 1999 marschierten die ersten Teile der internationalen Sicherheitstruppe KOSOVO FORCE (KFOR) in den Kosovo ein [heute ca. 50.000 Anm. d. Verf.]. (...) Nach der ersten Phase stellten sich vielfältige neue Aufgaben. Mit dem parallelen Aufbau von Vertriebenenlagern, Lufttransport von Hilfsgütern und einer Vielzahl anderer Leistungen auf humanitärem Gebiet hat die Bundeswehr zusammen mit anderen NATO-Partnern, dem

UNHCR und Nicht-Regierungsorganisationen den vertriebenen Menschen wirksam helfen und eine Destabilisierung der gesamten Region erfolgreich verhindern können. (...)

Heute sind alle politischen Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft darauf ausgerichtet, ein friedliches und sicheres Kosovo zu ermöglichen. Es soll ein stabiles Umfeld für die Wiederherstellung der Lebensgrundlagen, des infrastrukturellen Wiederaufbaus und des politischen Weges zur Demokratie geschaffen werden. Die Akzeptanz der deutschen Bevölkerung zum Engagement der Bundeswehr im Kosovo liegt nach Meinungsumfragen bei rund 60 Prozent. (...)

Ob Albaner und Serben im Kosovo jemals wieder in einer multiethnischen Gesellschaft zusammen leben werden, erscheint auf Grund der Erfahrungen in Bosnien-Herzegowina und der zunehmenden Unabhängigkeitsbestrebungen der Kosovo-Albaner ungewiss. Die KFOR wird bis auf weiteres einen Puffer zwischen den Volksgruppen bilden müssen, um das z.T. ungebrochene Gewaltpotential zu neutralisieren und für Bevölkerung und VN-Polizeikräfte einen angemessenen Sicherheitshintergrund zu gewährleisten. Eine der Lehren aus dem Kosovo-Krieg ist, dass die europäischen Staaten in sich abzeichnenden Konflikten frühzeitig und glaubwürdig Verantwortung bei Krisenprävention und Krisenmanagement übernehmen müssen.“

### **7.3 Das Menschenrechts- Verständnis als ein Kernproblem der „humanitären Intervention“**

Der Begriff der „humanitären Intervention“ wird allgemein als ein militärisches (oder wirtschaftliches) Einschreiten von Staaten zum

Schutze der Zivilbevölkerung eines anderen Staates vor schweren „Menschenrechtsverletzungen“ verstanden.

Allerdings drängt sich bei einer solchen Auslegung der „humanitären Intervention“ die berechtigte Frage auf, was denn genau unter den (allgemein gültigen) „Menschenrechten“ zu verstehen sein soll, mit denen man Eingriffe in die Souveränität fremder Staaten zu legitimieren versucht. Die Voraussetzung für eine solche Generalklausel, die zu militärischen „humanitären Interventionen“ befugt, müsste ein Menschenrechtsbegriff sein, der universell – also weltweit – anwendbar ist. Auch die Frage, ab wann schwere Menschenrechtsverletzungen vorliegen, bzw. in welchem Maße Menschenrechte verletzt sein müssen, so dass „humanitäre Interventionen“ erforderlich werden, ist nicht ausreichend geklärt.

Militäreinsätze, die im Zeichen der „Humanität“ durchgeführt werden, werden somit auch zukünftig stets bezüglich ihrer objektiven Legitimation der internationalen Kritik ausgesetzt sein, wenn sie nicht sogar aggressiv bekämpft werden. Weltweit grundlegend verschiedene Auffassungen von der Interpretation der Menschenrechte führen sogar soweit, dass vor allem die „humanitären“ Bemühungen Europas und der USA von anderen Kulturkreisen von vorn herein als „Menschenrechtsimperialismus“ bezeichnet werden.

Hauptstreitpunkt in der Menschenrechtsfrage ist das westliche Selbstverständnis, die (aus der westlichen Tradition stammenden) Menschenrechte als universell anzusehen.

Nach westlichem Verständnis sind die Menschenrechte die unverletzlichen Grundrechte des Einzelnen, die dem Menschen

unabhängig von staatlicher Anerkennung schon aufgrund seiner „Menschenwürde“ ab dem Zeitpunkt der Geburt zustehen. Diese „Menschenwürde“ ist bedingungslos jedem Menschen gegeben, also universell. Die „Menschenwürde“ folgt nach christlicher Tradition der Tatsache, dass jeder Mensch als ein Abbild Gottes zu betrachten ist. Das Individuum bekommt hierdurch eine herausragende Position.

Die Kriterien für „humanitäre Interventionen“ leiten sich aus dieser christlichen Friedensethik ab. Die Missachtung der Ebenbildlichkeit Gottes im Menschen dient deshalb als moralische Legitimation wirtschaftlichen oder militärischen Eingreifens.

Allerdings hat dieses christlich geprägte Menschenbild keine weltweite Akzeptanz. Die fernöstlichen Traditionen beispielsweise verstehen die Menschen in erster Linie als soziale Wesen. Besonders deutlich wird dies im „konfuzianischen Menschenrechtsverständnis“ Chinas. Die individuelle, universell gegebene menschliche Natur, wie sie im westlichen Menschenrechtsverständnis vorhanden ist, wird hier durch eine gesellschaftsbezogene Sichtweise ersetzt. Demnach verwirklicht sich der Mensch erst in der ihn umgebenden Gemeinschaft. Auf dieser Grundlage wird das Verhältnis von individuellen Menschenrechten und kollektiven Rechten bestimmt.

Folglich ist das in der westlichen Welt entstandene Konzept der „Menschenwürde“ nach fernöstlichem Verständnis auch nicht „gottgegeben“. Dem Menschen wird hier zwar von Natur aus ein Potential zur Entwicklung seiner Würde zugestanden, jedoch hängt es von seinem gesellschaftlichen Verhalten ab, inwieweit er diese Würde zu realisieren vermag. „Menschenwürde“ wird

somit zu einer sozialen Eigenschaft, die erst im Laufe des Lebens erworben wird.

Im Vorfeld der „Zweiten Weltkonferenz für Menschenrechte“ 1993 verabschiedeten mehrere asiatische Länder eine Erklärung, in der betont wurde, dass Menschenrechte im Kontext nationaler und regionaler Besonderheiten und unterschiedlicher historischer, religiöser und kultureller Hintergründe gesehen werden müssten. Eine universelle Gültigkeit von Menschenrechten ist hiermit folglich nicht vereinbar. Schon allein die Kontrolle der Menschenrechte durch ausländische oder internationale Institutionen würde als Verletzung der staatlichen Souveränität angesehen.

Schon anhand dieses Beispiels wird deutlich, wie problematisch die Rechtfertigung jeder potentiellen „humanitären Intervention“ ist, welche von (westlichen) Nationen in einem für sie fremden Kulturkreis durchgeführt werden soll. Zwar herrscht zwischen den Kulturen weitgehende Einigkeit darüber, dass das menschliche Leben einen außerordentlichen Wert darstellt, und dass Menschenrechtsverletzungen dieses hohe Gut missachten. Die Frage aber, wie schwerwiegend Menschenrechtsverletzungen sein müssen, die eine „humanitäre Intervention“ notwendig machen, wird bis auf weiteres ungeklärt bleiben. Das Ausbleiben von nachvollziehbaren, international anerkannten Maßstäben für ein militärisches Eingreifen im Namen der „humanitären Intervention“ wird daher auch weiterhin für viele die Glaubwürdigkeit solcher Einsätze unterminieren. Rechtfertigt z.B. ein Völkermord das Einschreiten der internationalen Gemeinschaft, stellt sich die Frage, warum dann einerseits bei den Genoziden in Ruanda und Kambodscha nicht, im Kosovo hingegen schon



intervenierte? Eine Berechtigung ohne jegliche Verpflichtung also?

Und somit wird wohl auch zukünftig jeder militärische Einsatz, der im Namen der Menschenrechte durchgeführt wird, umstritten bleiben. Für die eine Seite wird der Einmarsch in einen souveränen Staat eine „humanitäre Intervention“ gegen das „Böse“ (oder gar die „Achse des Bösen“) darstellen. Kritiker werden hinter jedem Einsatz für die Würde von Menschen eine Form des machtbesessenen (westlichen) „Imperialismus“ vermuten.



## II Die Exkursionen

### 8 Schloss Neuhardenberg - und seine Verflechtung mit der Landesgeschichte



Abbildung 15

#### 8.1 Geschichtliche Entwicklung

##### 8.1.1 Von Quilitz bis zur Prittwitzschen Zeit (1348 - 1811)

Der Ort Neuhardenberg liegt geographisch etwa in der Mitte des früheren preußischen Königreichs. Der ursprüngliche Name des Dorfes, Quilitz, geht auf das altpolabische *kvilicik* zurück und wurde 1348 erstmals urkundlich erwähnt. Dies lässt vermuten,

dass es sich bei der Gründung um eine der zahlreichen slawischen Siedlungen im brandenburgischen Raum handelt. Als Zollstelle an einem regional bedeutenden Wegedreieck spielte der Ort schon im 14. Jahrhundert eine etwas übergeordnete Rolle am westlichen Rand des Oderbruchs.

Als Herren von Quilitz wechselten sich bis ins späte 17. Jahrhundert verschiedene Adelsgeschlechter, wie die von Beerfelde, von Schapelow und von Pfuel, ab. Im Jahre 1681 erwarb dann die zweite Gattin des Großen Kurfürsten das Rittergut Alt-Quilitz. Diese übertrug den Besitz wenige Jahre später ihrem Sohn, dem Stiefbruder des ersten preußischen Königs Friedrich I.. Dieser ließ bereits einen geometrischen Schlossgarten mit zentraler Wassergrabenanlage einrichten. Er beabsichtigte auch einen Neubau einer Sommer- oder Jagdresidenz an der Stelle des heutigen Schlosses, der allerdings nicht über ein überwölbtes Kellergeschoss hinausging. Erst dessen Sohn ließ in den Jahren 1746-51 auf dem väterlichen Kellergeschoss ein solides Amtshaus errichten, einen eingeschossigen Fachwerkbau. Außerdem finanzierte er den Bau einer massiven Dorfkirche, die beim Dorfbrand 1801 ausbrannte. Deren Mauern bilden jedoch bis heute einen Teil des später von Schinkel umgebauten Kirchenschiffs.

Nach dem Tod des Markgrafen 1762 zog der preußische König das Anwesen ein, um es wenige Jahre später seinem verdienten Militär, Oberstleutnant **Joachim Bernhard von Prittwitz** als Dank und Anerkennung zu schenken. Im Siebenjährigen Krieg hatte von Prittwitz König Friedrich II. von Preußen, den »Großen«, auf dem Schlachtfeld von Kunersdorf das Leben gerettet.

Prittwitz plante an der Stelle des heutigen Schlosses einen schlichten, zweigeschossigen Neubau mit barocker Fassade und

drei Flügeln. Aufgrund einer Aussage des Königs »Er will ja hoch hinaus; er baut sich ja ein Schloss!« beließ er es bei einem eingeschossigen Gebäude mit Mansardendach, um nicht in den Ruf der Überheblichkeit zu geraten. Von Prittwitz ließ darüber hinaus einen ersten Landschaftsgarten im englischen Stil in Quilitz anlegen und 1792 in diesem Park das erste Denkmal für Friedrich den Großen überhaupt aufstellen, wo es heute wieder steht.

Der Sohn des Königsretters baute ab 1800 die Schlossnebengebäude aus und zog hierfür erstmals den zu dieser Zeit noch weit hin unbekanntem Architekten **Karl Friedrich Schinkel** heran. Mit dem Verkauf des gesamten Besitzes an die Preußische Krone endete 1811 die Prittwitzsche Zeit in Quilitz.



**Abbildung 16** Das Schloss im Stil der Barock-Zeit

## 8.2 Entstehung von „Neu-Hardenberg“

Mit **Karl August von Hardenberg**, der das Gut Quilitz neben weiteren Gütern als Schenkung von König Friedrich Wilhelm III. von Preußen erhielt, begann 1814 eine neue Epoche. Der König gebührte ihm damit Anerkennung für seine Verdienste als preussischer Staatskanzler, die er sich im Zusammenhang mit den Stein-Hardenbergschen Reformen erworben hatte. Ihm zu Ehren wurde Quilitz ein Jahr später in Neu-Hardenberg umbenannt, in Anlehnung an den Erstsitz der Familie, Nörten-Hardenberg bei Göttingen.



Abbildung 17 Vorderansicht des Palais

## 8.3 Neu-Hardenberg und deutscher Widerstand

Das Schloss und die dazugehörigen Liegenschaften blieben in Familienbesitz. 1921 übernahm **Carl-Hans Graf von Hardenberg** das Gut Neu-Hardenberg. Er beteiligte sich später an den Vor-

bereitungen zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 unter anderem dadurch, dass er Stauffenberg, Tresckow und anderen Beteiligten die Möglichkeit gab, in Schloss Neu-Hardenberg die Vorbereitungspläne für das Attentat auf Hitler relativ unbehelligt voranzutreiben. Für den Erfolgsfall war er als Oberpräsident von Berlin und Brandenburg vorgesehen, einer Schlüsselposition unter den gegebenen Umständen einer Staatskrise. Drei Tage nach dem gescheiterten Attentat jedoch wurde Carl-Hans Graf von Hardenberg unter dramatischen Umständen im Schloss verhaftet und in das KZ Sachsenhausen verbracht, wo er trotz äußerster Lebensgefahr schwer verletzt überlebte.

#### **8.4 Enteignung, Umbenennung, Zweckentfremdung (1945-1990)**

Das NS-Regime enteignete aufgrund der Tatbeteiligung Hardenbergs die Familie. Dies blieb über 1945 hinaus bestehen, woraufhin die Familie den Ort verlassen musste. Auf Anordnung des kommunistischen Bürgermeisters Karl Linse wurde der Familie gar die Beisetzung des 1958 verstorbenen Grafen und seiner Frau auf dem Familienfriedhof verweigert.

Obwohl die Hauptkampflinie bei der Schlacht um Berlin am Ende des Zweiten Weltkrieges auch Neu-Hardenberg berührte, wurden Ort und Schlossanlage nur geringfügig beschädigt. Lediglich ein Artilleriegeschoss hatte eine Außenwand beschädigt und zum Einsturz einer Decke geführt. Die Innenausstattung dagegen wurde weitestgehend von der sowjetischen Armee sichergestellt und entfernt. Auf dem Vorplatz des Schlosses legte die Rote Armee einen Soldatenfriedhof für ihre Gefallenen an,

den sie mit einem Obelisk mit rotem Stern verzierte. Dieser Obelisk wurde bereits 1988 entfernt.

1949 erfuhr der Ort seine zweite Umbenennung und trug so für einige Jahrzehnte den Namen **Marxwalde**. Marxwalde entwickelte sich zu einem bedeutenden Stützpunkt der Nationalen Volksarmee der DDR und wurde auch zweimal zur Kulisse für das Filmschaffen der DEFA.

Noch 1945 begann im Schloss der Dorfschulbetrieb, der zunächst von Materialnot geprägt wurde. Als Kreideersatz wurden anfangs Trümmer von Gipsabgüssen aus dem Alten Museum in Berlin genutzt; Dachschiefer des beschädigten Schlosses hielten als Tafel her. Bis in die 70er Jahre wurde das Schloss als Zentralschule genutzt, später auch als Jugendklub und als Trainingsstätte für Gewichtheber. Vor dem Schloss entstanden mehrere Wohngebäude in Plattenbauweise, die vor kurzem abgerissen wurden. Nach mehreren Restaurierungsversuchen seit den 70er Jahren, diente das Schloss zuletzt als Bildungs- und Arbeitsstätte der Kulturakademie des Bezirks Frankfurt/Oder.

## **8.5 Das „neue“ Neuhardenberg (1990 – 2001)**

Noch vor der Wiedervereinigung beschloss der Gemeinderat im Juli 1990 die Rückbenennung in Neuhardenberg, diesmal ohne Bindestrich. Am 22. Oktober 1991 wurde dem letzten Willen Carl Hans Graf von Hardenbergs entsprochen: seine Urne und die seiner Frau wurden an der Kirche in Neuhardenberg beigesetzt.

Auf der Grundlage des Einigungsvertrages erhielt die Familie von Hardenberg 1996 ihren Besitz zurück. Die Familie verkaufte die



Liegenschaften an den Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV), woraufhin Schloss, Park und Nebengebäude behutsam saniert und um Hotel-, Gastronomie- und Veranstaltungsbereiche erweitert wurden.

### **8.5.1 Die „Wiedereröffnung“ des Schlosses Neuhardenberg**

Am 8. Mai 2002 fand, nach einer Voreröffnung im September 2001, die offizielle Eröffnung des Gesamtensembles im Beisein von Bundespräsident Dr.h.c. Johannes Rau und dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe statt.

### **8.5.2 Stiftung Schloss Neuhardenberg**

Die Vertiefung von Beziehungen vollzieht sich in der Begegnung der Menschen, der Kulturen, der Wissenschaften, der Künste. Sie erst sichern das Zustandekommen verschiedener Nationen, deren teils gemeinsame Geschichte nicht unbelastet ist.



**Abbildung 19 Innenansicht der Brennerei (Restaurant)**



**Abbildung 18 Innenansicht des Gartensaals**

Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Sparkassen- und Giroverband 1997 in Neuhardenberg investiert: in eine Immobilie und in eine Idee. Inzwischen ist die historische Bausubstanz saniert, ein neues Gebäude errichtet, der Park rekultiviert. Das Ensemble besteht nunmehr aus dem Schloss, einem Hotel, zwei Restaurants, Tagungs- und Konferenzräumen sowie Räumlichkeiten für Ausstellungen, Konzerte, Tanz- und Theaterveranstaltungen. Für das kulturelle Programm, das Tagungsgeschehen und den Betrieb des Hotels Schloss Neuhardenberg zeichnet die im Jahr 2001 gegründete Stiftung Schloss Neuhardenberg GmbH verantwortlich, deren Alleingesellschafter der Deutsche Sparkassen- und Giroverband ist.



### **8.5.3 Ausstellungen**

Neben dem Schloss gibt es eine Reihe von Nebengebäuden, die auf die Prittwitzsche Periode zurückgehen. So wird der Vorplatz von zwei Gebäuden eingefasst, den sogenannten Kavaliershäusern aus der Zeit um 1775. Das Kavaliershaus West gehört als Zimmertrakt zum Hotelbereich, während das gegenüberliegende Kavaliershaus Ost ab Mai 2002 der ständigen Ausstellung „Schloss Neuhardenberg. Ein Ortstermin“ und darüber hinaus Sonderausstellungen Raum bietet.

### 8.5.4 Kunst- und Kulturprogramm

Schloss Neuhardenberg sieht sich als Refugium und Bühne zur Welt: einerseits ein ruhiger Ort der Konzentration für Gespräche und Konferenzen, andererseits ein Platz für internationale Produktionen, die sich künstlerisch, politisch und wissenschaftlich den Fragen und Aufgaben der Gegenwart stellen. Es finden hier sowohl Konzerte, als auch Vorträge, Theateraufführungen und Dichterlesungen statt.

Zwischen Berlin und Frankfurt/Oder, nahe der deutsch-polnischen Grenze gelegen, ist die Arbeit in Schloss Neuhardenberg national und international, insbesondere mit Blick nach Osten, ausgerichtet.

Das Programm fällt nicht mit der Tür ins Haus. Das ruhige, genaue Produzieren, das gelassen-intensive Gespräch, das Zuhören, das Nachdenken: diese Grundformen der Daseins- und Schaffensweise in Schloss Neuhardenberg sollen dem hastigen Veranstaltungskonsum eine Entschleunigung entgegensetzen.



**Abbildung 20**  
**Deutsch-polnische Grenze**

Ziel und Anliegen ist es, in Neuhardenberg einen Ort zu schaffen, an dem Gewusstes neu gedacht, schon einmal Gehörtes wieder zur Sprache gebracht, Gesehenes erneut betrachtet, Empfundenes berührbar gemacht werden kann.

## **8.6 Bedeutsame Persönlichkeiten in Verbindung mit Schloss Neuhardenberg**

### **8.6.1 I. Bedeutende Vertreter der Familie Hardenberg:**

#### **Karl August Fürst von Hardenberg**

**Karl** August Fürst von Hardenberg wurde am 31. Mai 1750 in Esenrode (nahe Braunschweig) geboren. Hardenberg war bis 1782 im Hannoverschen Staatsdienst tätig, dann im Dienste des Herzogs von Braunschweig, und ab 1790 war er Minister des Markgrafen von Ansbach-Bayreuth. Später wurde er preußischer Minister, vollzog die Eingliederung der Markgrafschaft Ansbach-Bayreuth in den preußischen Staat und leitete in der Folge die Verwaltung der neuen preußischen Provinz.

1795 war er maßgeblich an den Verhandlungen zum Sonderfrieden von Basel zwischen Frankreich und Preußen beteiligt, der Preußen für den Verlust seines linksrheinischen Besitztums mit rechtsrheinischem Gebiet entschädigte. Drei Jahre später wurde Hardenberg aus der Provinz nach Berlin berufen und erhielt einen Teilbereich der Außenpolitik übertragen. 1804 übernahm er die Leitung des Außenministeriums, und 1806, nach der preußischen Niederlage bei Jena und Auerstedt, war er kurzzeitig leitender Minister in Preußen. Noch im selben Jahr wurde er auf Druck Napoleons entlassen.

Nachdem er 1807 nochmals kurzzeitig Minister war, musste er wiederum auf Anordnung Napoleons sein Amt aufgeben. Har-

denberg ging daraufhin nach Riga und beriet von dort aus den preußischen König Friedrich Wilhelm III.; u.a. empfahl er die Berufung des Freiherrn vom Stein zum leitenden Minister.

1810, nach Steins ebenfalls von Hardenberg empfohlener Entlassung, wurde er zum preußischen Staatskanzler ernannt. Er setzte die von Stein begonnenen Reformen in Preußen fort: Er versuchte eine gleichmäßige Besteuerung aller Preußen einzuführen, wogegen sich allerdings der Adel sperrte. Hardenberg führte die Bauernbefreiung weiter, garantierte den Juden die Gleichberechtigung, hob die strenge Zunftordnung sowie die Beschränkungen der Gewerbefreiheit auf und säkularisierte Kirchengut. Gegenüber Frankreich betrieb er zunächst eine Politik der vorsichtigen Annäherung - 1812 schloss er mit Napoleon ein Bündnis gegen Russland. Nach Napoleons Niederlage in Russland 1813 ging er dann im Befreiungskrieg ein Bündnis mit Russland gegen Frankreich ein. 1814/15 vertrat er Preußen auf dem Wiener Kongress und erwirkte dort bedeutende Gebietsgewinne für Preußen. In der Folge reorganisierte und vereinheitlichte er die Verwaltung in Preußen. Mit seinen Vorschlägen zu einer Neuordnung der Ständevertretung konnte er sich allerdings nicht durchsetzen, wie auch andere seiner Reformvorhaben an der Restauration scheiterten. Hardenberg starb am 26. November 1822 in Genua.

Sein Leichnam wurde nach Neuhardenberg überführt und im dortigen Mausoleum beigesetzt. Auf seinen Wunsch wurde sein Herz im Altar der Schinkel-Kirche in Neuhardenberg aufbewahrt.

### **Carl-Hans Graf von Hardenberg**

Carl-Hans Graf von Hardenberg wurde am 22.10.1891 in Glogau geboren. Bei seinem Einsatz im 1. Weltkrieg wurde er schwer verwundet. Ab 1921 übernahm er die Verwaltung des elterlichen Besitzes in Neuhardenberg. Des weiteren engagierte er sich aktiv in der Kommunalverwaltung. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten legte Hardenberg aus Protest seine politischen Ämter nieder und weigerte sich, der NSDAP beizutreten. Im 2. Weltkrieg war er zunächst als Major der Reserve Kommandeur eines Ersatztruppenteils und ab 1940 Adjutant von Fedor von Bock.

An der Ostfront wurde Hardenberg Zeuge der grausamen Massaker an Juden und der Zivilbevölkerung. In dieser Zeit entstand auch der Kontakt zu Henning von Tresckow. In der Folgezeit planten sie gemeinsam ein Attentat auf Hitler. Hardenberg gehörte u.a. zu den Personen, die sich am 20. Juli 1944 im Bendlerblock, der Zentrale der Widerstandskämpfer in Berlin, aufhielten. Er wurde jedoch am 24. Juli 1944 in Neuhardenberg verhaftet.

Hardenberg versuchte daraufhin Selbstmord zu begehen, was jedoch fehl schlug. Bis zur Befreiung des KZ Sachsenhausen am 22.04.1945 durch vorrückende amerikanische Truppen wurde Hardenberg dort gefangen gehalten.

Er starb am 24.10.1958 als einer der bedeutendsten Widerstandskämpfer im 2. Weltkrieg.

## 8.6.2 Gestalter des Schlosses und seiner Anlagen

### Karl Friedrich Schinkel

Karl Friedrich Schinkel wurde am 13. März 1781 in Neuruppin geboren und starb am 9. Oktober 1841 in Berlin. Er zählt zu den bedeutendsten deutschen Bau-meistern des 19. Jahrhunderts. Obwohl ein Kind der Romantik, verhalf er klassizistischer Baukunst weit über die Grenzen von Preußen hinaus zu unvermuteter Bedeutung. Sein komplexes Architekturverständnis, das formale, funktionale, soziale sowie historische Faktoren zu verbinden wusste, und über mittelalterliche und



**Abbildung 21**  
**Karl Friedrich Schinkel**

griechische Elemente immer wieder Funktion und Schönheit verknüpfte, ließen ihn zu einem Vorbild für ganze Architekten-generationen werden. Desgleichen vermittelte er dem Theaterbau und der Denkmalpflege wichtige Impulse. Die vielfältigen Spuren seines Schaffens finden sich in Aachen oder Königsberg, in Dresden oder St. Petersburg, vor allem aber in Berlin, wo er jahrzehntelang als Architekt und Stadtplaner, als Landschaftsmaler und Zeichner wirkte. In Berlin befinden sich auch seine markantesten Bauten, die das Erscheinungsbild der Stadt auch heute noch mitbestimmen (u.a. das Alte Museum, die Friedrich Werdersche Kirche, das Schauspielhaus, die Neue Wache und die Schlossbrücke). Über die Stadtarchitektur hinaus beeinflusste

Schinkel auch die Innenarchitektur und wirkte als Schaubild-Aussteller, Denkmalpfleger sowie Schöpfer von Bühnenbildern und kunsthandwerklichen Gegenständen.

### **Peter Joseph Lenné**



**Abbildung 22**  
**Peter Joseph Lenné**

Peter Joseph Lenné wurde 1789 in Bonn geboren und starb 1866 in Berlin. Lenné war einer der bedeutenden deutschen Gartenkünstler und Landschaftsgestalter des 19. Jahrhunderts. Seine Parks und Gärten prägen an vielen Stellen noch heute das Bild der Städte Berlin und Potsdam. Zahlreiche Parks und Grünanlagen in Deutschland wurden nach seinen Entwürfen geschaffen. Seine bekanntesten Werke sind die Umgestaltungen des

Parks Sanssouci in Potsdam und des Großen Tiergartens in Berlin. Über seine Werke war er ein großer Anreger für die nachfolgenden Generationen von Gärtnern und Landschaftsgestaltern.

Lennés Schöpfungen sind durch ihren umfassenden Ansatz, die gestalterische und gärtnerische Kunst sowie durch die Verbindung von Schönem und Nützlichem auch heute Vorbild und Anregung für Landschaftsarchitekten, Architekten und Künstler.



## 9 Preußische Tugenden

Betrachtungen anlässlich eines Besuches im Schloss „Neuhardenberg“ in Brandenburg



*„Das preußische Heiligtum, die deutsche Kathedrale der Pflichterfüllung, an der Generationen gemauert haben, türmt sich über zerstörtem Glück.“*

Christian Graf von Krockow, deutscher Historiker

## **Einführung**

Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses, Debatte um den Zusammenschluss der Länder Berlin und Brandenburg, Preußenjahr 2001 – ein Land und eine Kultur erleben gegenwärtig eine Renaissance, wie es so nicht für möglich gehalten wurde. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit den sogenannten „Preußischen Tugenden“, die den Inhalt des folgenden Beitrages bilden.

Preußen, ein Land das seit 1947 faktisch nicht mehr existiert, kann mit seiner interessanten und bewegenden Geschichte vor allem der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg eine Identifikation und Integrationsmöglichkeit geben.

Die historische Entwicklung des Staates Preußens im Vergleich zu anderen europäischen Staaten ist bemerkenswert, und nicht zuletzt die Menschen, welche in Preußen lebten, prägten seine Geschichte. Das preußische Königshaus der Hohenzollern herrschte relativ kurz über diesen ständig wachsenden Territorialstaat, jedoch gestalteten sie in der Zeit von Mitte des 18. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkrieges die deutsche Geschichte maßgeblich.

War die Mark Brandenburg im 17. Jahrhundert noch recht unbedeutend und ein unwirtlicher Streifen östlich der Elbe mit Besitzungen im heutigen Brandenburg, Hinterpommern und Ostpreußen, so stark war Preußen eben auch bis zur Auflösung 1947, als der ehemalige Freistaat im Deutschen Reich über 60 % der Fläche des Deutschlands von 1937 belegte.

Das Jahr 1701 gilt als das Geburtsjahr des Königreichs Preußen. Der Kurfürst Friedrich III. krönt sich in Königsberg zum preußischen

König Friedrich I. und gilt damit als preußischer „Gründervater“. Ihm folgt 1713 sein Sohn Friedrich Wilhelm I., genannt der „Soldatenkönig“. Unter seiner Herrschaft wird Preußen zu dem, was es auch heute noch in den Vorstellungen vieler Menschen ist: Der typische Militär- und Beamtenstaat. Friedrich Wilhelm I. reformiert die Verwaltung und baut das stehende Heer auf weit über 80.000 Mann aus. Seine Vorstellungen über den Staat sind streng calvinistisch, finanzielle Ausgaben werden weder für üppige Prunkbauten und Schlösser noch für übertriebenes höfisches Zeremoniell verwandt. Ausschließliche Verwendung finden die Staatseinnahmen im Militärwesen und in der Verwaltung. Zudem



**Abbildung 23** Friedrich II

werden 1731/32 über 20.000 vertriebene Salzburger angesiedelt – ein erstes Anzeichen für ein tolerantes wie auch dem Nutzen einer Volkswirtschaft gekennzeichnetes politisches Staatswesen.

Als im Jahr 1740 Friedrich II., später als der Große tituliert, den preußischen Thron besteigt, wird unter ihm bis 1786 Preußen gekennzeichnet sein durch kriegerische Gebietserweiterungen wie auch durch die Förderung von Kunst und Kultur. In den beiden Schlesischen Kriegen und durch die erste Teilung Polens wächst das

Staatsgebiet um mehr als das Dreifache. Friedrich II. zeigt ein glückliches wie auch talentiertes Vorgehen gegen seine Kriegsgegner Österreich und Russland. Ebenso fortschrittlich handelt er mit der Zuwanderung von Hugenotten aus Frankreich, Flüchtlingen aus Russland und Holland als auch mit der Förderung der Landwirtschaft und der Urbarmachung erworbener Gebiete. Weitere wichtige Aspekte seiner Regentschaft sind seine städtebaulichen Aktivitäten und sein Interesse für Kunst und Literatur. Schloss „Sanssouci“ ist ebenso weltbekannt wie der Kontakt Friedrichs II. zu ausländischen Philosophen, so zum Franzosen Voltaire. So spektakulär wie die Spuren Friedrichs II. in der preußischen Geschichte sind, so bescheiden ist sein Grab zwischen den Gräbern seiner geliebten Hunde abseits der Schlossanlagen in Potsdam.

Anfang des 19. Jahrhunderts beeinflussen die preußischen Reformer Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau und Humboldt nicht nur den neuen preußischen Staat, sondern ihre Ideen und Konzepte reichen bis ins 20. Jahrhundert hinein und sind Vorbild für entsprechende Umgestaltungen anderer Staaten. Preußen blüht auf in den Bereichen Wissenschaft und Bildung, Militär und Verwaltung. Neu hinzugewonnene Gebiete infolge des Wiener Kongresses



**Abbildung 24 Deutsche Kaiserstandarte 1871-1918**

und der Einigungskriege Mitte des 19. Jahrhunderts bewirken die größte geographische Ausdehnung.

Mit den preußischen Königen Wilhelm I. und Wilhelm II., beide zugleich Kaiser im 1871 geschaffenen Deutschen Reich, wird zudem ein Preußenbild geschaffen, das von Militarismus und Obrigkeitsdenken durchsetzt ist. Das Deutsche Reich entsteht unter preußischer Führung, an maßgeblicher Stelle Ministerpräsident Bismarck, und wird von ihm geprägt. Kein anderer Bundesstaat in Deutschland nimmt eine vergleichbar mächtige Stellung ein. Mit diesem Deutschen Reich unter preußischer Führung sind die Sozialistengesetze und der Kulturkampf ebenso verbunden wie die Sozialreformen. Als der Erste Weltkrieg 1918 verloren geht, endet die Epoche der Hohenzollern. Wilhelm II. verlässt Deutschland und geht ins Exil nach Holland. Preußen wird zum demokratisch-parlamentarischen Freistaat, der bis zum 25. Februar 1947 existiert, um dann durch Beschluss Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates aufgelöst zu werden.

In diesem kurzen Abriss der preußischen Geschichte wird deutlich, wie widersprüchlich Preußen gewesen ist. Im Folgenden soll dieser Widerspruch anhand der „Preußischen Tugenden“ erklärt werden. Vielleicht kann damit ein Stück Verständnis, aber auch Interesse für diese wichtige Epoche in der deutschen Geschichte geweckt werden.

## 9.1 Die Tugenden

*„Aus der Not eine Tugend machen“*

Spruchwort

Aus diesem Blickwinkel sollen hier exemplarisch einige der „preußischen Tugenden“ vorgestellt werden und zwar solche, die immer wieder in ambivalenter Bedeutung gebraucht werden, wenn die Rede ist von dem „preußischem Vermächtnis“, welches einen Teil der deutschen Geschichte darstellt.

### 9.1.1 Pflichterfüllung

„Pflichterfüllung war in Preußen das erste und oberste Gebot und zugleich die ganze Rechtfertigungslehre: Wer seine Pflicht tat, sündigte nicht, mochte er tun was er wollte.... Die Pflicht gegen den Staat kam zuerst. Mit diesem Religionsersatz ließ sich leben und sogar ordentlich und anständig leben – solange der Staat, dem man diente, ordentlich und anständig blieb.“<sup>1</sup> Sebastian Haffner beschreibt in dieser Weise die preußische „Kerntugend“ schlechthin. Im übrigen geben „preußische Tugenden“ ständig Anlass zur Diskussion über Wert und Folgen einer solchen, damals staatlich verordneten Arbeits- und Lebensweise.

Geprägt wurde diese Denkhaltung maßgeblich von Friedrich Wilhelm I., genannt der „Soldatenkönig“.

Als Friedrich Wilhelm I. im Jahr 1713 die Thronfolge antrat, herrschte in Frankreich noch Ludwig XIV., genannt der „Sonnen-

---

<sup>1</sup> Vgl. Sebastian Haffner: *„Preußen ohne Legende“*, Hamburg 1978

könig“, dessen Regentschaft in Frankreich und Europa als Symbol für höfisches Leben voller Prachtentfaltung und Luxus angesehen wird. Dem stellte Friedrich Wilhelm I. eine „*Tugendrevolution*“<sup>2</sup> gegenüber, die nicht in die absolutistische Herrscherzeit passte. Geprägt von Jugenderfahrungen im calvinistischen Holland betrachtete er seine Regentschaft als eine ständige und unermüdliche Arbeit, durchaus gespeist aus religiösen Motiven. „*Gott*“, so erklärte er seinem eigenen Sohn, „*hat Euch auf den Thron gesetzt nicht zu Faulenzen, sondern zu Arbeiten und Seiner Länder wohl*“. Zeit seines Lebens versuchte er, die importierten Wertmaßstäbe eines aufstrebenden, modernen holländischen Bürgertums seinem rückständigen Agrarstaat Preußen mit seinen adligen Junkern aufzudrücken, wohl erkennend, dass er sich selbst an die Spitze dieser Veränderung stellen musste, da andere Antriebskräfte zunächst nicht vorhanden waren.

„*Parol´ auf dieser Welt ist nichts als Müh´ und Arbeit*“ schrieb er seinem Freund, dem Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau.

Sein Sohn Friedrich II., der Große, führte diese preußische Grundhaltung weiter fort. Während im restlichen Europa die Monarchen sich selbst für den Staat hielten, betrachtete sich Friedrich II. lediglich als „ersten Diener“ Preußens.

Die Tugend „Pflichterfüllung“, von Kant als ein „*Gebot der praktischen Vernunft*“<sup>3</sup> erklärt, wurde kraft königlichen Dekrets in Preußen in Gesetzesrang erhoben. Pflichterfüllung als Doktrin für

---

<sup>2</sup> Vgl. Christian Graf von Krockow in „*Preußen – eine Bilanz*“, Stuttgart 1992

<sup>3</sup> Immanuel Kant „*Kritik der praktischen Vernunft*“, Königsberg 1788

einen damals kleinen, rückständigen Agrarstaat mit einem verkrusteten Adelsstand galt als lebens- bzw. überlebenswichtig für einen Staat, der sich zur Aufgabe machte, seinen Einfluss auf Europa zu vergrößern. So wurde nach eigenen Vorstellungen die Pflichterfüllung zur Maxime des neu zu schaffenden Beamtenapparates erklärt, galt insbesondere für das preußische Militär und darüber hinaus für jeden Bewohner Preußens.

### **9.1.2 Toleranz**

Konfessionelle Toleranz wurde in Europa erst durch die französische Revolution als Folge der Aufklärung durchgesetzt.

Bereits im Jahre 1685 lud der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm mit dem Edikt von Potsdam 20.000 hugenottische Glaubensflüchtlinge aus Frankreich nach Brandenburg ein. Dies kann aus damaliger Sichtweise durchaus als ein Akt konfessioneller Toleranz verstanden werden, wenn auch der Große Kurfürst mit dieser Maßnahme andere Ziele verfolgt haben mag, nämlich die Besiedelung und Kultivierung armer Landstriche seines Fürstentums.

Eine tolerante Grundhaltung drückt auch der berühmte Satz Friedrichs II. aus: „*In meinem Staat kann jeder nach seiner Fassung selig werden*“<sup>4</sup>. Aus unterschiedlicher Motivation heraus, Friedrich Wilhelm I. mit einer calvinistischen Prägung, sein Sohn Friedrich II. mit einer aufklärerisch atheistischen Grundhaltung, gewährte Preußen religiös Andersdenkenden in einem für da-

---

<sup>4</sup> Aus einer Randbemerkung Friedrich II., 1740, die in ihrer Gesamtheit lautet: „Die Religionen müssen alle toleriert werden, und Mus der Fiscal nur das Auge darauf haben, das keine der anderen Abbruch Tue, den hier muss ein jeder nach Seiner Fassung selig werden.“



malige Verhältnisse umfangreichen Maße freie Glaubensausübung und somit Gewissensfreiheit. Dabei ließen sich die preußischen Regenten durchaus von praktischen Überlegungen leiten. Besiedelung von dünn besiedelten, ärmlichen Landstrichen und anschließende Steuereinnahmen waren handfeste Motive für die Ansiedlung von in anderen Ländern verfolgten Glaubensgruppen. Zur Kultivierung des Oderbruchs, der Warthe- und Netzeniederungen rief Friedrich II. 300.000 Einwohner aus der ganzen Welt nach Preußen und rühmte sich später, auf diese Weise eine ganze Provinz im Frieden gewonnen zu haben, ohne auch nur einen einzigen Soldaten auf dem Schlachtfeld verloren zu haben.

### **9.1.3 Ordnung**

*„Ordnung ist das halbe Leben“*

#### **Spruchwort**

Die Herkunft des Sprichworts ist zwar bis heute unbekannt, doch ist man unweigerlich geneigt, es der Glanz- und Gloriazeit Preußens zuzurechnen.

Der Ordnungsgedanke Preußens erstreckte sich über alle Bereiche des täglichen Lebens und sollte mit dazu beitragen, die Vormachtstellung Preußens zu sichern und auszubauen. Die Grundlagen des preußischen Verwaltungs- und Militärstaates wurden von König Friedrich Wilhelm I. geschaffen. Das Militär wurde dabei von ihm strikt entsprechend einer ständischen Herrschaftsschichtung zwischen Offiziers- und Mannschaftsstand gegliedert. In der Verwaltung wurden die ständisch-adligen Landräte der Kreise zu Organen staatlicher Auftragsverwaltung;

ebenso wurden die Städte dem Staat und seinem Steuersystem eingefügt.

König Friedrich II., dem Großen, gelang mit der Ordnung der Finanzen und des Heeres seines Vaters die Vergrößerung seines Staatsgebietes durch die beiden ersten Schlesischen Kriege, bei denen das Bündnis mit Frankreich ihm Rückhalt gab und Preußen zur Großmacht wurde.

Innenpolitisch wurde Preußen unter Friedrich dem Großen zu einem Vorbild des aufgeklärten, rechtsstaatlichen Absolutismus. Die Justizreform von 1746 kam im Preußischen Allgemeinen Landrecht zum Abschluss. Das Allgemeine Landrecht entsprach einer Kodifikation des fast gesamten preußischen Rechts. Seine zivil- und strafrechtlichen Bestimmungen wurden zwar fast völlig durch das BGB bzw. StGB und ihre Nebengesetze ersetzt; in einigen Gebieten des öffentlichen Rechts gelten aber im ehemaligen Preußen noch heute formal Rechtssätze des Allgemeinen Landrechts; materiell sind seine Bestimmungen über die Aufgaben der Polizei zu allgemeinem deutschem Recht geworden<sup>5</sup>.

Obwohl sich viele Regelungen entsprechend der Zeitgeschichte geändert haben, so hat sich die Liebe zur Ordnung in Deutschland bis heute durchgesetzt. Diese Ordnungsliebe wird wohl auch in Zukunft maßgeblich das Leben in Deutschland bestimmen. Trotz der hiermit sicherlich verbundenen Vorteile ist aber auch Vorsicht geboten. Nach Christian Morgenstern ist es „vom höchsten Ordnungssinn ... nur ein Schritt zur Pedanterie“.

---

<sup>5</sup> Preußen, Bertelsmann Lexikon Verlag, Gütersloh, 1978, S. 336

### 9.1.4 Ehre

Ehre definiert sich nach heutigen Vorstellungen aus dem sittlichen und sozialen Wert einer Person und dem hieraus entspringenden Anspruch auf angemessene, diesem Wert entsprechende Behandlung.

In Preußen verband sich der Begriff Ehre vor allem mit der Zugehörigkeit zum Adel. Zum Adel wiederum gehörte das Militär. Die Einheit von Landadel und Offizierskorps wurde dabei durch die Ablehnung bürgerlicher Offiziere gewährleistet. Preußen zeigte damit besonders deutlich den starken Zusammenhang zwischen Adelsstand und Ehre. Alles konnte man verlieren, nur die Ehre blieb bestehen.

Äußeres Kennzeichen der Ehre waren in Preußen die Orden. Orden bedingten die Besinnung auf Tugend, und Tugend wurde zur Stärke Preußens; der Reiz des Ordens sorgte dafür, dass die Tugend ihren hohen Stellenwert behielt.

Besondere Bedeutung erlangte der von Friedrich dem Großen 1740 gestiftete Halsorden „Pour le mérite“, der ab 1810 nur noch für „Verdienste vor dem Feind“ verliehen wurde. Ein weiterer Orden gleichen Namens wurde 1842 in Form einer eigenen Friedensklasse für Wissenschaft und Künste eingeführt<sup>6</sup>. Insgesamt bestand in Preußen ein enormer Bedarf an Ehrenbekundungen, so dass ein breites Ideenspektrum für neue Orden und Ehrenabzeichen in Preußens Adel bestand.

Fraglich ist jedoch, ob Preußen tatsächlich soviel Ehre im eigentlichen Sinne hervorbrachte. Nach einer Redensart gibt es zu-

---

<sup>6</sup> Orden, Bertelsmann Lexikon Verlag, Gütersloh, 1972, S. 416

mindest „...verdiente, erdiente, erdinierte und erdienerte Orden“.

### **9.1.5 Disziplin**

Wen wundert es, dass auch bei der Definition von Disziplin beispielhaft auf Preußen verwiesen wird. Artverwandt mit anderen Tugenden bezieht sich Disziplin nach preußischem Verständnis in aller erster Linie auf das Militär.

Personifiziert war Disziplin in Preußen vor allem durch Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke. Als Stratege (Operationsentwürfe im Krieg gegen Dänemark, Österreich und Frankreich) war er richtungsweisend für die Führung moderner Massenheere und gilt bis heute als bedeutender Militärschriftsteller.

Sein gesamtes Leben war bestimmt durch Tugendhaftigkeit, wobei er selbst Disziplin als seinen stetigen Wegbegleiter ausdrücklich nannte. Sein bekanntester Ausspruch bezieht sich daher naheliegender Weise auf die Armee und Disziplin. Mit eherner Miene sagte er: „*Disziplin ist die ganze Seele der Armee*“.

## **9.2 Preußische Tugenden – Eine Bewertung**

Die Ansichten darüber, wie die preußischen Tugenden zu bewerten sind und ob sie im 21. Jahrhundert überhaupt noch eine Rolle spielen sollen oder dürfen, gehen weit auseinander. Während wir offensichtlich für die einen nach wie vor – wenn hier auch nur scherzhaft – „*mit deutschen Tugenden über den*

*Kampf ins Spiel finden müssen*<sup>7</sup>, „nistet für die anderen gerade in ihnen das Unheil“<sup>8</sup>. Dem Rückgriff auf die preußischen Tugenden kommt anlässlich der unterschiedlichsten öffentlichen Debatten nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Gekennzeichnet sind die Auseinandersetzungen dadurch, dass scheinbar für jedes auf preußischen Tugenden beruhende Verhalten immer auch ein negatives Gegenbeispiel zu finden ist.

Zunächst in scheinbarem Widerspruch hierzu stehen die von Marion Gräfin Dönhoff genannten drei Kennzeichnungen der Tugenden: „Erstens Toleranz aus Vernunft, zweitens Staatsräson in einer hierarchischen Gesellschaft und drittens – vielleicht in diesem Kontext am wichtigsten, Loyalität ohne Willfährigkeit“<sup>9</sup>.

Entgegen dieser maßvollen Einschätzung der preußischen Tugenden tritt ihr oben genannter Doppelcharakter jedoch besonders auffällig in der Diskussion um die deutsche Vergangenheit und insbesondere um die Widerstandsversuche während der Zeit des Nationalsozialismus hervor.

So zählt die Frage, ob die in Preußen angelegte Entwicklung des Deutschen Reiches gleichsam zwangsläufig von Bismarck zu Hitler führen musste, zu den mit am heftigsten geführten Kontro-

---

<sup>7</sup> ARD Sportkommentator Waldemar Hartmann bei der Fußball WM 2002 in Japan / Süd-Korea

<sup>8</sup> SPIEGEL Spezial 2/1993: „Darin nistet das Unheil – Christian Graf von Krockow über die preußischen Tugenden“

<sup>9</sup> Marion Gräfin Dönhoff : „Preußen. Maß und Maßlosigkeit“, Berlin 1998, S.27

versen über die deutsche Vergangenheit<sup>10</sup>. Während die Frage von Haffner verneint wird<sup>11</sup>, lag für den britischen Premier Winston Churchill und die Alliierten nach Kriegsende im von Obrigkeitsstaatsdenken, Militarismus und Großmachtstreben geprägten Preußen „die Wurzel allen Übels“ und eine der Hauptursachen für Krieg und NS-Diktatur<sup>12</sup>.

Die Nationalsozialisten selbst haben den Preußenmythos jedenfalls gern bemüht, bezeichneten Friedrich den Großen als „ersten Nationalsozialisten auf dem Königsthron“<sup>13</sup> und versuchten, mit dem „Tag von Potsdam“ die Einheit des neuen und alten Deutschlands darzutun. Dem wird von Vertretern einer eher Preußen freundlichen Denkrichtung entgegengehalten, dass es gerade das preußische Offizierskorps um den Oberst Graf von Stauffenberg gewesen sei, das den einzig wirklich ernstzunehmenden organisierten Versuch eines Umsturzes gegen Hitler gewagt habe. Dieser Widerstand sei vor allem auch durch die preußischen Tugenden wie Ehre und Vaterlandsliebe motiviert gewesen, dem Motto des Johann Friedrich Adolph von der

---

<sup>10</sup> Vgl. Wippermann, Wolfgang: *Faschismustheorien. Erträge der Forschung Bd. 17. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion.* Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1980 .S. 104-122

<sup>11</sup> Haffner, Sebastian: „Von Bismarck zu Hitler“, Kindler, 1987, S. 11

<sup>12</sup> Im Internet: SPIEGEL ONLINE: „Staat von Blut und Eisen“, URL: <http://www.spiegel.de/sptv/special/0,1518,116282,00.html> (Stand: 24.05.2002);  
Im Internet: „Am Anfang war nicht die Tugend“, URL: <http://www.welt.de/daten/2001/01/06/0101sb213620.htm> (Stand 16.06.2002)

<sup>13</sup> Im Internet: SPIEGEL ONLINE: „Staat von Blut und Eisen“, URL: <http://www.spiegel.de/sptv/special/0,1518,116282,00.html> (Stand: 24.05.2002)

Marwitz folgend: „Wählte Ungnade, wo Gehorsam nicht Ehre einbrachte“<sup>14</sup>.

Allerdings ist auch diese Auffassung nicht unwidersprochen geblieben. Nur durch die im Offizierskorps dominante preußische Gehorsamspflicht und apolitische Disziplin sei zu erklären, warum es bis kurz vor Kriegsende, 20. Juli 1944, gedauert habe, bevor der Widerstand gegen Hitler aktiv geworden sei. Dies, obwohl für die Generalität bereits vor Ausbruch des Krieges abzusehen gewesen sei, wie der Rücktritt des Generalstabschefs des Heeres, Ludwig Beck, 1938 belegt, dass der Krieg nicht würde gewonnen werden können.

Auch hinsichtlich der Geschichte Preußens selbst kann dieses Erklärungsmuster angeführt werden. Werden Aufklärung, Religionsfreiheit und Reformen als Ausfluss einer genuinen preußischen Geisteshaltung verherrlicht, kann dem entgegengehalten werden, dass Antisemitismus und -katholizismus in Preußen ebenso verbreitet waren wie anderswo auch. Auch die vielgerühmte Zuwanderung von Hugenotten nach Preußen sei vornehmlich eine steuer- und wirtschaftspolitische Maßnahme gewesen, die vor allem der Staatsräson verpflichtet war.

Diese Vereinnahmung der preußischen Tugenden setzt sich auch in aktuellen tagespolitischen Diskussionen fort.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 haben in der entflammten Hauptstadtdebatte die Gegner eines Umzuges nach Berlin vor einer preußisch geprägten Berliner Republik ge-

---

<sup>14</sup> Vgl. Kittsteiner: „Adel, Ehre und Gehorsam“ in „Ein Traum, was sonst? Preußische Tugenden“ Hrsg.: Stiftung Schloss Neuhausen, Wallstein Verlag 2002, S. 162 ff

warnen. Mit Konrad Adenauer, der sich schon bei der Gründung der Bundesrepublik aus eben diesem Grund gegen Berlin ausgesprochen hatte – „*Wer Berlin zur neuen Hauptstadt macht, schafft geistig ein neues Preußen*“<sup>15</sup> – befürchteten viele Kritiker eines Umzuges das Wiederaufkommen und Erstarben von Großmachtstreben und Nationalismus.

Aber auch gegen diese Besorgnis ist mit Hinweis auf die preußischen Tugenden argumentiert worden. Weltoffen, tolerant, ein neues geistiges und kulturelles Zentrum Europas werde Berlin sein, wie Preußen unter dem Philosophenkönig Friedrich dem Großen.

In der unlängst geführten Leitkulturdebatte war die Forderung zu hören, dass in Deutschland eine Rückbesinnung auf die preußischen Tugenden für eine Genesung der Gesellschaft unumgänglich sei. Angesichts des zunehmenden Werteverfalls müssten wieder die alten Werte vermittelt werden, unter anderem dort, „*wo beispielsweise Deutsche in ihrer Stadt in die Minderheit geraten und um die eigene Identität bangen*“. Auch müsse darauf bestanden werden, dass die deutsche Sprache gesprochen und verstanden werde<sup>16</sup>.

Aber auch dieser Bemühung des Werte- und Tugendbegriffs kann entgegengehalten werden, dass es in Preußen eine einheitliche Leitkultur nicht gegeben hat. Weder habe es aufgrund

---

<sup>15</sup> Im Internet: SPIEGEL ONLINE: „*Preußen in Zitaten*“, URL: <http://www.spiegel.de/sptv/special/0,1518,117354,00.html> (Stand: 24.05.2002);

<sup>16</sup> Vgl. Im Internet: *Einwanderung und Identität. Unionsfraktionschef Friedrich Merz zur Diskussion um die „freiheitliche deutsche Leitkultur“*, URL: <http://www.webpolitik.de/europa/merza.htm>



der sich ständig sprunghaft verschiebenden territorialen Grenzen ein preußisches Staatsvolk gegeben, noch habe man Einwanderer gezwungen, Deutsch zu sprechen - in einem Staatsgebiet, in dem neben Deutsch ohnehin von großen Teilen der Bevölkerung Polnisch, Litauisch und Wallonisch gesprochen wurde.

Diese Inhaltslosigkeit des preußischen Tugendbegriffs, die Beliebigkeit seiner Verwendbarkeit machen den eigentlichen Kritikpunkt an den preußischen Tugenden aus, denn das tatsächliche Problem liegt auf einer anderen Ebene. Es wird in einzigartiger Weise durch die deutsche Geschichte verkörpert: Die später „Preußische Tugenden“ genannten Wertgrößen sind inhaltslos, lassen keine moralisch-ethische Interpretationen zu, solange sie nicht in einen über sie hinaus reichenden Bedeutungszusammenhang gestellt werden. Dies ist eine Ursache für die größte Tragödie der Menschheit, den Holocaust, dessen Vernichtungslager sich nach Helmut Schmidt mit Hilfe der preußischen Tugenden trefflich leiten ließen<sup>17</sup>.

Christian Graf von Krockow spricht in diesem Zusammenhang von „Sekundärtugenden“<sup>18</sup>, die sich der Entscheidung entziehen, für welche Ideale und Ziele sie eingesetzt werden. Die Bindung an humanistische Grundüberlegungen, an Errungenschaften der Aufklärung oder ein Kompendium anerkannter Grundsätze wie die Zuerkennung naturrechtlich geschützter,

---

<sup>17</sup> Im Internet: SPIEGEL ONLINE: „300 Jahre preußisches Fieber“, URL: <http://www.spiegel.de/sptv/special/0,1518,113996,00.html> (Stand: 24.05.2002);

<sup>18</sup> SPIEGEL Spezial 2/1993: „Darin nistet das Unheil – Christian Graf von Krockow über die preußischen Tugenden“, S. 14

vorstaatlicher Grundrechte, sind den preußischen Tugenden fremd. Derart verkörpern sie im Ausgangszustand lediglich eine von allen Seiten angreifbare oder nutzbare Neutralität, sie sind somit bloßes Mittel zum Zweck.

Einigen klassischen „Preußischen Tugenden“ wohnt allerdings dauerhaft die latente Gefahr inne, der Macht und ihren Mitteln hörig zu sein: Unreflektierter Gehorsam ohne kritische Überprüfung entmündigt und macht folgsam. Ordnung und Anstand erklären nicht aus sich selbst heraus, was sie meinen. *„Leistungsbereitschaft sagt nicht, wofür sie eingesetzt (wird), Pflichterfüllung nicht, wem sie dient: ob dem König von Preußen oder Adolf Hitler“*<sup>19</sup>.

Dieses Ergebnis einer abwägenden Begutachtung sollte jedoch nicht verkennen, dass auch Chancen in einer Renaissance klassischer Tugenden liegen. Eine Gesellschaft braucht Werte und Tugenden als Orientierungsmaßstab. Voraussetzung einer solchen Nutzbarmachung ist es, der geschilderten Inhaltslosigkeit der Tugenden einen Wertekanon an die Seite zu stellen. Leere „Sekundärtugenden“ können ausgefüllt werden, bedürfen als Prämisse für ihren Gebrauch der eindeutigen Sinnzuweisung.

Die Würde des Einzelnen und die freie Entfaltung der Persönlichkeit in einer von Toleranz und Pluralismus geprägten offenen Gesellschaft sind Kerninhalte einer solchen Wertezuordnung, für deren Erreichung und Erhalt es sich lohnt, auch im 21. Jahrhundert mit Pflichterfüllung und Leistungsbereitschaft einzutreten. Fleiß und Selbstdisziplin erscheinen so nicht als egozentrische Phrasen zur ausschließlichen Erreichung des persönlichen Le-

---

<sup>19</sup> ebenda

bensglücks, sondern werden ihrer Bedeutung als gesamtgesellschaftliche Herausforderung gerecht.

Die „Preußischen Tugenden“ geben dergestalt keine alleinige Lösung für Werteverfall und sittlichen Niedergang. Aber sie sind in der Lage, in Zeiten rasanter ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Veränderungen als sekundärer Wertehorizont die Auswege zu einer fortschrittlichen Entwicklung aufzuzeigen.



### Literaturverzeichnis

*Bertelsmann Lexikon: Bertelsmann Verlag  
Gütersloh 1978*

*Dönhoff, Marion Gräfin: Preußen. Maß und Maßlosigkeit  
btb / Goldmann Verlag  
München 1998*

*Haffner, Sebastian: Preußen ohne Legende  
btb / Goldmann Verlag  
München 1998*

*Haffner, Sebastian: Von Bismarck zu Hitler  
Kindler  
München 1987*

*Kant, Immanuel: Kritik der praktischen Vernunft  
Königsberg 1788*

Kittsteiner: *Adel, Ehre und Gehorsam*  
in: *Ein Traum, was sonst? Preußische Tugenden*  
Stiftung Schloss Neuhardenberg  
Wallstein Verlag 2002

Krockow, Christian Graf von: *Preußen – eine Bilanz*  
Droemer Knaur  
München 1994

Krockow, Christian Graf von: *Darin nistet das Unheil*  
SPIEGEL Spezial 2/1993  
Hamburg

Wippermann, Wolfgang. *Faschismustheorien. Erträge der Forschung Bd. 17*  
Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion  
Wissenschaftliche Buchgesellschaft  
Darmstadt 1980

### **Im Internet**

Am Anfang war nicht die Tugend,

<http://www.welt.de/daten/2001/01/06/0101sb213620.hx>

300 Jahre preußisches Fieber

<http://www.spiegel.de/sptv/special/0,1518,113996,00.html>

Einwanderung und Identität. Unionsfraktionschef Friedrich Merz zur Diskussion um die „freiheitlich deutsche Leitkultur“,

<http://www.webpolitik.de/europa/merza.htm>

Preußen in Zitaten,

<http://www.spiegel.de/sptv/special/0,1518,117354,00.html>

Staat von Blut und Eisen,

<http://www.spiegel.de/sptv/special/0,1518,116282,00.html>

## 10 Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock



*Ihr trugt die Schande nicht  
Ihr wehret Euch  
Ihr gabt das große  
Ewig wache  
Zeichen der Umkehr  
Opfernd Euer heißes Leben  
Für Freiheit  
Recht und Ehre*

Inschrift am Ehrenmal im Innenhof des Bendlerblocks (Abb. 25)

## 10.1 Das Gebäude

Von 1911 bis 1914 entsteht in Berlin im Tiergartenviertel ein geräumiger Gebäudekomplex für das Reichsmarineamt. Das Hauptgebäude liegt am Landwehrkanal, am heutigen Reichpietschufer, der Ostflügel (Bendlerblock) in der Bendlerstraße 14, heute Stauffenbergstraße. Der Neubau bietet Platz für 900 Mitarbeiter. Nach der Niederlage im 1. Weltkrieg, dem Verlust der Hochseeflotte und der Beschränkung des Heeres auf 100 000 Mann findet im Bendlerblock neben der geschrumpften Marineleitung auch die neu geschaffene Reichswehrführung Platz. Im Februar 1933 eröffnet Hitler im Bendlerblock der Generalität seine gewalttätigen politischen Ziele: „Ausrottung des Marxismus“ und Eroberung von „Lebensraum im Osten“. Bis 1938 entsteht durch Neubauten und Erweiterungen auf den Nachbargrundstücken der Bendlerblock in seiner heutigen Form. Der Hauptteil des Ostflügels wird durch das Allgemeine Heeresamt des Oberkommandos des Heeres genutzt.

Am 20. Juli 1944 geht der Bendlerblock in die Geschichte ein. Er stellt das Zentrum eines Umsturzversuches um Claus Schenk Graf von Stauffenberg dar, welcher misslingt.

Der Bendlerblock, welcher bis zuletzt als Befehlsstand des Kommandanten von Berlin dient, wird am 02. Mai 1945 von sowjetischen Truppen besetzt. Nach der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands beginnt der Wiederaufbau des zum größten Teil zerstörten Gebäudekomplexes, der in den fünfziger Jahren vor allem von Behörden des Bundes und des Landes Berlin bezogen wird.

Aufgrund der tragischen Ereignisse um den 20. Juli 1944 ist der Innenhof durch eine dort angebrachte Gedenkplatte seit 1953 ein Ort der Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Seit 1989 befindet sich die ständige Ausstellung "Widerstand gegen den Nationalsozialismus" im zweiten Stock des Bendlerblocks.

## 10.2 Die Ausstellung

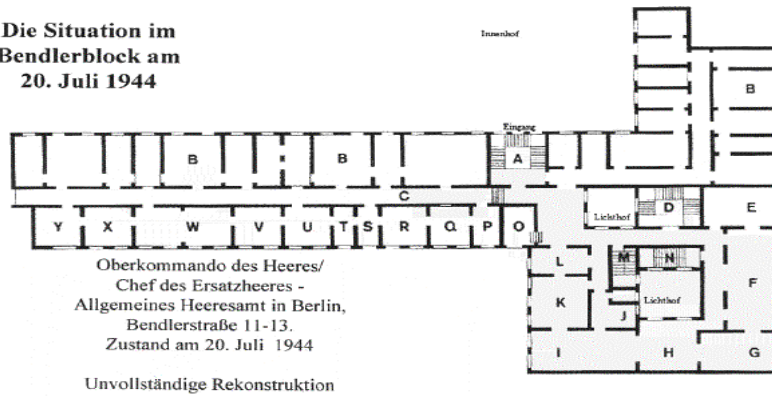
Mit über 5000 Fotos und Dokumenten informiert die Ausstellung in 26 Bereichen umfassend über Motive, Methoden und Ziele des Kampfes gegen den Nationalsozialismus. Sie beginnt mit einer Einführung über die Rahmenbedingungen der Weimarer Republik und des Dritten Reiches (Bereich 1-3).

Die Weimarer Republik ist von Anbeginn an ständigen Anfeindungen von rechts und links ausgesetzt. Seit 1923 spielen auch Hitler und die NSDAP bei den Angriffen von rechts die zentrale Rolle.

Nach der Machtübernahme Hitlers am 30.01.1933 wird die Republik langsam zur Diktatur. Mehrere Einzeltäter und Gruppierungen wollen diesem menschenverachtenden Treiben nicht länger ruhig zusehen und versuchen, auf die eine oder andere Art, Hitler zu stürzen.

Das Hauptaugenmerk der Ausstellung liegt auf einem dieser Geschehnisse, dem **Umsturzversuch des 20. Juli 1944** (Bereich 9-14), für welchen die Räume im zweiten Stock des Bendlerblocks den Mittelpunkt darstellten.

**Die Situation im  
Bendlerblock am  
20. Juli 1944**



**Beschreibung**

**A** Über das Treppenhaus IV (heute Aufgang D4) wurden die Verschwörer am 20. Juli zur Exekution im heutigen Ehrenhof geführt

**C** In diesem Flur kam es am Abend des 20.7.44 zum Schusswechsel, bei dem Stauffenberg leicht verletzt wurde

**F** Vorzimmer von Claus Schenk Graf von Stauffenberg als Stabschef des Befehlshabers des Ersatzheeres und Chefs der Heeresrüstung

**G** Seit 1. Juni 1944 Arbeitszimmer von Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg als Stabschef des Befehlshabers des Ersatzheeres und Chefs der Heeresrüstung

**I** Arbeitszimmer von Generaloberst Friedrich Fromm als Befehlshaber des Ersatzheeres und Chefs der Heeresrüstung. Nach Fromms Verhaftung am 20. Juli Zentrale des Umsturzversuches. Hier erklärte sich Fromm in der Nacht zum 21. Juli 1944 zum Standgericht und befiehlt die Erschießung von Stauffenberg, Olbricht, Mertz, Quirinheim und Werner von Haefen.

**U** Arbeitszimmer des Stabschefs im Allgemeinen Heeresamt (bis 1. Juni 1944 Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, danach Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirinheim)



Seit 1940 arbeitet General Friedrich von Olbricht als Chef des Allgemeinen Heeressamtes im Oberkommando des Heeres im Bendlerblock. In dieser Funktion sammelt Olbricht, der schon seit 1938 eine treibende Kraft der militärischen Umsturzbemühungen ist, wichtige Informationen über das Regime und die militärische Lage. Bewusst schleust er Gegner der Nationalsozialisten in wichtige Positionen und gewinnt schließlich Ende 1943 Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Mitte 1944 Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim als entschlossene Mitverschwörer. Diese drei erarbeiten einen Umsturzplan, der auf Grundlage der Operation „Walküre“ ausgeführt werden soll. Der Plan „Walküre“ bietet den Verschwörern eine fast perfekte Tarnung: Den in Marsch zu setzenden Einheiten soll der Eindruck vermittelt werden, nach Hitlers Tod hätten hohe Nationalsozialisten mit einem Putsch die Führung an sich reißen wollen. Deshalb müssten wichtige Schaltstellen der Macht, vor allem in der Reichshauptstadt Berlin, von Wehrmachtsverbänden abgesperrt und notfalls auch gegen SS-Einheiten verteidigt werden.

Als Claus Schenk Graf von Stauffenberg im September 1943 als Stabschef in das Allgemeine Heeressamt berufen wird, zählt er bereits zum engsten Kreis der Gegner des Regimes. Wie viele andere Militärs auch, fühlt er sich zunächst durch seinen Treueeid gegenüber Hitler gebunden. 1942 schließt er sich jedoch angesichts der deutschen Massenmorde an den Juden, Polen, Russen und weiteren von den Nationalsozialisten



**Abbildung 26**  
**Graf v. Stauffenberg**

stigmatisierten Bevölkerungsgruppen, aber auch wegen der unsachgemäßen militärischen Führung dem militärischen Widerstand an. Gemeinsam mit den Mitgliedern des Kreisauer Kreises ist er an den Entwürfen zu Regierungserklärungen für die Zeit nach dem Umsturz beteiligt. Die Verschwörer legen sich auf die Wiederherstellung der vor 1933 in der Verfassung garantierten Freiheiten und Rechte fest, lehnen jedoch die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie ab.

Sein neuer Vorgesetzter, General Friedrich Olbricht, führt ihn mit Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler zusammen. Beide bilden seit 1938 den Mittelpunkt der Opposition militärischer und ziviler Kreise.

Ludwig Beck ist von 1933 an Generalstabchef des Heeres und versucht aus dieser Position heraus, Einfluss auf Hitler und die Generalität zu nehmen. Da dies misslingt, tritt er 1938 zurück und setzt seinen Widerstand außerhalb des Staatsapparates fort. Nach einem gelungenen Anschlag auf Hitler soll er Staatsoberhaupt werden.



**Abbildung 27**  
**Ludwig Beck**

Goerdeler ist von 1930 an Oberbürgermeister von Leipzig. Ab 1934/35 kritisiert er massiv die Aufrüstung des Reiches und tritt 1935 nach heftigen Auseinandersetzungen mit der NSDAP als Oberbürgermeister zurück. Er verfasst zahlreiche Diskussionsentwürfe über Grundfragen der Neuordnung und Denkschriften, in denen er Hitlers Politik kritisiert. Er wird zum Mittelpunkt ziviler Widerstandskreise und soll nach einem gelungenen Anschlag Reichskanzler werden.



**Abbildung 28**  
**Carl Goerdeler**

Von seiner zentralen Stellung im Heeresamt aus versucht Stauffenberg, die verschiedenen Kreise der Widerstandsbewegung zu einen. Als sich 1943 wiederholt Attentatspläne zerschlagen und im Sommer 1944 enge Mitverschwörer verhaftet werden, entschließt sich Stauffenberg Anfang Juli 1944, trotz seiner Schlüsselrolle in Berlin, selbst den

Anschlag auf Hitler zu wagen. Am 20. Juli schafft er es, eine Bombe in das scharf bewachte Führerhauptquartier „Wolfschanze“ einzuschleusen und in der Lagebesprechung explodieren zu lassen. Zurück in Berlin, glaubt Stauffenberg die Nachricht vom Überleben Hitlers nicht und versucht gemeinsam mit seinem Freund Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim, hohe Offiziere für den Umsturz zu gewinnen und den Plan „Walküre“ in Berlin Bewegung zu setzen. Doch schon bald schöpfen nationalsozialistische Offiziere Verdacht. Die Bewegung kommt ins Stocken und wendet sich dann schließlich unter der Führung von Goebbels. Die Operation „Walküre“ misslingt.

Noch in derselben Nacht werden Stauffenberg, sein Adjutant Werner von Haeften, Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und General Friedrich Olbricht im Innenhof des Bendlerblocks erschossen. Ludwig Beck wird zu einem Selbstmordversuch gezwungen und als dieser misslingt, von einem Feldwebel erschossen. Carl Friedrich Goerdeler kann zunächst entkommen, wird aber nach einer Denunziation gefasst, zum Tode verurteilt und im Februar 1945 ermordet.

Die Ausstellung dokumentiert weiterhin die gesamte soziale Breite und weltanschauliche Vielfalt des Kampfes gegen den nationalsozialistischen Unrechtsstaat:

Eine der wichtigsten Gruppen im Kampf gegen das NS-Regime war der schon genannte **Kreisauer Kreis** (Bereich 15), der sich von 1940 an in Gesprächsgruppen in Berlin, München und auf dem schlesischen Gut Kreisau zusammenfindet. Oppositionell gesinnte Frauen und Männer aus unterschiedlichen sozialen Schichten erarbeiten hier Grundzüge einer geistigen, sozialen und politischen Neuordnung für die Zeit nach dem Ende des Dritten Reiches. Wegen ihrer Verbindungen zu den Verschwörern des 20. Juli 1944 werden die meisten Mitglieder des Kreisauer Kreises nach dem gescheiterten Umsturzversuch als Mitverschwörer angeklagt und zum Tode verurteilt.

Auch wird der **Widerstand der Arbeiterbewegung** ( Bereich 4 und 25) beleuchtet, der sich sowohl innerhalb von Gewerkschaften, als auch Parteien - speziell KPD und SPD - organisierte. Beispielhaft sei hier die Exil-SPD (SOPADE) in Prag genannt, welche die im deutschen Untergrund lebenden Sozialdemokraten und deren Sympathisanten mit Zeitschriften und Flugblättern versorgte. In diesem Zusammenhang wird auch die sowjetnahe Widerstandsgruppe um **Harnack und Schulze-Boysen** (Bereich 17) dargestellt, von der Gestapo auch „Rote Kapelle“ genannt.

Dem **Widerstand aus christlichem Glauben** (Bereich 5) während der Diktatur des Nationalsozialismus ist ebenso ein Bereich gewidmet, wie dem **Widerstand aus liberalem und konservativem Denken** (Bereich 8 und 25).

Da sich der totale Führungsanspruch der Nationalsozialisten zum einen auch auf Forschung und Lehre, zum anderen aber auch auf Dichtung, bildende Kunst, Theater und Musik erstreckte, entsteht im Dritten Reich bald auch ein **Widerstehen in Kunst und Wissenschaft** (Bereich 6).

Die Bücherverbrennung am 10.05.1933 stellt das schlimmste Verbrechen der Nationalsozialisten gegen das Schriftstellertum dar. Viele der Schriftsteller, wie Kurt Tucholsky, die hier symbolhaft mit ihren Werken verbrannt werden sollen, befinden sich zu diesem Zeitpunkt bereits im Konzentrationslager oder haben sich in das Exil geflüchtet.

Der Bereich **Exil und Widerstand** (Bereich 7) dokumentiert besonders anhand von Einzelschicksalen den Kampf gegen den Nationalsozialismus von außen. So setzen einige der zahlreichen politischen Emigranten ihren Widerstand mit Hilfe ihrer Verbindungen zu Widerstandskämpfern im Reich fort. Neben den Schriftstellern Thomas Mann, Bertold Brecht und Alfred Döblin seien hier der spätere Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter und die politische Philosophin Hannah Arendt genannt.

Zu den bekanntesten Gruppen des deutschen Widerstandes gehören die Münchner Studenten um Hans und Sophie Scholl, die sich im Frühjahr 1942 zur



**Abbildung 30**  
**Hans Scholl**



**Abbildung 29**  
**Sophie Scholl**

**Weißer Rose** (Bereich 16) zusammenschließen. Mit Wandparolen und Flugblättern rufen sie zum „passiven Widerstand“ gegen Hitlers verbrecherische Kriegsführung auf.

Nach einer Flugblattaktion im Lichthof der Universität München werden die führenden Mitglieder verhaftet und zum Tode verurteilt.

Nach dem Verbot fast aller freier Jugendverbände und deren Zusammenfassung in staatlichen Jugendorganisationen (Deutsches Jungvolk, Jungmädelsbund, Bund Deutscher Mädel und Hitler-Jugend) entsteht eine **Jugendopposition** (Bereich 18), die ihr Recht auf Unabhängigkeit außerhalb der Hitler-Jugend verteidigen will. Viele der in „Cliquen“ und „Horden“ organisierten Jugendlichen werden als „Verwahrloste“ oder „Gemeinschaftsschädlinge“ in Arbeits- oder Konzentrationslager verschleppt, zu Tode verurteilt oder ermordet.

Dem **Widerstand im Kriegsalltag** (Bereich 19) ist ein weiterer Bereich der Ausstellung gewidmet, der sich zum einen mit der Bestrafung alltäglicher oppositioneller Äußerungen und der Hilfe der Bevölkerung für Verfolgte der Nationalsozialisten beschäftigt. Zum anderen wird aber auch die Behandlung von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren im NS-Regime beleuchtet.

Als im Verlaufe des Krieges immer mehr deutsche Soldaten in feindliche Gefangenschaft geraten, unterstützen einige die Alliierten in ihrem Kampf gegen das Dritte Reich. Diesem **Kampf aus der Kriegsgefangenschaft** (Bereich 20) ist ein weiterer Bereich der Ausstellung gewidmet.

Neben dem **Widerstand von Sinti und Roma** (Bereich 21) wird auch der **Widerstand von Juden** (Bereich 23) dokumentiert, der

von sozialer und kultureller Selbstbehauptung bis hin zur Auflehnung und aktiver Gegnerschaft gegen die Nationalsozialisten reicht.

Die Methoden und Ziele der nationalsozialistischen Judenverfolgung nehmen nicht alle Deutschen widerspruchslos hin. Immer wieder treten einzelne aktiv für die Verfolgten ein. Sie versuchen, das Leben von Bedrohten zu retten, indem sie Verstecke, Nahrungsmittel und Ausweise organisieren, sich nach weiteren Quartieren umsehen und weitere Helfer gewinnen. Unter der Überschrift „**Hilfen für Verfolgte**“ (Bereich 22) wird an sie erinnert.

### **10.3 Die Gedenkstätte**

Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand ist ein Ort der Erinnerung, der Dokumentation, der politischen Bildungsarbeit und des aktiven Lernens. Die ständige Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ zeigt, wie sich einzelne Menschen und Gruppen in den Jahren zwischen 1933 und 1945 gegen die nationalsozialistische Diktatur gewehrt und ihre Handlungsspielräume genutzt haben. Neben den einer breiten Öffentlichkeit bekannten Bereichen des Widerstandes, wie zum Beispiel den Umsturzversuch des 20. Juli 1944 und der Weißen Rose, werden zahlreiche weniger bekannte Widerstandsformen anschaulich dargestellt. Hierbei wird besonders viel Wert auf die handelnden Menschen gelegt. Es wird deutlich gemacht, dass ihre Schicksale, ihre Biographien oftmals der Schlüssel zu den Motiven ihres Handelns sind. So zeigen die Darstellungen von konkreten Einzelschicksalen immer wieder die Menschen, die Widerstand geleistet, dafür gelebt haben und auch dafür gestorben sind.

**Inscripf der Gedenktafel im Innenhof:**



**Hier starben  
Für Deutschland  
Am 20. Juli 1944:  
Generaloberst Ludwig Beck  
General der Infanterie Fried-  
rich Olbricht  
Oberst Claus Schenk Graf von  
Stauffenberg  
Oberst Albrecht Ritter Mertz  
von Quirnheim  
Oberstleutnant Werner von  
Haefen**



**Quellennachweise**

Informationsordner: „Gedenkstätte Deutscher Widerstand – Ausstellung Widerstand gegen den Nationalsozialismus“

Jürgen Danyel: „Zwischen Nation und Sozialismus: Genese, Selbstverständnis und ordnungspolitische Vorstellungen der Widerstandsgruppe um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen“ in „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“, Schriftenreihe Band 323, Bundeszentrale für politische Bildung, Peter Steinbach/Johannes Teufel (Hrsg.)

Bild Deckblatt, „Ehrenhof der Gedenkstätte Deutscher Widerstand“,

[www.gdw-berlin.de](http://www.gdw-berlin.de)

Bild Situation im Bendlerblock am 20. Juli 1944,

[www.hausarbeiten.de/archiv/geschichte/gesch-o-stauffenatt/gesch-o-stauffenatt.shtml](http://www.hausarbeiten.de/archiv/geschichte/gesch-o-stauffenatt/gesch-o-stauffenatt.shtml) 15.7.2002

Bild Claus Schenk Graf von Stauffenberg,

[www.nrw2000.de/ausstellung/koepfe/stauffenber.htm](http://www.nrw2000.de/ausstellung/koepfe/stauffenber.htm) 13.7.2002

Bild Ludwig Beck,

[www.gdw-berlin.de/b01/bio/b1-bio-lb1-d.htm](http://www.gdw-berlin.de/b01/bio/b1-bio-lb1-d.htm)

Bild Carl Friedrich Goerdeler,

[www.gdw-berlin.de/b13/bio/b13-bio3-cg1-e.htm](http://www.gdw-berlin.de/b13/bio/b13-bio3-cg1-e.htm)

Bild Sophie Scholl,

[www.sophie-scholl-schule.de/biograf.htm](http://www.sophie-scholl-schule.de/biograf.htm)

Bild Hans Scholl,

[www.bm.shuttle.de/bm/scholl-gym](http://www.bm.shuttle.de/bm/scholl-gym)

Bild Gedenktafel im Innenhof, eigene Fotorecherche

## 11 Die Seelower Höhen und Küstrin

**„Ewig unvergessen seid ihr Sowjetsoldaten  
Eingemeißelt den Steinen  
Dauern die Namen  
Eingeprägt dem Gedächtnis  
Leben die Taten  
Ihr gabt euer Leben  
Uns vom Faschismus und Krieg zu befreien  
Was euch brannte  
Soll uns Fackel sein“**

Ehrenmal Seelower Höhen

Im Zuge des Seminars an der Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr fand am 16.05.02 eine Rundfahrt durch Brandenburg statt. Ziele der Fahrt waren dabei auch die Gedenkstätte Seelower Höhen und die Stadt Küstrin an der deutsch-polnischen Grenze. Beide Orte stehen für die blutigste Schlacht im 2. Weltkrieg auf deutschem Boden und den letzten erbitterten Widerstand der Wehrmacht gegen die Rote Armee.

## **11.1 Besuchsziele**

### **11.1.1 Gedenkstätte Seelower Höhen / Oderbruch**

Die Gedenkstätte Seelower Höhen setzt sich aus drei Elementen der Erinnerung zusammen. Direkt nach dem Sieg der Roten Armee und deren Einzug in Berlin wurde den getöteten Soldaten am Oderbruch ein Denkmal gesetzt, in Form einer 4,50 m hohen Bronzestatue, die einen russischen Soldaten darstellt. Diese wurde im letzten Jahr mit hohem Aufwand restauriert.

Unterhalb des Denkmals und direkt am Oderbruch befinden sich russische Ehrengräber, dort wo die Rote Armee beim Sturm dieser Höhe massive Verluste erlitt. Grabsteine, Gedenktafeln und regelmäßige Kranzniederlegungen sollen die Erinnerung an die russischen, aber auch deutschen Opfer wach halten.

Bis 1994 wurden Tote, die bei Ausgrabungen am Oderbruch entdeckt wurden, beigesetzt. Insgesamt wurden 50.000 sowjetische Opfer auf deutschem Boden beerdigt. Neben den Gräbern und dem Denkmal stellt das 1972 errichtete Museum das dritte Element der Gedenkstätte Seelower Höhen da.

Ein Hauptaugenmerk wurde auf die Ausstellung von Original-Gegenständen gelegt, so sind Panzer und andere Waffen zu sehen, ebenso wie Uniformen, Papiere und andere persönliche Gegenstände. In Form von Miniaturdarstellungen, Dokumentarfilmen und Informationstafeln (Fotos, Augenzeugenberichte u.v.m.) wird die Schlacht detailliert und sehr interessant dargestellt.

Bis zur Wende 1990 stellt die Gedenkstätte in erster Linie ein Symbol für den sowjetischen Heldenmut da. Jährlich besuchten 50.000 Menschen die Gedenkstätte, zumeist Schulklassen und NVA-Soldaten.

Nach der Wende wurde über die Schließung der Gedenkstätte nachgedacht, da sie ein Relikt der sowjetischen Vorherrschaft darstellte, doch letztendlich blieb die Gedenkstätte und stellt heute ein eindrucksvolles Zeugnis dieser historischen Schlacht da.

### **11.1.2 Küstrin**

Nach dem Besuch der Seelower Gedenkstätte erfolgte die Fahrt nach Küstrin. Seit dem Ende des 2. Weltkrieges ist die Stadt geteilt, der größere Teil liegt auf polnischem Gebiet, nur der Stadtteil Küstrin-Kiez befindet sich auf der deutschen Seite. Vor dem 2. Weltkrieg hatte sich die ehemalige reine Militärstadt zu einer lebendigen Stadt entwickelt, um das Schloss und die Festungsanlagen hatte sich eine Altstadt mit einem Rathaus, Hotels, Läden und anderen Gebäuden gebildet. Küstrin zählte um 1930 26.000 Einwohner.

Doch im Zuge der gescheiterten Russland-Offensive der Wehrmacht und der darauffolgenden Gegenoffensive der Roten Armee wurde Küstrin zu einem der letzten Bollwerke gegen den russischen Ansturm, die 9. Armee der Wehrmacht verbarrikadierte sich in der Stadt, und es gelang ihr mit Hilfe des Volkssturms einige Angriffe der Roten Armee auf die Stadt abzuwehren, doch letztendlich wurde der Druck zu stark, und die Stadt fiel in die Hände der Russen. Die Folgen dieser Kampfhandlungen sind

auch noch heute deutlich sichtbar. Insgesamt schossen die Soldaten der Roten Armee 11.000 Artillerie-Geschosse (Stalin-Orgel, 21er Mörser u.a.) auf den Kern der Stadt. Auch die nachfolgenden Häuserkämpfe zwischen der Roten Armee und der Wehrmacht hinterließen ihre Spuren, genauso wie die Sprengung von Brücken durch die Wehrmacht und die anschließenden Plünderungen und Zerstörungen durch die Rote Armee nach der Einnahme. Die Folgen aus den Kampfhandlungen sind schockierend: Die Altstadt wurde zu 98% zerstört, von den historischen Gebäuden sind bestenfalls noch Mauerreste erkennbar. Aber auch in den anderen Stadtteilen wurden 90% der Gebäude zerstört. Aber nicht nur die Stadt Küstrin war von der Schlacht am Oderbruch betroffen, sondern auch die angrenzenden Dörfer, 80 –90 % von ihnen wurden im Schlachtverlauf ausradiert.

Auch 57 Jahre nach der Schlacht sind die Folgen in der Gegend unübersehbar und damit eine eindrucksvolle und beschwörende Warnung vor Krieg und Gewalt.

## **11.2 Die Schlacht um Küstrin und Seelow im Kontext des Zweiten Weltkrieges**

### **11.2.1 Lage Anfang 1945**

Ende 1944 hatte die Wehrmacht ihre letzte große Offensive des Krieges in den Ardennen<sup>1</sup> gestartet, die aber nach einigen Tagen bereits stecken geblieben war.

General Heinz Guderian, der Generalstabschef des Heeres, forderte Hitler auf, die Offensive einzustellen und die dafür entbehrlichen Divisionen an die Ostfront zu verlegen. Hitler wischte die Zahlen Guderians über die Stärke der russischen Truppen zurück und sprach vom „größten Bluff seit Dschingis Khan“. Er war nicht bereit, Reserven durch den Abzug von Truppen aus dem Westen, aus Norwegen oder aus Kurland zu schaffen; die Ostfront musste sehen, wie sie selbst zurecht kam.

Hitler war militärisch bankrott. Jetzt konnte er nur noch weiter kämpfen, um Zeit zu gewinnen – und darüber war er sich durchaus im klaren. Die Frage war nur, welche der beiden Seiten länger aushalten werde.

### **11.2.2 Russische Offensive 1945**

Die Russen begannen ihre Offensive am 12. Januar 1945 entlang der Weichsel. Hitler verlegte zwei Infanteriedivisionen aus dem Westen an die Ostfront, war aber nicht bereit, Budapest auf-

---

<sup>1</sup> bewaldetes Gebiet im Osten Belgiens

zugeben oder noch weitere Kräfte von der Südost-Front abziehen.

Die russische Offensive verlief, ohne ins Stocken zu geraten, in drei Wochen bis an die Oder bei Küstrin. Aus übertriebener Vorsicht heraus zögerten sie allerdings bei der Durchführung der zweiten Phase, der Überquerung der Oder. Am 17. Februar erteilte die Stawka<sup>2</sup> General Schukow den Auftrag, vor dem Angriff auf Berlin das Ostufer der Oder zu säubern<sup>3</sup>.

Mit einer gewissen Verzögerung brach die 1. Weißrussische Front am 22. März aus ihren Brückenköpfen beiderseits von Küstrin aus und schloss die Garnison der Küstriner Altstadt ein (Küstrin-Neustadt östlich der Oder war schon früher gefallen). Ein Gegenstoß zweier Panzerdivisionen, die ursprünglich mit von Frankfurt/Oder aus hatten angreifen sollen, blieb am 24. März liegen.

Nachdem die Rote Armee Küstrin erobert hatte, sammelten sich dort die Truppen um auch den letzten Widerstand der Deutschen am Oderbruch zu brechen, denn dorthin hatten sich Teile der Wehrmacht zurückgezogen, nachdem Küstrin gefallen war. Am 14. April 1945 begann die Russische Armee ihren Angriff auf den Oderbruch, neben der Artillerie (diese beschoss den deutschen Verteidigungsschwerpunkt vor dem Frontalangriff 30 Minuten lang) wurde auch die Luftwaffe eingesetzt, um die Wehrmacht zu zermürben. Doch die ersten Angriffe der russischen Infanterie konnten durch die Verteidigung zurückgeschlagen werden. Dies lag auch daran, dass zwei russische Armeeeinheiten unter konkurrierenden Generälen sich

---

<sup>2</sup> *Russisches Oberkommando*

<sup>3</sup> *militärischer Ausdruck*

gegenseitig behinderten. Auch am zweiten Angriffstag konnte die Rote Armee nur vereinzelte Gebietsgewinne verzeichnen, erst am 18. April gelang der russischen Infanterie der Durchbruch. Noch heute fragen sich Historiker, warum Hitler die Truppen (diese bestanden neben der 9. Wehrmachtarmee aus Polizisten, Jugendlichen aus der HJ und Angehörigen des Volkssturms) am Oderbruch nicht verstärkt hatte, doch der Führer war kein Freund von Abwehrkämpfen, er wollte einen Sieg, der die Welt aufhorchen lassen würde. Das schien ihm Ungarn zu bieten. Um es kurz zu sagen, die „Offensive“ bei Budapest blieb Anfang März nach wenigen Tagen stecken, die letzten operativen Reserven waren verbraucht.

### **11.2.3 Der Schlacht um Berlin**

Hitler ernannte Berlin zur „Festung“. Die Bezeichnung „Festung“ verwendete Hitler ab Stalingrad 1942 immer öfter. Die Besatzungen hatten regelmäßig zwei Aufträge: sie mussten die Festung halten, bis sie entsetzt wurden oder bis Hitler ihre Räumung gestattete - beides kam selten genug vor -, oder so lange Widerstand zu leisten, damit der feindliche Vormarsch durch den Kampf um die Festung aufgehalten wurde.

Der sogenannte „Führer“ war sich zweifellos darüber im klaren, dass Berlin und Mitteldeutschland – falls überhaupt – nur an der Oder, nicht aber an der Berliner S-Bahn verteidigt werden konnte.

Anfang April stellten die Deutschen eine neue Armee auf, die 12. Armee unter General Wenk.



Ab dem 17. April erst begann die entscheidende Offensive um Berlin. Die Armee Wenk, letzte „Hoffnung“ Hitlers, war zu schwach und kam nicht dazu, Berlin zu besetzen. Das Ende dürfte bekannt sein, Hitler verübte Selbstmord; Berlin kapitulierte am 2. Mai und die gesamte Wehrmacht am 8. Mai.

### **11.3 Nachbetrachtung**

Ohne das Zögern der Russen an der Oder hätte der Krieg womöglich ganz anders geendet und unberechenbar andere Folgen für Deutschland und Europa gehabt. Um es zu verdeutlichen: Ende Januar hatten die Russen bei Küstrin 65km von Berlin gestanden und die Amerikaner hatten die vor der Ardennenoffensive gehaltene Stellung erreicht. Mit Ausnahme einer 80 km breiten Einbruchsstelle östlich von Aachen hatten die Amerikaner und Engländer den deutschen Westwall noch an keiner Stelle durchbrochen. Man kann davon ausgehen, dass die Russen ansonsten auch einige Teile Westdeutschlands erobert hätten.

Die Einnahme einer intakten Rheinbrücke am 7. März in Remagen beschleunigte den Vormarsch der Westalliierten jedoch. Im April 1945 trafen sich die Amerikaner und Russen bei Torgau an der Elbe.

Die Westalliierten konnten insofern bei der Einteilung der Besatzungszonen ein größeres Stück des besiegten Deutschland für sich beanspruchen.

### 11.4 Die Schlacht um die Seelower Höhen (Grafik und Zahlen):

Bei der Schlacht um die Seelower Höhen starben 33.000 sowjetische, 12.000 deutsche und 5.000 polnische Soldaten. Die Verteidigung des Oderbruchs lag in der Verantwortung der 9. Armee der Wehrmacht, doch gegen die 1. Weißrussische Front der Roten Armee konnte sie nicht bestehen, dies belegen die Relationen zwischen der Kampfstärke der Deutschen und Russen<sup>4</sup>:

	1. Weissrussische Front	9. Armee	Relation
Soldaten	908.500	200.000	4,5 : 1
Panzer	3.155	512	6,0 : 1
Artillerie-Geschütze	17.824	2.753	6,5 : 1
Luftwaffe	3.188	300	10,6 : 1

---

<sup>4</sup> (Quelle: Begleitbroschüre zur Ausstellung im Museum Seelower Höhen)

## **12 Die Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße**

- im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit (MfS)



### **12.1 Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik**

Die Deutsche Wehrmacht hatte am 8. Mai 1945 bedingungslos kapituliert. Das besiegte Deutschland wurde von den alliierten Siegermächten in vier Besatzungszonen unterteilt, eine davon war die sowjetische. Am 9.6.1945 wurde in Berlin-Karlshorst die



**Abbildung 31**  
**Erich Mielke**

Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) eingerichtet. Auf Befehl dieser sowjetischen Militäradministration wurde am 30.7.1946 eine Deutsche Verwaltung des Innern (Dvdl) zur Koordination der Polizei in der SBZ gebildet. Präsident eben jener Verwaltung wurde der vorherige Landespolizeichef von Thüringen, Erich Reschke, seine Vizepräsidenten waren neben Willi Seifert und Kurt Wagner eben auch Erich Mielke.

Während der Berlinblockade beschließt das Politbüro der KPdSU am 28.12.1948 die Bildung der "Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft", eines Vorläufers des späteren Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Am 6.5.1949, kurz vor Ende der Berlin-Blockade, werden die politischen Kommissariate K 5 aus der Kriminalpolizei herausgelöst und bilden eine eigenständige politische Polizei, welche unter Führung von Erich Mielke wenige Monate später als Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft in das neu gebildete Ministerium des Innern der DDR eingeht.

Am 24.1.1950 beschließt das SED-Politbüro die Bildung eines eigenständigen Ministeriums für Staatssicherheit, als dessen erster Minister ab dem 16.2. desselben Jahres Wilhelm Zaisser agiert. Zu seinem Stellvertreter wird Erich Mielke ernannt.

Am 1.3.1951 übergibt die UdSSR ihr zentrales Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen dem MfS, welches dieses von nun an als sein zentrales Untersuchungsgefängnis weiterführt. Im Juni desselben Jahres eröffnet das MfS in Potsdam-Eiche seine zentrale Schulungsstätte zur Ausbildung seiner Mitar-

beiter für die operative Arbeit. Auf Beschluss des Politbüros der KPdSU wird zwei Monate später zusätzlich ein sog. Außenpolitischer Nachrichtendienst (APN), der Vorläufer der späteren Hauptverwaltung Aufklärung, gegründet und unter einer Tarnbezeichnung beim Außenministerium der DDR angesiedelt.

Die administrative Neugliederung der DDR vom 23.7.1952, welche gleichbedeutend mit der Auflösung der Länderstrukturen war, machte eine Neustrukturierung des MfS erforderlich, die sich in der Gründung von 14 Bezirks- und 217 Kreisverwaltungen niederschlug.

Im Zusammenhang mit dem von der sowjetischen Besatzungsmacht niedergeschlagenen Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wird Wilhelm Zaisser als Minister des MfS entlassen. Zum neuen Chef der Staatssicherheit wird Ernst Wollweber ernannt. Gleichzeitig wird der von Markus Wolf geleitete sog. "Außenpolitische Nachrichtendienst" (APN) als Hauptabteilung XV in den Staatssicherheitsdienst eingegliedert. Dieser wiederum verliert vorläufig seinen Status als eigenständiges Ministerium und wird dem Innenministerium der DDR als Staatssekretariat untergeordnet. Im Mai 1955 wird die zeitweilig ausgegliederte Deutsche Grenzpolizei (DG) wieder der Staatssicherheit unterstellt. Ein halbes Jahr später erhält die Staatssicherheit ihren Status als eigenständiges Ministerium zurück; Minister wird der ehemalige Seemann Ernst Wollweber, zu seinem Ersten Stellvertreter avanciert Erich Mielke.



**Abbildung 32**  
**Ernst Wollweber**

Im Mai des darauffolgenden Jahres wird die Hauptabteilung XV des MfS unter Führung von Markus Wolf offiziell in Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) umbenannt. Am 15.2.1957 werden die bis dato dem MfS als sog. "Innere Truppen" unterstehenden paramilitärischen Einheiten in das MdI (Ministerium des Innern) überführt. Einzig das Wachregiment Berlin verbleibt im Kommandobereich des Staatssicherheitsdienstes.



**Abbildung 33**  
**Markus Wolf 1955**

Im Oktober desselben Jahres löst Erich Mielke den vorgeblich aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Ernst Wollweber als Minister für Staatssicherheit ab.

Zu Beginn des Jahres 1960 wird MfS-Minister Erich Mielke Mitglied im neugegründeten "Nationalen Verteidigungsrat" (NVR) der DDR. Einen Monat nach dem im August 1961 erfolgten Mauerbau wird die in Grenztruppen der DDR umbenannte Deutsche Grenzpolizei dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt. Lediglich der Nachrichtendienst der Grenztruppen, die sog. "operative Grenzaufklärung", verbleibt im Kommandobereich der Staatssicherheit. Am 1. Juni 1962 übernimmt das MfS die Sabotageeinheit (Verwaltung 15) der Nationalen Volksarmee, ab Januar 1962 bildet das MfS gezielt militärische Einzelkämpfer wie Sprengspezialisten aus.

Zur weiteren gesellschaftlichen Etablierung der Staatssicherheit wird der MfS-Hochschule Potsdam-Eiche am 29.6.1965 der Status einer "Hochschule für die juristische Ausbildung" verliehen. Im Dezember 1967 wird dem Wachregiment des MfS der "Ehren-

name" Feliks E. Dzierzynski, Gründer der sowjetischen Geheimpolizei Tscheka, verliehen. Dennoch bleibt das Statut des Ministeriums für Staatssicherheit weiterhin geheim, als solches wird es gar vom Nationalen Verteidigungsrat der DDR am 30.7.1969 bestätigt.

In Zusammenhang mit dem gestiegenen Transitverkehr wird am Jahresanfang 1971 eine neue Hauptabteilung VI im MfS gegründet, welche den Reiseverkehr und die Passkontrollen sichern soll. Wenige Monate später steigt Erich Mielke auf dem VIII. Parteitag der SED zum Kandidaten des Politbüros des ZK der neuerdings von Erich Honecker geführten SED auf.

Im April 1974 wird der bis dato folgenschwerste Spionagefall in der BRD aufgedeckt: Günter Guillaume, persönlicher Referent von Bundeskanzler Willi Brandt, hatte jahrelang geheime Informationen an des MfS weitergegeben. Als Folge hiervon tritt Brandt zurück.

Am 1.8.1975 erteilt Mielke den Befehl zur Bildung einer Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) im MfS zur Bekämpfung sog. "Republikflüchtlingen" und Ausreisewilligen. Am 19.1.1979, dem 56. Geburtstag von HVA-Chef Wolf, läuft Oberleutnant Werner Stiller aus der MfS-Auslandsspionage zum Bundesnachrichtendienst über. Besagter HVA-Chef Wolf bleibt bis zum März 1987 im Amt, danach übernimmt Generalleutnant Werner Großmann seinen Posten.

Im November desselben Jahres wird die evangelische Zionsgemeinde in Ostberlin von Mitarbeitern der Generalstaatsanwaltschaft und der Staatssicherheit durchsucht. Zwar werden sieben festgenommene Personen aufgrund westlicher Proteste wenige

Tage später wieder freigelassen, doch sind in den darauffolgenden Tagen weitere oppositionelle Gruppen in anderen Städten der DDR Opfer staatlicher Repressionsmaßnahmen.

Der Herbst 1989 konfrontierte den Machtapparat der DDR mit einem bisher nicht gekanntem Aufbegehren (Abbildung 34) gegen die Allmacht der SED und des MfS: Anfang Oktober wurden nach schweren Ausschreitungen zwischen Ausreisewilligen, Demonstranten und Sicherheitskräften in Dresden mehr als 1300 Personen festgenommen, gleichzeitig kommt es auch in Ostberlin im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR zu zahlreichen Übergriffen der staatlichen Sicherheitsorgane. Nach der Ablösung Honeckers als Staats- und Parteichef und angesichts der nicht mehr aufhaltbar erscheinenden "Wende" gibt Erich Mielke am 6.11.1989 den Bezirksdienststellen den Befehl zur Vernichtung bzw. Auslagerung brisanten dienstlichen Materials.



**Abbildung 34**

Wenige Tage später, am 17.11.1989, benennt die Volkskammer der DDR das MfS in "Amt für Nationale Sicherheit" (AfNS) um, Leiter dieser Behörde wird der bisherige Mielke-Stellvertreter Wolfgang Schwanzitz. Dies kann jedoch nicht mehr verhindern, dass ab dem 4.12.1989 aufgebrachte Bürger immer mehr Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen der Staatssicherheit besetzen, um die Vernichtung von Beweismaterial zu verhindern.

Als Folge hiervon beschließt die neue DDR-Regierung unter Modrow am 14.12.1989 die Auflösung des AfNS und den Aufbau ei-



nes Verfassungsschutzes und Nachrichtendienstes nach westdeutschem Vorbild.

Dennoch stürmen aufgebrachte DDR-Bürger am 15.1.1990 aus einer Demonstration heraus das Ministerium für Staatssicherheit in der Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg und besetzen den Gebäudekomplex.

Wenige Wochen später wird ein "Komitee zur Auflösung des ehemaligen AfNS" eingerichtet, welches in Zusammenarbeit mit drei zivilen Regierungsbeauftragten die endgültige Abwicklung der die Staatssicherheit betreffenden Angelegenheiten regeln soll.<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> <http://www.stasimuseum.de>,

Werner Kalinka, Manfred Schnell: *Stasi und kein Ende*, Ullstein Verlag  
1991

## **12.2 Chronologie der Auflösung des MfS**

**1989**

Es setzt eine Massenfluchtbewegung von Ostdeutschen über Ungarn und die CSSR in die Bundesrepublik ein.

**Oktober**

Während des 40. Jahrestages der DDR ereignen sich auf dem gesamten Gebiet der DDR Demonstrationen, die vom MfS und der Volkspolizei unter massiven Übergriffen beendet werden.

**9. November**

Die Mauer fällt.

**13. November**

Erich Mielke hält seine letzte, denkwürdige Rede (Ich liebe doch alle!) vor der Volkskammer.

**Dezember**

Das Politbüro der DDR tritt zurück. Der neue Ministerpräsident Modrow benennt das MfS in Amt AfNS um. Leiter wird Mielkes ehemaliger Stellvertreter Schwanitz. Die Bevölkerung fordert die Auflösung des Amtes und besetzt Stellen der Stasi in den Bezirken.

**1990****15. Januar**

Die Zentrale des MfS/AfNS in der Berliner Normannenstrasse wird besetzt. In der Folge wird das MfS/AfNS von staatlichen sowie Bürgerkomitees aufgelöst. Die von der Modrow-Regierung geplante Schaffung eines Verfassungsschutzes und eines Nachrichtendienstes, wird von der Bevölkerung und dem „Runden Tisch“ abgelehnt.

**Februar**

Die Gründung eines staatlichen Komitees zur Auflösung des AfNS/MfS wird vollzogen.

**18. März**

Die ersten freien Volkskammerwahlen finden statt. Es wird die Forderung nach Überprüfung der neugewählten Parlamentarier auf inoffizielle Stasi-Mitarbeit erhoben.

**April**

Als neuer Regierungschef veranlasst Lothar de Maizière die Entlassung der hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter, wobei großzügige Übergangsgelder gezahlt werden. Volkskammerabgeordnete erklären sich bereit, sich auf IM-Tätigkeit überprüfen zu lassen. Die Ergebnisse der Untersuchung werden nicht veröffentlicht.

**Mai**

Der neue Innenminister Diestel bezieht erst nach Protesten in allen Bezirken die Bürgerkomitees in die Stasi-Auflösung ein. Forderungen nach seinem Rücktritt werden erhoben, als er Markus Wolf eine Beraterrolle anbietet.

### **Juni**

Die Tageszeitung (taz) veröffentlicht Adressen von ehemaligen konspirativen Wohnungen der Stasi. Die Ermittlungsverfahren gegen Mielke wegen Unterstützung terroristischer Vereinigungen werden eingeleitet.

### **Juli**

Der Volkskammerausschuss zur Überprüfung der Abgeordneten protestiert gegen die geplante weitere Aktenvernichtung. Der Innenminister Diestel verwehrt aus „Datenschutzgründen“ die Einsicht in personengebundene Akten, während der Ausschussvorsitzende Joachim Gauck auf die große Zahl von OibE (Stasi-Offiziere im besonderen Einsatz) in Schlüsselpositionen verweist.

### **August**

Die Volkskammer beschließt, dass die Stasi-Akten im DDR-Innenministerium verbleiben. Es sollen ehemalige Mitarbeiter des MfS aus Leitungspositionen und dem Öffentlichen Dienst entfernt werden.

### **September**

Das zentrale MfS-Archiv in der Normannenstrasse wird besetzt. Bürgerrechtler treten in einen Hungerstreik, um ihren Forderungen nach Akteneinsicht Nachdruck zu verleihen. De Maizière will jedoch eine persönliche Akteneinsicht nicht zulassen. Später wird Joachim Gauck zum Sonderbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ernannt.

**3. Oktober**

Die DDR tritt der Bundesrepublik Deutschland bei. Die Bundesregierung beauftragt die Treuhandanstalt mit der finanziellen Abwicklung des Stasi-Vermögens. Die mit der Auflösung der Stasi befassten Institutionen stellen ihre Tätigkeit ein.

## **12.3 Die Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße**

### **12.3.1 Geschichte**

Getragen durch die zahlreichen Demonstrationen und der sich abzeichnenden Auflösung des SED-Herrschaftssystems stürmten am Abend des 15. Januar 1990 Demonstranten das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Berlin-Lichtenberg und nahmen es in Besitz. Bereits eine Woche später beschloss der Zentrale Runde Tisch, dass im Haus 1 der Stasi-Zentrale eine Forschungs- und Gedenkstätte eingerichtet werden soll.

Daraus resultierend fasste die neue DDR-Regierung, die nach der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 hervorgegangen war, diesbezüglich einen Beschluss, der aber aufgrund der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 nicht mehr umgesetzt werden konnte, da sich die zuständigen Ministerien im Zuge der Wiedervereinigung auflösten.

Um den Gedanken einer Forschungs- und Gedenkstätte dennoch aufrechterhalten zu können, gründete sich im Sommer 1990 der aus Mitgliedern des Bürgerkomitees und Bürgerrechtlern bestehende Verein „Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße“ (ASTAK), der den Aufbau koordinierte und für dieses Projekt zudem die Trägerschaft übernahm, da sich zu diesem Zeitpunkt keine öffentliche Institution dazu bereit erklärte.

Nach der Aufbauzeit, die durch zahlreiche Probleme gekennzeichnet war, insbesondere durch die bis heute nicht geklärten Eigentumsverhältnisse für das Haus 1 und die latent vorhandenen Finanznöte, wurde die Forschungs- und Gedenkstätte am 7. November 1990 für Besucher eröffnet. Zur Entspannung der Situation kam es erst im Herbst 1991, als eine 13 Stellen umfassende Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) für zwei Jahre eingerichtet wurde, wodurch Personalkosten abgedeckt und Anschaffungen bezahlt werden konnten.

Im Sommer 1993 vereinbarten das Bundesministerium des Innern (BMI) und die Berliner Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten, dass die Forschungs- und Gedenkstätte künftig von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen betrieben werden soll. Die ASTAK wurde aufgefordert, die Räumlichkeiten und den Ausstellungsbetrieb zum 1. November 1993 an die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zu übergeben. Dieses Ansinnen wurde von der Mitgliederversammlung des Vereins abgelehnt.

Im November 2000 stellte schließlich die CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag einen Antrag bezüglich der finanziellen Förderung verschiedener Gedenkstätten der SED-Diktatur - so u.a. der Forschungs- u. Gedenkstätte Normannenstraße.

Nach kontroverser Aussprache im Deutschen Bundestag am 18.01.2001 wurde der Antrag in die zuständigen Ausschüsse - unter Federführung des Ausschusses für Kultur und Medien - verwiesen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Bundestagsitzung v. 18.01.2001, Protokoll Seiten 14143140.58 bis 14143140.63

Der entsprechende Antrag wurde im Oktober 2001 von dem Bundestagsausschuss für Kultur und Medien mit den Stimmen der Koalitionsfraktion gegen die Stimmen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt. Die Ablehnung wurde mit fehlendem Handlungsbedarf einerseits und der Länderzuständigkeit bezüglich Gedenkstätten andererseits begründet.

Gegenwärtig wird die Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße durch Projektmittel des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (Fördermittel 2002: 150.000 EUR) und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Fördermittel 2002: 200.000 EUR) finanziell unterstützt.<sup>2</sup>

Weitere Einnahmen stammen aus den Eintrittspreisen und Spenden.

### **12.3.2 Gegenwart**

Ziel des ASTAK-Vereines ist die Förderung einer kritischen Auseinandersetzung mit dem politischen System in der DDR.

Seit der Eröffnung der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße wird ständig am Auf- und Ausbau der Dauerausstellung gearbeitet. Schwerpunkt der Ausstellung sind die Amts- und Arbeitsräume vom letzten Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, die sich noch im Originalzustand befinden. Darüber hinaus können verschiedene Ausstellungsstücke zum politischen System in der DDR, zur Tätigkeit des Ministerium für Staatssicherheit sowie zum Widerstand und der Opposition in der DDR be-

---

<sup>2</sup> *lt. Auskunft des LStU-Berlin v. 08.07.2002 (per Email)*



sichtigt werden. Des weiteren werden nach Vereinbarung auch Veranstaltungsreihen sowie ein- bzw. zweitägige Seminare zum SED-Herrschaftssystem und dem MfS angeboten.

Trotz der allgemeinen gegenläufigen Meinung, die Aufklärung der SED-Vergangenheit stoße in der Öffentlichkeit auf wenig Interesse, steigen die Besucherzahlen stetig an. So konnten im Jahr 1998 fast 50.000 Besucher gezählt werden.<sup>3</sup> 1992 hatte die Zahl der Besucher lediglich 25.000 betragen.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> *Prospekt des ASTAK-Vereins*

<sup>4</sup> <http://www.stasimuseum.de>

## 12.4 Anlagen

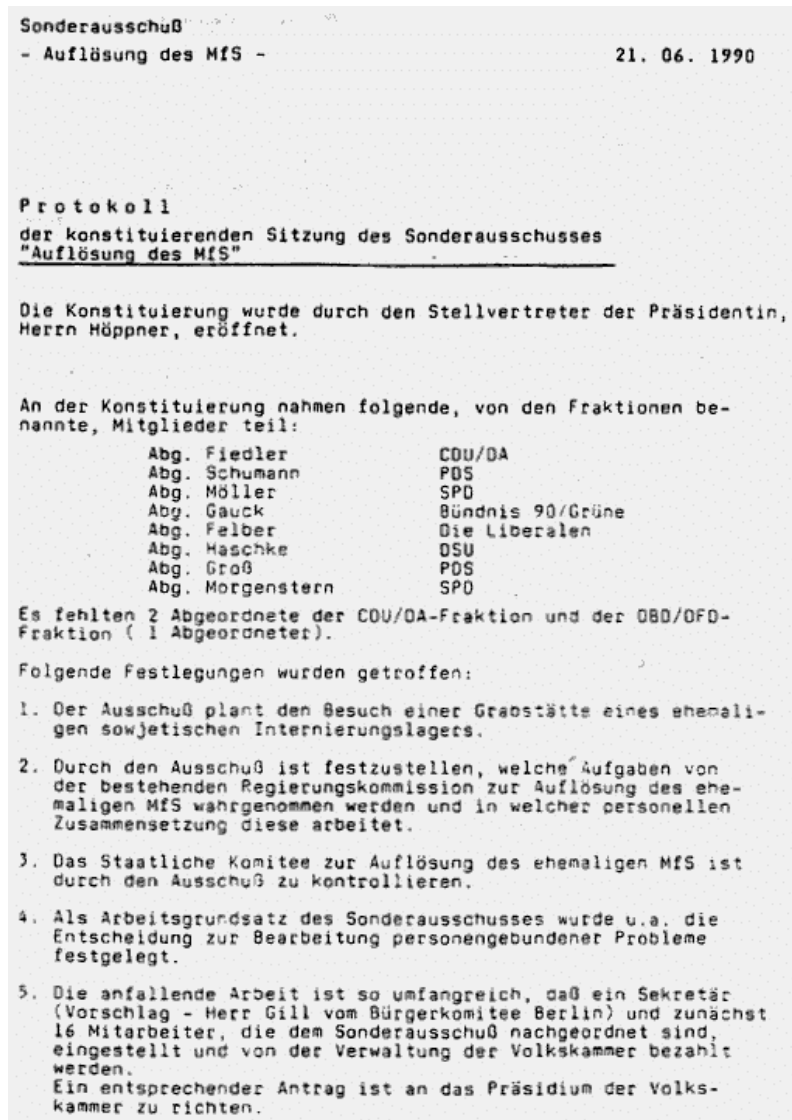


Abbildung 35: Sonderausschuss Auflösung MfS, 21. Juni '90<sup>1</sup> Teil 1

6. Personelle Vorstellungen für die o.g. 16 Mitarbeiter sind von den Bürgerkomitees an den Sonderausschuß zu übergeben. Die endgültige Auswahl und die Einstellungsgespräche werden von den Mitgliedern des Ausschusses vorgenommen.
7. Alle Mitarbeiter sind zur Geheimhaltung zu verpflichten.
8. Als Vorsitzender des Sonderausschusses wurde Herr Gauck gewählt.  
Ein Stellvertreter für Herrn Gauck wird in der nächsten Beratung benannt.
9. Die nächste Beratung des Sonderausschusses "Auflösung des MfS" findet am 26. 06. 1990, 13.00 Uhr, im HdP, Zimmer 3010, statt.  
Tagesordnung:
  1. Weitere Verständigung zu den nächsten Aufgaben
  2. Klärung der Vertretung im Sonderausschuß durch Fraktionskollegen
  3. Beratung und Festlegung der Befugnisse der Mitarbeiter

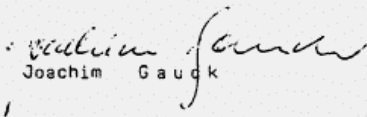
  
Joachim Gauck

Abbildung 36: Sonderausschuss Auflösung MfS, 21.Juni '90<sup>1</sup> Teil 2

ZTZ

**TELEGRAMM**  
(Nichtzutreffendes streichen)

EINGANG AUSGANG

Dringlichkeit: \_\_\_\_\_ GKS GVS WS Fu/FS-Nr.: \_\_\_\_\_  
 Absender: GO der SED der KD Gera des MfS  
 Empfänger: MfS, SED-Kreisleitung

Gera, den 14. 11. 1989

Mit tiefer Bestürzung und großer Enttäuschung hat die Mehrheit unserer Genossinnen und Genossen das Auftreten des Gen. Mielko vor der Volkskammer am 13. 11. 89 aufgenommen.

Angeichts der gegenwärtigen Lage vertreten die Mitarbeiter der KD Gera die Meinung, daß die Äußerungen und das Auftreten des langjährigen Ministers für Staatssicherheit nicht dazu geeignet waren, die Rolle des MfS und seinen Beitrag bei der Entwicklung der DDR auch nur annähernd glaubwürdig und objektiv darzulegen.

Das Gelächter der Abgeordneten der Volkskammer über das Auftreten des Ministers hat die Mitarbeiter des MfS in den Augen der Werktätigen und darüber hinaus weltweit diskreditiert und unsere ohnehin schwierige Situation weiter zugespißt.

Mit großer Erschütterung haben auch unsere Ehepartner und Kinder, Freunde und Bekannten, diesen Auftritt miterleben müssen und sehen sich somit Zweifeln und verstärkten persönlichen Angriffen ausgesetzt.

Als besonders schwerwiegend sind die Einbrüche unter Patrioten anzusehen, die sich im Stich gelassen fühlen.

Unsere Enttäuschung bezieht sich aber analog auf die Leitung des Ministeriums, die nicht in der Lage war, einen solchen verfehlten Auftritt zu verhindern.

Die Mitarbeiter der KD Gera stellen sich weiterhin der Erfüllung des Fahneideals, fragen aber gleichzeitig: Wie stellt sich die Leitung des MfS der innenpolitischen Situation?

Wir fordern eine öffentliche Stellungnahme eines kompetenten Vertreters des MfS zu diesem unwürdigen Auftritt des Gen. Mielko und Weiterleitung unseres Schreibens an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Gen. Dr. Hans Modrow, und an den Generalsekretär des ZK der SED, Gen. Egon Krenz.  
 Im Auftrage der GO der KD Gera des MfS

gez. Wlassak  
 GO-Sekretär

Durchschläge/Durchschriften: \_\_\_\_\_ Stk. Geschrieben: \_\_\_\_\_ Gesehen: \_\_\_\_\_

Eingangsdatum: \_\_\_\_\_ Uhrzeit: \_\_\_\_\_ Anfang: \_\_\_\_\_ Ende: \_\_\_\_\_ Nachr.-Sachbearb.: \_\_\_\_\_

Abbildung 37

## 13 Checkpoint Charlie

**Protokoll zum Besuch des ehemaligen innerdeutschen Grenz-  
überganges „Checkpoint Charlie“ am 14.05.2002**



### 13.1 Geschichte des Checkpoint Charlie

Der Checkpoint Charlie war der wohl bekannteste Grenzübergang zwischen West und Ost.

Die insgesamt 45 km lange Berliner Mauer wurde von der Regierung der DDR unter Walter Ulbricht mit Unterstützung der Staaten des Warschauer Paktes ab dem 13. August 1961 errichtet.

Dieser so genannte „Antifaschistische Schutzwall“ sollte den anhaltenden Flüchtlingsstrom in die von den Westmächten besetzten Sektoren der Stadt unterbinden.

Nach Beginn des Mauerbaus und der damit verbundenen Abriegelung der innerdeutschen Grenzen durften ausländische Touristen, Diplomaten und Militärpersonal der Westalliierten Ostberlin nur noch über den Grenzübergang Bahnhof Friedrichstraße/Ecke Kochstraße betreten, den die Westalliierten zu diesem Zweck als dritten innerdeutschen Kontrollpunkt eingerichtet hatten. Die beiden anderen Übergänge befanden sich an der innerdeutschen Grenze bei Helmstedt und in Dreilinden an der DDR-Grenze zu Westberlin. Die Übergänge wurden nach dem US-amerikanischen Buchstabieralphabet „Alpha“ (Helmstedt), „Bravo“ (Dreilinden) und „Charlie“ (Berlin) benannt.

Hauptaufgabe des Checkpoint Charlie war es, die westlichen Alliierten vor dem Betreten Ostberlins zu registrieren und über den Aufenthalt in der Hauptstadt der DDR zu informieren.

Ausländische Touristen erhielten auch Informationen, wurden aber auf Westberliner Seite nicht kontrolliert.

Dass „Vopos“ im Oktober 1961 – entgegen den internationalen Abkommen - plötzlich von den amerikanischen Armeeehörigen bei der Einreise nach Ost-Berlin Ausweise forderten, führte dazu, dass sich am Checkpoint Charlie mehrere Tage lang amerikanische und sowjetische Panzer gegenüber standen und der Ost-West-Konflikt einen neuen Höhepunkt erlebte.

Regelmäßig wurde der Checkpoint Charlie Schauplatz von Versuchen einiger DDR-Bürger über die Grenze nach Westberlin zu flüchten.

So gelang z.B. im Jahr 1964 gleich neunmal die Flucht in einer umgebauten Isetta. Die Flüchtenden waren während des Grenzübertrittes jeweils in einem Hohlraum, in dem sich normalerweise die Heizung und die Batterie des Autos befinden, untergebracht. Die Isetta, das kleinste aller Autos, wurde von den Grenzern nicht vermessen, wie alle anderen Autos, welche die Grenze passierten, da man nicht glaubte, dass es möglich wäre, in diesem Fahrzeug einen Flüchtling zu verstecken.

Andere Fluchtversuche scheiterten auf tragische Weise kurz vor dem weißen Grenzstrich. So starb am 17. August 1962 der 18-jährige Peter Fechter im Todesstreifen vor den Augen der Weltöffentlichkeit. 50 Minuten lang lag er, nachdem DDR-Grenzposten auf den Flüchtenden geschossen hatten, verblutend und ohne ärztliche Hilfe an der Mauer. Westberliner Polizisten warfen ihm Verbandspäckchen zu. Er war jedoch bereits zu schwach, um sich selbst zu verbinden. Sterbend wurde er schließlich von DDR-Grenzposten weggetragen.

Beim Versuch, die Berliner Mauer Richtung Westen zu überwinden, kamen mehr als 70 Menschen ums Leben, zum Teil durch die Schüsse der Grenzsoldaten der Nationalen Volksarmee (NVA), die aufgrund eines „Schießbefehls“ von ihrer Waffe Gebrauch machten.

Im Jahr 1963 besuchten die führenden Repräsentanten der beiden verfeindeten Großmächte den Checkpoint Charlie.

Auf DDR-Seite besichtigte am 17. Januar 1963 der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow die Schranke gegenüber dem Kontrollpunkt Charlie.

Auf der Westberliner Seite stattete der US-amerikanische Präsident John F. Kennedy am 26. Juni 1963 dem Checkpoint Charlie einen Besuch ab.

Nach dem Mauerfall im November 1989 wurde der Checkpoint Charlie schließlich am 22. Juni 1990 im Beisein der Außenminister der vier ehemaligen Alliierten und der beiden deutschen Staaten in einer feierlichen Zeremonie abgebaut.

Der letzte Wachturm der DDR-Grenztruppen wurde von der Checkpoint Charlie Service Company, die Eigentümer des Grundstückes ist, am 9. Dezember 2000 in einer Nacht- und Nebel-Aktion unwiederbringlich abgerissen, um an seiner Stelle ein Bürohaus zu errichten.

## **13.2 Das Haus am Checkpoint Charlie**

### **Entstehungsgeschichte**

Entsetzt über den Mauerbau und die damit verbundene Teilung Berlins eröffnete Rainer Hildebrandt am 19. Oktober 1962 in einer 2 1/2 Zimmer-Wohnung in der berühmten Bernauer Straße die erste Ausstellung. Damals gehörte der nördliche Teil der Bernauer Straße zu West-Berlin, der südliche Teil zu Ost-Berlin. Die dort befindlichen Häuser waren vom Erdgeschoss bis unters Dach zugemauert.

Das große Interesse der Öffentlichkeit an dieser Ausstellung nahm Hildebrandt zum Anlass, nach größeren Räumen zu suchen. Am 14. Juni 1963 wurde das "Haus am Checkpoint Charlie" in der Friedrichstraße 45 eröffnet. Das Haus konnte auf täg-



lich 1.000 bis 2.000 Besucher verweisen und wurde in den Folgejahren immer weiter ausgebaut.

Die regelmäßigen und speziellen Ausstellungen sollten das „beste Grenzsicherungssystem der Welt“ darstellen und gleichzeitig die Unmenschlichkeit dieser Maßnahme verdeutlichen. Durch diese Art der Ausstellung warf man Hildebrandt in den 60iger Jahren eine Schürung des Hasses und Unterstützung gewaltsamer Aktivitäten gegen DDR-Einrichtungen vor. Ferner gab es Behauptungen, das Haus würde



**Abbildung 38**  
**Haus am Checkpoint Charlie**

durch seine eindeutige und in jeder Beziehung auf der Seite der Amerikaner stehende Position einen gewissen Beitrag zur Konfrontation leisten.

In den Folgejahren wurden die Themen der Ausstellung zwar nicht versöhnlicher, aber dennoch differenzierter und vielfältiger. So wurden 1973 „Maler interpretieren die Mauer“, 1976 "Berlin - Von der Frontstadt zur Brücke Europas" und 1984 "Von Gandhi bis Walesa - Gewaltfreier Kampf für Menschenrechte" ausgestellt. Das Haus am Checkpoint Charlie darf sich auch das erste Museum des internationalen gewaltfreien Kampfes nennen.

### **13.2.1 Ausstellungsthemen des „Haus am Checkpoint Charlie“**

Die Hauptthemen des Hauses sind die Geschichte der Mauer, die Organisation von Fluchten und die heimliche Arbeit der Opposition in der DDR.

Auch die kommunistische Unterdrückung in den anderen Ostblock-Staaten sowie der dortige Widerstand werden thematisiert. Auch werden der Geschichte der Solidarnosc, dem Aufstand in Ungarn wie auch dem Prager Frühling in der ehemaligen CSSR gedacht.

### **13.2.2 Ausstellungsgegenstände**

Das Museum zeigt heute eine Vielzahl von Exponaten und originalen Hilfsmitteln, die Menschen zu ihrer Flucht aus der DDR gebrauchten. Die aufgezählten Sachen sind dabei nur eine kleine Auswahl.

Unter den Exponaten befinden sich Dinge wie die Schreibmaschine der Charta 77, der Hektograph des illegalen Periodikums "Umweltblätter", Tagebuch und Sandalen von Mahatma Gandhi, die Totenmaske des Andrej Sacharow (Lebensgefährtin von Elena Bonner) und ein letzter originaler Mauerrest der Hinterlandmauer.

Als Fluchthilfsmittel können Gegenstände wie ein Heißluftballon, ein Fluchtauto, ein Sessellift, Koffer mit eingebauten Verstecken, ein Mini-U-Boot, ein unter Lebensgefahr abgebautes Selbstschussgerät sowie ein vom Mauerläufer John Runnings herausgeschlagenes Mauerstück der Rohraufgabe besichtigt werden.

### **13.2.3 Angebot des Museums**

Ein Angebot des Museums sind Führungen und Vorträge. Daneben werden täglich Filmvorführungen angeboten. Diese Spiel und Dokumentarfilme behandeln Themen wie „Der 17. Juni“, „Tunnelflucht“, „Flucht mit einem Ultra-Leichtflugzeug“, „John Runnings auf der Mauer“, „Das Ende der Mauer“ und Filme des gewaltfreien Widerstandes in der ehemaligen CSSR und Moskau

Ferner steht den Besuchern des Museums eine Bibliothek zur Verfügung mit den Schwerpunkten Nachkriegsgeschichte, Kalter Krieg, Propaganda, DDR, Mauer und Grenzsicherungssystem, Staatssicherheit, Vergangenheitsaufarbeitung, Aufstände und Umwälzungen im osteuropäischen Raum, friedliche Revolutionen 1989 und der gewaltfreie Kampf weltweit.

Publikationen des „Verlag Haus am Checkpoint Charlie“ können aus einem eigenen Verlagsprogramm entnommen werden. Bücher wie „Es geschah an der Mauer“, „Von Gandhi bis Waleisa - Gewaltfreier Kampf für Menschenrechte“ sind nur zwei Beispiele der Veröffentlichungen des Hauses.

Abschließend kann gesagt werden, dass das „Haus am Checkpoint Charlie“ mit dem Umzug in die Friedrichstraße 45 über 1.733 m<sup>2</sup> Ausstellungsfläche, verteilt auf drei verschiedene Häuser, verfügt. Derzeit wird an der Realisierung eines neuen Ausstellungskonzeptes gearbeitet.

### **13.3 Checkpoint Charlie, Relikt der Vergangenheit oder Wegweiser für die Zukunft?**

So unverrückbar noch zu Beginn des Jahres 1989 der „antiimperialistische Schutzwall“ das Machtverhältnis der Deutschen Demokratischen Republik zur „westdeutschen Bundesrepublik“ zementierte, umso selbstverständlicher erscheint uns heute das Zusammenwachsen einer vereinten, in freier Selbstbestimmung lebenden Nation. Die Koexistenz zweier deutscher Staaten und die damit verbundene Abgrenzungspolitik sind innerhalb kurzer Zeit Geschichte geworden. Dokumente dieser Ära wurden schon unmittelbar nach der Wiedervereinigung demontiert, vernichtet, modernisiert; sie sollten den Prozess der äußeren Wiedervereinigung beschleunigen. Eines dieser Zeitdokumente, das in der folgenden Zeit weichen musste, war der Kontrollpunkt der Westalliierten, Checkpoint Charlie in Berlin - Mitte. Er wurde am 22. Juni 1990 abgerissen und im Alliiertenmuseum neu aufgebaut. Eine Kopie dieser Kontrollbaracke wurde auf der Friedrichstraße in unmittelbarer Nähe zum Museum Checkpoint Charlie neu errichtet.

Mitten in der Innenstadt Berlins, dokumentiert der Kontrollpunkt als Mahnmal auf einer Straßeninsel symbolisch - zwischen dem fließenden Verkehr in beiden Richtungen - was die Sektorengrenze zwischen Ostberlin und Westberlin der geteilten Bevölkerung Deutschlands jahrzehntelang verwehrte.

Mahnmale erzählen eine Geschichte, sie sind Zeugen einer Vergangenheit, die jeder individuell für sich versucht zu bewältigen oder bereits bewältigt hat. Sie sind auch Relikte einer Vergangenheit, an die der Einzelne mehr oder weniger beteiligt war.

Mahnmale sind Symbole, die der inneren Verdrängung entgegenstehen, denn sie enthalten auch unbehagliche Dokumente der Geschichte, die einem beim Anblick schmerzlich bewusst werden.

Der Kontrollpunkt und das Mauermuseum Checkpoint Charlie belegen uns all dies in eindrucksvoller Weise. Sie sind Zeichen und Begegnungsstätte, die uns verdeutlichen, dass Geschichte nicht in die Mottenkiste gepackt werden darf, denn sie ist ein Stück von uns allen und fordert Beachtung.

Die Mauer und ihr damaliger Verlauf sind heute nur noch an wenigen Stellen in Berlin zu entdecken; sie wurde abgetragen, stückchenweise verkauft oder anderweitig verwendet. Sie ist als Grenze äußerlich aus dem Blickwinkel weitgehend verschwunden, jedoch manchmal noch nicht aus allen Köpfen.

Kontrollpunkt und Mauermuseum erinnern an die Grenze, die immens viele Opfer forderte, die mit dem Verlust des Lebens bezahlten. Menschen, die persönlicher und politischer Freiheiten entsagten, deren Schicksale oftmals durch Vertreibung, Flucht und Trennung geprägt wurden. Eine Grenze, hinter der Menschenrechtsverletzungen keinen Schutz durch Richter fanden.

Sie assoziiert Begriffe in der Vorstellung wie: kalter Krieg, real existierender Sozialismus, Totalitarismus, Ministerium für Staatssicherheit, Überwachungsstaat, Misstrauen, Verhaftungen, Bespitzelungen, Indoktrinierung, Nischengesellschaften, Zusammenhalt, passiver und aktiver Widerstand, Oppositionsbewegungen, friedliche Revolution und Wiedervereinigung. Die historische Erinnerung an diese Epoche bezieht auch über fünfzig Jahre deutsche Außen- und Innenpolitik mit ein, die sich die Wiedervereinigung

von Anfang an zum Ziel setzte, immer an sie glaubte und nicht aufgab.

Die Erinnerung an diese unmenschlichen Ereignisse und ihre friedvolle Überwindung sollen jenen in Ost und West entgegenstehen, die persönlich an dem Unrecht mitwirkten oder es auf ihre Art unterstützten. Ihre individuelle Verdrängung darf nicht zugelassen werden, sie fordert eine persönliche und kollektive Auseinandersetzung. Nur wer dieses bei sich selbst zulässt, bekommt die Chance einer Neuorientierung, hält nicht Barrieren und Mauern aufrecht, die neue Feinbilder schaffen. Diejenigen, die sich auf Ideologien berufen, sie untermauern und ihre Inhalte verabsolutieren, sollen in ihrer Betrachtungsweise mit einbeziehen, dass Individualität und Selbstbestimmung des Menschen oberste Güter jeder Wertordnung sind, die niemals zur Disposition stehen.

Orte wie Checkpoint Charlie bedeuten sachliche Aufklärung, halten Geschichte lebendig, die uns zeigt, was einst gewesen, wie sie sich entwickelt hat und was wir aus ihren Fehlern zukünftig vermeiden können. Sie sind unsere Wegweiser für eine verantwortliche Gestaltung der Zukunft, in der Freiheit unantastbar bleibt.

#### **Literaturverzeichnis**

Dr. Hildebrandt, Rainer: „Es geschah an der Mauer“; Verlag Haus am Checkpoint Charlie, 18. Auflage, 1992, Berlin

[www.mauer-museum.com](http://www.mauer-museum.com)

[www.cc-stiftung.de](http://www.cc-stiftung.de)

[www.dailysoft.com/berlinwall/history/checkpoint-charlie.htm](http://www.dailysoft.com/berlinwall/history/checkpoint-charlie.htm)

